

Personalwirtschaft

Finanzdienstleistungen

Russland 2006

Staat, Wachstum und Markt

Jahresbericht des Verbandes der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation

Steuerrecht

*Rechtliche
Entwicklungen*

Außenhandel

Regionen

Unternehmenspraxis



Delegation der Deutschen Wirtschaft
in der Russischen Föderation – Moskau
Представительство Немецкой Экономики
в Российской Федерации – Москва

Verband der Deutschen Wirtschaft
in der Russischen Föderation
Союз Немецкой Экономики
в Российской Федерации



Russland 2006

Staat, Wachstum und Markt

Jahresbericht des Verbandes der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation



Inhalt

Die aktuelle wirtschaftspolitische Lage in der Russischen Föderation und ihre Auswirkungen auf die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen	7
Berichte der Komitees und Arbeitsgruppen des Verbandes der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation:	15
· Außenhandel	16
· Regionen	22
· Finanzdienstleistungen	25
· Aus der Unternehmenspraxis	30
· Land- und Ernährungswirtschaft	35
· Entwicklungen im Steuerrecht	36
· Recht	38
· Personal	43
· Sicherheitslage in Russland	44
· Wirtschaftsindikatoren für die Russische Föderation	48
Verbandsmitglieder 2006	50

Kurzzusammenfassung

Russlands internationale Anerkennung wächst

Dass die russische Wirtschaft auch 2006 wieder mit über sieben Prozent gewachsen ist, darf schon als Normalität betrachtet werden. Neu ist, dass diese Entwicklung sich auch in der internationalen Anerkennung widerspiegelt. Russland stand erstmals in seiner Geschichte der G8 vor und wird nach jahrelangen Verhandlungen mit großer Wahrscheinlichkeit der WTO beitreten.

Aus deutscher Sicht waren die Regierungskonsultationen im April in Tomsk das herausragende Ereignis. Die Delegation mit Bundeskanzlerin Merkel an der Spitze vereinte nahezu alle hochrangigen Vertreter der deutschen Politik und Wirtschaft. Sie wurde dementsprechend von Präsident Putin und allen wichtigen russischen Regierungs- und Wirtschaftsvertretern empfangen. Das wesentlichste Ergebnis war die Fortschreibung der strategischen Partnerschaft zwischen beiden Ländern, das wiederholte Bekenntnis der Russen zur uneingeschränkten Vertragstreue in Fragen der Energieversorgung und die Bestätigung der Gründung einer bilateralen deutsch-russischen Auslandshandelskammer. Am Rande der Konferenz wurden außerdem zahlreiche Wirtschaftsvereinbarungen geschlossen.

Russland präsentiert sich 2006 als gesunde Volkswirtschaft, auch wenn das Wachstum immer noch wesentlich aus den Einnahmen durch den Export von Energieträgern und Rohstoffen gespeist wird. Parallel dazu investieren die Industriebetriebe zunehmend in ihre materiell-technische Basis, entstehen moderne russische Betriebsstätten, investiert der Staat in soziale und Wirtschaftsbereiche mit „nationaler Priorität“. Der Außenhandelsbilanzüberschuss, die Gold- und Devisenreserven, die Mittel im Investitions- und im Stabilisierungsfonds sind weiter gewachsen. Gleichzeitig wurde die Außenverschuldung des Staates gesenkt, die Schulden an den Pariser Club zurückgezahlt und die Inflationsrate erstmals unter zehn Prozent gedrückt. Die Politik der Regierung trägt Früchte.

Der Staat als Unternehmer

Mit wachsender Besorgnis registrieren Beobachter im In- und Ausland dagegen das verstärkte Engagement des russischen Staates in der Wirtschaft. Nach der Ankündigung, einige der so genannten strategisch wichtigen Bereiche vom freien Markt abzuschotten und unter

staatliche Kuratel zu stellen, mahnten Wirtschaftswissenschaftler, Politiker, Kritiker und vor allem die Wirtschaft selbst, die weitere Entwicklung marktwirtschaftlicher Verhältnisse in Russland nicht zu behindern. Stellvertretend für andere lässt sich am Beispiel des staatlich geführten Monopolisten und Global player Gasprom illustrieren, wie eng die Verflechtung von Wirtschaft und Politik geworden ist. Der Energiesektor steht dabei besonders im Fokus staatlicher Intervention. Gleichzeitig versucht Russland ausländische Investitionen in die strategischen Bereiche zurückzudrängen oder diese gänzlich zu verhindern. Damit wird die dringend notwendige Modernisierung der russischen Industrie verlangsamt. Bedauerlich auch deshalb, weil die Industrieproduktion der Entwicklung des BIP seit Jahren hinterherhinkt und durch ausländische Investitionen und Know-how entscheidende Impulse bekommen könnte.

Binnenkonjunktur

Trotz dieser Entwicklung wachsen die Importe stetig. Besonders stark nachgefragt sind Maschinen und Anlagen, gefolgt von KFZ, KFZ-Ersatzteilen, Produkten der chemischen und der Elektroindustrie, moderner Haushaltstechnik, Baustoffen, elektronischen Ausrüstungen, IT, Lebensmitteln und Dienstleistungen jeder Art – kurz: alles, was zum Aufbau einer hoch entwickelten Volkswirtschaft notwendig ist. Unterstützt wird diese Entwicklung durch die ständige Kaufkraftsteigerung der russischen Bevölkerung, Reallohnsteigerungen von über zehn Prozent kurbeln den Konsum kräftig an. Die Retailunternehmen sind die großen Gewinner dieses Booms. Auch deutsche Handelskonzerne investierten und investieren Beträge in Milliardenhöhe in den russischen Markt, der nach übereinstimmenden Prognosen in den nächsten Jahren beständig weiter wachsen wird. Die regionalen und qualitativen Unterschiede innerhalb des Landes sind jedoch erheblich.

Obschon alle Entscheidungsträger aus der Regierung und den russischen Wirtschaftsorganisationen immer öfter den Aufbau eines leistungsfähigen Mittelstandes als dauerhaftem Träger wirtschaftlicher Prosperität fordern, vollzieht sich die tatsächliche Entwicklung eher stockend. Ein wesentliches Hemmnis ist die Unterkapitalisierung der KMUs. Die Kreditvergabe an den Mittelstand verläuft noch schleppend. Einerseits, weil die

Struktur eines Teils der KMUs zu undurchsichtig ist. Andererseits, weil die russischen Banken bisher bei der Kreditvergabe eher zögerlich reagierten. Seit diesem Jahr zeichnet sich allerdings eine Trendwende ab. Trotz dieser erfreulichen Tendenz werden russische Banken allein wohl kaum in der Lage sein, den Bedarf an Kreditmitteln zu decken.

Banken und Versicherungen

Der russische Bankensektor war bis dato von einer starken Zersplitterung der Institute gekennzeichnet. Im Jahresverlauf deutete sich ein Drang (und ein Zwang) zur Konsolidierung der Kreditinstitute an. An diesem „Übernahmefieber“ sind – zwar nicht in erster Reihe, aber auch – einige deutsche Großbanken beteiligt. Die Deutsche Bank hat die United Financial Group übernommen, die Commerzbank hat sich an der Promsvyazbank beteiligt. Insgesamt hat eine Öffnung des Bankensektors stattgefunden, die ihre Grenzen jedoch in der Unmöglichkeit der Eröffnung von Filialen ausländischer Banken findet. Diese Beschränkung ist zum Schutz und für die Entwicklung des russischen Marktes sicher richtig; der Ausbildung eines leistungsfähigen Kredit- und Finanzwesens steht sie eher entgegen.

Auch für die Versicherer wird im Zuge der Beitrittsverhandlungen zur WTO einer der wesentlichen Punkte sein, ob ausländische Unternehmen Filialen werden gründen können. Ungeachtet dieser in die Zukunft verlagerten Entscheidung entwickelt sich die Branche sehr gut. Ein uneingeschränkter Erfolg war die Einführung der obligatorischen KFZ-Haftpflichtversicherung, für 2008 ist der Beitritt zum „Grüne Karte“-Abkommen und damit ihre Einführung in Russland avisiert.

Kräftige Impulse wurden dem Versicherungsmarkt durch den gestiegenen Konsum verliehen. In erster Linie durch die Besicherung von Verbraucherdarlehen zum Erwerb von Kraftfahrzeugen und Wohneigentum. Gute Möglichkeiten für die Versicherungswirtschaft ergeben sich außerdem aus der Förderung der privaten Rentenversicherungen, auch wenn noch nicht endgültig geklärt ist, wie diese Förderung aussehen wird und aus den steigenden Abschlüssen von privaten Krankenversicherungen.

Rechtliche Entwicklungen

Nach den in den Vorjahren beschlossenen Änderungen der Gewinnsteuer, der Einkommensteuer, der Vermögensteuer, der Mehrwertsteuer und der „Einheitlichen Sozialsteuer“ hat sich im vergangenen Jahr Revolutionäres nicht ereignet. Diese Einschätzung gilt insgesamt für die Gesetzgebung in Russland. Augenblicklich befindet sich

das Rechtssystem in einer Phase der Feinjustierung der beschlossenen großen steuerlichen Reformen.

Der wohl umfangreichste Änderungskatalog wurde zum Arbeitsrecht vorgelegt. 300 der 424 Artikel des Arbeitsgesetzbuches wurden modifiziert oder komplett neu gefasst. Die wesentlichsten Novellen betreffen den Abschluss von Arbeits- und Kollektivverträgen, Zeitarbeitsverträgen und Probezeiten, Versetzungen, Attestierungen, Urlaubsformen und deren Bezahlung, die Beendigung von Arbeitsverträgen, den Arbeitsschutz und einige mehr.

Auch das Steuerrecht erfuhr Änderungen (Vergaberecht, Einspruchsverfahren gegen Steuerbescheide, Gewinnsteuer, Dividendenbesteuerung, Einkommensteuer). Für deutsche Staatsbürger wurde das dritte Verständigungsabkommen zur Doppelbesteuerung unterzeichnet und zu Gunsten der „Betroffenen“ novelliert.

Von besonderer Bedeutung für die deutsche Wirtschaft ist die Zollgesetzgebung. 2006 gab es keine wesentlichen Änderungen außer der Einführung weiterer Durchführungsbestimmungen. Die einschneidendste Maßnahme bestand in der Ablösung der kompletten Führung der Zollbehörde und ihrer direkten Unterstellung unter die Regierung der Russischen Föderation. Damit soll die bis 2010 beschlossene Entwicklungskonzeption des russischen Zolls konsequenter durchgesetzt und der Korruption ein Riegel vorgeschoben werden. Positiv auf den Import wirkte sich die Senkung bzw. Freistellung bestimmter Technologiegüter von Einfuhrzöllen aus, die bis zum 30. Juli 2007 verlängert wurde. Ziel dieser Maßnahme ist die vermehrte Einfuhr von Maschinen und Anlagen für die Industrie.

Bau- und Immobilienwirtschaft

Am deutlichsten lässt sich das Wachstum in Russland an der Bautätigkeit ablesen. In Moskau und anderen russischen Großstädten prägen Baustellen das Stadtbild. Außerhalb der Städte entstehen Industriekomplexe, Handels-, Lager- und Logistikzentren. Die meisten Baustellen sind derzeit in den zentralen (vor allem in Moskau und im Moskauer Gebiet), nord-westlichen (insbesondere St. Petersburg und Leningrader Gebiet) und südlichen Landesteilen (Krasnodar, Tourismushochburgen am Schwarzen Meer) sowie in den öl- und gasreichen Regionen Westsibiriens, in Teilen der Wolga- und Ural-Bezirke. Besonders intensiv wird in Novosibirsk, Rostov am Don, Nischnij Novgorod, Volgograd, Krasnodar, Lipezk, Saratov und Tscheljabinsk gebaut.

Und trotz aller intensiven Bautätigkeit wächst die Nachfrage schneller als das Angebot. Die Bauwirtschaft wuchs bis Ende August 2006 um 10,1% auf 1.241,6 Mrd. RUR. Für das Gesamtjahr wird mit einem Zuwachs von etwa zehn Prozent gerechnet. Besonders notwendig sind Investitionen in den sozialen Wohnungsbau. Der

russische Staat hat diese Notwendigkeit erkannt und den Wohnungsbau zu einem der vier nationalen Projekte mit oberster Priorität erklärt. Trotz dieser Bemühungen rechnen Experten mit einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt nicht vor Ende des Jahrzehnts. Was für Wohnimmobilien gilt, trifft ähnlich auch auf andere Immobilienformen zu; Immobilien werden immer noch als kurzfristige Spekulationsobjekte behandelt. Auch deshalb bewegen sich die Immobilienpreise weiter auf extrem hohem Niveau. Moskau gilt als die teuerste Stadt Europas und eine der teuersten Städte der Welt. Quadratmeterpreise von bis zu 15.000 Dollar für Wohnimmobilien sind im Zentrum der Hauptstadt keine Ausnahme.

Deutsche Wirtschaft in Russland

Die deutsche Wirtschaft, die nach wie vor mit großem Abstand die Liste der Importeure anführt (13,5 % Anteil am Gesamtimport 2005), profitierte nachhaltig von dieser Entwicklung. Deutschland ist seit Beginn der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts Handelspartner Nummer eins. Die deutsch-russische Handelsbilanz überstieg 2006 nach ersten Prognosen erstmals die 50 Mrd. €-Marke. Von besonderem Interesse sind deutsche Maschinen und Anlagen, KFZ und KFZ-Ersatz- bzw. Einzelteile, Baustoffe, Produkte der chemischen und der Elektroindustrie, Lebensmittel, Konsumgüter, Dienstleistungen. Die Zahl der in Russland tätigen deutschen Unternehmen hat sich erneut erhöht, ebenso wie die deutschen Investitionen und die Zahl derjenigen Unternehmen, die eine Produktion im Land aufbauen. Aus deutscher Sicht war ein Highlight die Grundsteinlegung für das VW-Werk in Kaluga. Die Gesamtinvestitionssumme wird 370 Mio. € betragen. Damit wird der

Trend bestätigt, ins Landesinnere zu expandieren. In 63 der 86 Föderationssubjekte ist die deutsche Wirtschaft in unterschiedlichster Weise aktiv – auch in dieser Bilanz sind wir Spitzenreiter. In der Hauptsache bilden die deutsche Wirtschaftsgemeinschaft die Mittelständler, die auch den größten Anteil zu den Investitionen und dem deutschen Gesamtengagement beitragen. Sie bilden die Basis auf der die Unternehmen der deutschen Großindustrie stehen.

Prognose

Das Gesamtvolumen der russischen Importe stieg von 125,3 Mrd. USD im Vorjahr auf 160 Mrd. USD. Bis zum Ende des Jahrzehnts wird eine Steigerung auf über 260 Mrd. USD prognostiziert.

Welcher Einschätzung der Lage in Russland man auch immer zu folgen geneigt ist, fest steht, dass die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Tätigkeit sich weiter verbessert haben, dass die Umsatz- und Gewinnmargen – nicht nur, aber auch – der deutschen Unternehmen über dem europäischen Durchschnitt liegen. Eine Einschätzung der russischen Unternehmen, wonach deutsche Firmen die erklärten „Lieblingpartner“ sind, darf man als Hommage an Wertarbeit, Qualität, Zuverlässigkeit und den Glauben an das Label „Made in Germany“ verstehen und ganz praktisch als eindeutigen Wettbewerbsvorteil, den es noch intensiver zu nutzen gilt. Die deutschen Unternehmen, die in Russland arbeiten, sehen in ihrer überwiegenden Mehrheit die augenblickliche Lage und die Prognose für die Zukunft als gut an. Russland bleibt einer der wichtigsten Märkte der Zukunft der für deutsche Unternehmen enormes Potential für gute Geschäfte hat.

Die aktuelle wirtschaftspolitische Lage und ihre Auswirkungen auf die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen

gen auf die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen

ische Lage und il

Die aktuelle wirtschaftspol

Die aktuelle wirtschaftspolitische Lage und ihre Auswirkungen auf die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen Die aktuelle wirt wirtschaftspolitische Lage und ihre Auswirkun

Die aktuelle wirtschaftspolitische Lage und ihre Auswirkungen auf die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen

Das zurück liegende Jahr war von erheblicher Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung und die Perspektive der russischen Volkswirtschaft. Die erstmalige Übernahme des Vorsitzes der G8 vereinte einerseits die Verantwortung für die weltwirtschaftliche Gesamtsituation und andererseits die Anerkennung der ökonomischen Genese Russlands durch die internationale Wirtschaftsgemeinschaft. Die Schwerpunktsetzung durch die russische Regierung – zum Hauptthema wurde die Energiesicherung erklärt – wies in die richtige Richtung. Auch wenn dieses Agendasetting im weiteren Jahresverlauf für einige Diskussionen sorgen sollte.

Der zu erwartende Beitritt zur WTO¹ nach langen und zähen Verhandlungen unterstreicht die Emanzipation auf dem internationalen Parkett. Auf europäischer Ebene übernahm Russland die Ratspräsidentschaft des Europarates. Der Vorsitzende der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, René van der Linden, wünschte Russland, den Vorsitz als „Chance zur Festigung seiner Rolle auf der europäischen Szene“ zu nutzen.² Der Wunsch Russlands nach stärkerer Einbindung in die europäischen Entscheidungsprozesse und in die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen ist denn auch unverkennbar.

Das Verhältnis der Europäer zu Russland und umgekehrt ist – allein historisch bedingt – ein schwieriges Beziehungsgeflecht. Wobei der Wille aller involvierten Akteure, ein hohes Maß an zwischenstaatlicher Normalität zu garantieren, deutlich wurde und wird. Zeitweilige Irritationen zwischen einzelnen Ländern werden an der generellen Strategie nichts ändern. Die Verhandlungen zum neuen EU-Russland-Vertrag werden fortgeführt und letztlich wird das Dokument auch ratifiziert werden. Im Ergebnis wird die Unterzeichnung solcher Vertragswerke auch den Ausschlag geben, wohin sich Russland orientiert – nach Europa, oder eher in Richtung Asien und Fernost. Bisher präferierten die Russen die Wendung nach Westen. Die Auseinandersetzung zwischen den Befürwortern eines eigenen russischen Wegs (Slavophile) und dem Streben nach Verbindung mit der eher europäischen Kultur (Westler) ist denn

auch nicht neu und schwelt bereits seit zwei Jahrhunderten.³ Das Pendel schlug zuzeiten in die eine, zuzeiten in die andere Richtung aus.

Für die zukünftige Ausrichtung russischer Außen- und Wirtschaftspolitik wird es von eminenter Wichtigkeit sein, dass die europäischen politischen Entscheidungsträger sich zu einer vertieften Zusammenarbeit mit Russland bekennen und Diskussionen um eine „Energieabhängigkeit“ mit der notwendigen Sachlichkeit geführt werden. Wenn man Abhängigkeiten definieren will, so sind sie in diesem Bereich mindestens beiderseitig, denn Europa ist der Garant für den stetigen Devisenfluss nach Russland. Deutschland kommt als wichtigstem Handelspartner und Drehscheibe für russisches Gas dabei eine besondere Mittlerrolle zu.

Die Regierungskonsultationen im April 2006 in Tomsk haben den besonderen Charakter der deutsch-russischen Beziehungen erneut bestätigt. Die Gespräche, die von einer der hochkarätigsten Delegationen geführt wurden, die die Bundesrepublik je im Ausland vertreten hat und die von einer eben solchen russischen Delegation empfangen wurde, machten das große Interesse beider Länder aneinander deutlich. Deutschland und Russland sind, wie es der Präsident während seines Deutschlandbesuches im November ausdrückte: „natürliche Partner“.⁴ Um diese Partnerschaft auch entsprechend wirtschaftspolitisch zu untermauern, erklärten während der Regierungskonsultationen sowohl Bundeskanzlerin Merkel als auch Präsident Putin ihre Unterstützung für die Gründung einer bilateralen deutsch-russischen Auslandshandelskammer (AHK) in Russland. Die Implementierung dieser Kammer ist die logische Konsequenz der immer intensiver werdenden Wirtschaftsbeziehungen: Deutschland ist seit Jahrzehnten Russlands Handelspartner Nummer eins. Deutsche Unternehmen stellen mit mehr als 4.500 Firmenpräsenzen die mit Abstand größte ausländische business community und zählen zu den bedeutendsten Investoren im Land. Soweit die Fakten. Aber wir sind, so wird uns immer wieder bestätigt, auch die ausgesprochenen Wunschpartner der Russen. Es existiert

¹ Vgl. <http://www.wto.ru/en/newsmain.asp>

² Vgl. u.a. <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2006/060205-MuenchenKonferenz.html>

³ Zu Westler versus Slavophile s. allgemein: <http://de.wikipedia.org/wiki/Slavophile>; Sieh auch: Virtuelle Fachbibliothek Osteuropa: <http://www.vifaost.de/sys/cgi/w/index.cgi?l=de&sid=fUg0&p=geschichte/handbuch/schorkowitz-geschichtspolitik.html>

⁴ Vgl. Putin, Vladimir. Rede, gehalten anlässlich des Besuches der IHK München und Oberbayern, München 11.10.2006.

demnach auch ein emotionales Interesse, und Geschäftspartner folgen nicht nur ihrer Ratio sondern auch ihrem „Bauchgefühl“. Eine Auslandshandelskammer, die vor Ort – ähnlich wie ein Seismograph – die Schwingungen, die Stimmungen und Wünsche beider Seiten empfängt und die Akteure bei ihren Vorhaben konkret unterstützt, ist ein ideales Element zur Förderung wirtschaftlicher Kooperation, gleichermaßen Drehscheibe und Plattform der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen.

Bei genauer Betrachtung der wirtschaftlichen Situation in Russland zeigen sich zwei ambivalente Tendenzen. Einerseits sind die makroökonomischen Daten – wie seit Jahren – ausgezeichnet. Andererseits steigt die staatliche Einflussnahme.

Das Russland des Jahres 2006 ist eine der am dynamischsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt. Russland zählt zu den sog. „BRIC-Staaten“ (Brasilien, Russland, Indien, China), deren Wachstumsraten von den Emerging Markets-Experten positiv beurteilt werden. Diese Staaten tragen mit ca. 40 Prozent zur Weltbevölkerung bei. Sie machen allein zwei Drittel der Marktkapitalisierung der gesamten Schwellenländer aus. Die DWS prognostiziert Zuwachsraten von jährlich acht Prozent bis 2015. Goldman Sachs beschreibt ein Szenario, nachdem diese vier Länder bis 2050 zusammen mit Japan und den USA die G6 bilden könnten und bis 2025 über die Hälfte der wirtschaftlichen Größe der derzeitigen G6 erreichen könnten.⁵

Den deutschen Firmen gilt Russland nach Umfragen des DIHK aus dem Jahr 2006 als einer der zukunfts-trächtigsten Märkte der nächsten zwei bis fünf Jahre. Und, was vielleicht noch wichtiger ist, bei der Einschätzung der aktuellen Geschäftssituation in den 30 wichtigsten Exportländern liegt Russland auf Platz zwei. Fast 50 Prozent der befragten Unternehmen be-

werten die Lage mit „aktuell gut“. Besser schneidet nur noch China ab.⁶ Das heißt, jedes zweite Unternehmen beurteilt die geschäftliche Lage in Russland mit dem höchstmöglichen Wert.

Die positiven Entwicklungen der letzten sieben Jahre fanden auch 2006 ihre Fortsetzung. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs gegenüber dem Vorjahr um 7,4 Prozent.⁷ Entgegen geäußerter Befürchtungen ist es dem russischen Staat 2006 erstmals gelungen, die Inflationsrate unter zehn Prozent zu drücken. Die niedrigere Inflationsrate ist auch eine Voraussetzung für niedrigere Darlehenszinsen. Die Gold- und Devisenreserven sind mit Stand vom 8. Dezember 2006 auf 293,8 Mrd. USD angewachsen.⁸ Seit dem Jahr 2000 sind sie damit um mehr als das 23fache gestiegen, damals stand ein Gegenwert von 12,5 Mrd. USD zur Verfügung.⁹

Im Stabilisierungsfonds befanden sich am 1. Dezember 2006 83,21 Mrd. USD.¹⁰ Geld, das dem Wirtschaftskreislauf entzogen wurde, um das Inflationsrisiko einzudämmen und das für den Fall sinkender Energieträgerpreise zur Verfügung stünde. Der Staat konnte die Außenverschuldung zum 1. Januar 2006 auf 71,3 Mrd. USD senken.¹¹ Damit wurde der systematische Schuldenabbau Russlands seit dem Amtsantritt Vladimir Putins gegenüber dem Ausland fortgesetzt. Die vorzeitige Rückzahlung der Schulden an den Pariser Club innerhalb der letzten beiden Jahre – am 21. August 2006 erfolgte die Zahlung der letzten Rate¹² – ist dafür ebenso ein Indiz wie die im Vorjahr erfolgte Tilgung sämtlicher Schulden gegenüber dem IWF. Das Land genießt damit wieder den Ruf eines „erstklassigen Schuldners“. Diese Entwicklung wird auch außerhalb Russlands anerkannt. Die Ratingagentur Standard & Poors setzte im September die Bonitätsnote für Russland auf „BBB+“ herauf¹³, Fitch Ratings¹⁴ hat diese Aufwertung schon im Juli vorgenommen. Der Rubel, seit Juli 2006 frei konvertierbar¹⁵, hat sich gegenüber dem

⁵ Vgl. <http://www.goldmansachs.com/insight/research/reports/report32.html>

⁶ DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag (Hg.): Going International. Erfolgsfaktoren im Auslandsgeschäft. Erfahrungen, Lösungen und Perspektiven. Ergebnisse der bundesweiten Umfrage 2006, Berlin 2006, S. 14.

⁷ Vgl. Förderaler Dienst für Staatliche Statistik/Dynamik des realen Wirtschaftswachstums. Unter: http://www.gks.ru/bgd/free/b01_19/IssWWW.exe/Stg/d000/i000680r.htm

⁸ Vgl. Zentralbank der Russischen Föderation/ Internationale Devisenreserven. Unter: http://www.gks.ru/bgd/free/b01_19/IssWWW.exe/Stg/d000/i000680r.

⁹ Vgl. Central Bank of Russia, unter: www.cbr.ru/statistics/crdit_statistics/print.asp?file0inter_res_00.htm

¹⁰ Vgl. Ministerium für Finanzen der russischen Republik/Höhe des Stabilisierungsfonds, unter: http://www1.minfin.ru/stabfond_rus/sobj_rus.htm

¹¹ Vgl. Zentralbank der Russischen Föderation/Außenverschuldung der Russischen Föderation, unter: http://www.cbr.ru/statistics/credit_statistics/print.asp?file=debt_05.htm

¹² Vgl. <http://de.rian.ru/business/20060821/52872913.html>; Finansovye Novosti N 310, vom 21. August 2006.

¹³ Vgl. <http://www.standardandpoors.ru/>

¹⁴ Vgl. http://www.fitch-ratings.com/index/index54.php?k=Investing&left_category=1&Left_Category=Finance&Right_Category=1&Sub_Category=

¹⁵ Zum 1. Juli, ein halbes Jahr früher als geplant, wurde der Rubel frei konvertierbar. Vgl. u.a. http://www.handelsblatt.com/news/Default.aspx?_p=203855&t=ft&b=1101877

¹⁶ Wechselkurs am 20. Dezember: 1 US-Dollar = 26.3830; 1 Euro = 34.5776, zum Vergleich: 31. Januar 2006: 1 US-Dollar = 28.1207 RUR; 1 Euro = 34.0373 RUR; unter: http://www.cbr.ru/eng/currency_base/D_print.asp?date_req=31/01/2006

Euro behauptet und gegenüber dem US-Dollar zulegen können.¹⁶ Die nominale Währungsaufwertung wird die russischen Importe zusätzlich dynamisieren.

Der starke Rubel und die Schwäche der einheimischen Wirtschaft, die die enorme Nachfrage nach Technologie-, Industrie- und Konsumgütern, Dienstleistungen und Know-how nicht decken kann, führen dazu, dass sich der Import Russlands um 35 Mrd. USD auf ein voraussichtliches Volumen von 160 Mrd. USD (28 Prozent Steigerung gegenüber 2005) erhöhen wird. Die Handelsbilanz fällt trotzdem deutlich zu Gunsten Russlands aus. Im Zeitraum Januar-Juni 2006 wies sie per Saldo ein Plus von 74,5 Mrd. USD¹⁷ auf. Bis zum Jahresende wird mit einem Überschuss von fast 150 Mrd. USD gerechnet.

Nach Russland werden vor allem Maschinen, Anlagen und Transportmittel geliefert, die mit einem Anteil von fast 50 Prozent das verstärkte Bemühen nach Investitionen in die materiell-technische Basis deutlich machen.¹⁸ Dass die Verbesserung des Ausrüstungsgrades russischer Unternehmen oberste Priorität besitzt, wird in der langen Liste von Technologiegütern, Ausrüstungen und Maschinen deutlich, für die in diesem Jahr die Einfuhrzölle deutlich gesenkt oder auf Null gesetzt wurden.¹⁹ Und das ist auch dringend notwendig. Nach Expertenmeinung liegt der Verschleißgrad der russischen Ausrüstungen bei fast 60 Prozent, zwei Drittel aller Maschinen waren Ende 2005 älter als 15 Jahre.²⁰ Die russischen Hersteller von Maschinen und Anlagen sind trotz steigender Produktionszahlen nicht in der Lage, die Nachfrage auch nur annähernd zu befriedigen. Ein weiterer Grund für die Bestellungen im Ausland ist der qualitative Vorsprung und das höhere ingenieurtechnische Niveau, das z.B. deutsche Maschinen und Anlagen im Vergleich zur inländischen Produktion besitzen. Deutsche Maschinen und Anlagen machen fast 35 Prozent des gesamten russischen Imports in diesem Segment aus.²¹

Bedingt allein durch den ständig steigenden Rohstoffbedarf im In- und im Ausland, die notwendige Erschließung neuer Lagerstätten und den Ausbau der infrastrukturellen Voraussetzungen wird perspektivisch aus diesen Branchen das größte Ordervolumen erwartet. Der Anteil des Rohstoffsektors an den Gesamtinvestitionen beträgt derzeit gut ein Viertel. Transportwesen und Telekommunikation folgen mit gemeinsam ca. 23

Prozent.²² Mit dem Aufbau von Produktionen in Russland durch ausländische Investoren steigt auch die Nachfrage nach Zulieferungen und Komponenten und die Notwendigkeit der Inanspruchnahme von Serviceleistungen. Das gilt besonders für die Bereiche Bauwirtschaft und Baustoffindustrie, KFZ-Zulieferungen und die Nahrungsmittelproduktion. Großes Interesse besteht auch an Erzeugnissen der chemischen Industrie, der Medizintechnik, des Geräte- und Apparatebau, des IT-Bereichs und an jeglicher Form von Dienstleistung.²³

Die Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat auch auf den privaten Konsum positive Auswirkungen. Die Reallohnsteigerung, die mit zwölf bis 13 Prozent²⁴ landesweit ausgewiesen ist und ein wieder gewachsenes Vertrauen in die eigene Volkswirtschaft, haben zu enormen Steigerungsraten in den Einzelhandelsumsätzen geführt. In einzelnen Segmenten (Unterhaltungselektronik, PCs, Automobile, Haushaltgeräte) sind die Importeure kaum noch in der Lage, die enorme Nachfrage zu decken.

Demgegenüber bestehen die Exporte aus Russland zu über 70 Prozent aus Rohstoffen (Erdöl, Erdgas, Edelmetalle, Hölzer, andere Rohstoffe und Halbfertigprodukte), was zu einer Abhängigkeit von den jeweiligen Weltmarktpreisen führen kann und perspektivisch eine Änderung erfahren muss. Dieses potentielle Risiko kann nur durch die konsequente Entwicklung der eigenen Industrie und der dafür erforderlichen Infrastruktur gemindert werden. Um die Innovationsfähigkeit, die Flexibilität und die Diversifizierung der Volkswirtschaft zu verbessern, forderte Wirtschaftsminister German Gref Ende 2006 – nicht zum ersten Mal – die Entwicklung eines leistungsfähigen Mittelstandes nach westeuropäischem Vorbild. Die russische Regierung versucht, Förderinstrumente und Erleichterungen für den russischen Mittelstand zu etablieren, die sich bisher als nicht ausreichend erwiesen haben. Insbesondere leiden die Unternehmen unter der Last der ausufernden Bürokratie und den unzureichenden Finanzierungsangeboten.

Das imposante Wachstum der russischen Wirtschaft kann in nächster Zukunft nur eine Fortsetzung finden, wenn die Erneuerung der russischen Wirtschaft zügig in Angriff genommen wird und insbesondere in die Infrastruktur investiert wird. Die Erdöl- und Erdgas-

¹⁷ Vgl. Handelsbilanz nach Angaben des Föderalen Zolldienstes, unter: <http://www.customs.ru/ru/stats/stats/popup.php?id286=250>

¹⁸ Lichter, Waldemar: bfai-Bericht: Wirtschaftstrends zum Jahreswechsel 2006/2007 – Russland, Moskau 2006, S. 9.

¹⁹ Vgl. Föderaler Zolldienst. Unter: http://www.tamogonia.ru/laws/law_1115.html

²⁰ Vgl. http://www.vdma.org/wps/portal/Home/de?WCM_GLOBAL_CONTEXT=/wps/wcm/connect/Home/de

²¹ Angaben nach VDMA – Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V.), unter: <http://www.vdma.org/wps/portal!/ut/p>

²² Lichter, Waldemar: bfai-Bericht: Wirtschaftstrends zum Jahreswechsel 2006/2007 – Russland, Moskau 2006, S. 9 f.

²³ Ebenda, S. 10ff.

²⁴ Vgl. <http://www.economy.gov.ru/wps/portal>

förderung bildet hier keine Ausnahme. Es gilt deshalb nicht die Frage zu stellen, ob Russland ein zuverlässiger Lieferant von Erdöl und Erdgas nach Europa ist, sondern viel mehr, wie die ständig steigenden Ordermengen auch zukünftig ihre Adressaten erreichen. Dazu bedarf es dringend einer umfassenden Erneuerung und Anpassung der bestehenden Förderanlagen, teilweise deren Neubau, vor allen Dingen aber einer deutlich verbesserten und ausgebauten Infrastruktur. Die Leitungsnetze, Pumpstationen und Verladeterminale sind in vielen Fällen in einem Zustand, der für die Zukunft als nicht ausreichend angesehen wird.²⁵ Dass die Frage nach der Zuverlässigkeit und dem Einhalten vertraglicher Verpflichtungen sich so nicht stellt, machen die verantwortlich Handelnden der deutschen Energiewirtschaft deutlich. Der Vorstandsvorsitzende der E.ON Ruhrgas AG, Dr. Burckhard Bergmann, sieht die verstärkte Kooperation unter ganz pragmatischen Gesichtspunkten: „Russland verfügt über die weltweit größten Erdgasreserven und hat deshalb ein enormes Potenzial zur sicheren Erdgasversorgung Europas. Wir haben über mehr als 30 Jahre verlässliche Lieferbeziehungen entwickelt. Die Probleme zwischen Gasprom und der Ukraine ändern nichts an unserer Einschätzung, dass Gasprom ein verlässlicher Partner bleiben will und wird. Es kommt jetzt darauf an, die großen Investitionen zu leisten, die notwendig sind, um die Energiepartnerschaft abzusichern und auszubauen. Darum werden wir auch neue Wege der wechselseitigen Investitionsbeteiligungen gehen.“²⁶

Schon seit langem intensivieren auch BASF und Gasprom ihre Zusammenarbeit. Während der deutsch-russischen Regierungskonsultationen in Tomsk haben die Vorstandsvorsitzenden der beiden Unternehmen eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet. „Unsere getroffene Vereinbarung zeigt, dass Russland und Deutschland aufeinander bauen. Sie trägt zu einer weiteren Entwicklung der stabilen und zuverlässigen Partnerschaft zwischen Gasprom und BASF bei“ so Jürgen Hambrecht, Vorsitzender des Vorstandes der BASF Aktiengesellschaft.²⁷

Vom starken Wachstum der russischen Volkswirtschaft profitiert auch die deutsche Wirtschaft. Unter anderem die für die nächste Zukunft geplanten oder schon im Bau befindlichen Großprojekte: Ostseepipeline, Mautautobahn Moskau – Sankt Petersburg, Bau des neuen Autobahnringes um Moskau und die im Fernen Osten geplanten Erdöl- und Erdgasförderprojekte²⁸ verlangen nach deutschen Maschinen und Anlagen. Perspektivisch bestehen auch bei der Auftragsvergabe und Finanzierung des Generalplans zur Umgestaltung der Stadt Moskau bis zum Jahr 2020²⁹ gute Chancen für deutsche Unternehmen aller Branchen.

Präsident Putin hat bei seinem letzten Deutschlandbesuch - zum wiederholten Mal - die deutsche Wirtschaft ermuntert, sich auch aktiv an der Umsetzung der „nationalen Projekte“ zu beteiligen. Die Regierung hat für die Entwicklung der so genannten prioritären Bereiche: Bildung, Wohnungsbau, Gesundheit und Landwirtschaft für 2006 und 2007 Mittel von mehr als 290 Mrd. Rubel (ca. 8,5 Mrd. €)³⁰ zur Verfügung gestellt. Auch auf diesen Feldern bestehen gute Möglichkeiten für deutsche Anbieter, ihr Geschäft zu erweitern oder in Russland Fuß zu fassen.

Wie die „nationalen Projekte“ wird auch die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen mit staatlichen Finanzzuwendungen gefördert. Zu den sechs im letzten Jahr ausgeschriebenen Sonderwirtschaftszonen, die vor allem auf Hochtechnologie und Produktion ausgerichtet sind, kamen 2006 sieben Touristiksonderzonen hinzu, die zur Entwicklung strukturschwacher Regionen beitragen sollen.³¹ Die Ansiedlung von Unternehmen in den Sonderwirtschaftszonen soll über Steuervergünstigungen und Standortvorteile erreicht werden.

Die Baubranche braucht solche Impulse nicht; volkstümlich gesprochen: sie brummt. Der Bedarf an allem: Wohnimmobilien, Büroimmobilien, Lager- und Logistikimmobilien bis hin zu Geschäftszentren oder Wirtschaftsimmobilien ist gigantisch. Beobachter sprechen

²⁵ Vgl. u.a. <http://www.internationalepolitik.de/archiv/2006/februar2006/die-neue-opec-wie-russland-zur-globalen-energie-supermacht-werden-will.html>

²⁶ http://www.ost-ausschuss.de/pdfs/05_04_2006_pm_russland.pdf

²⁷ Pressemeldung der Gasprom, BASF Aktiengesellschaft und Wintershall AG vom 27. April 2006,

Die unterzeichnete Vereinbarung regelt nun den Tausch von wertgleichen Unternehmensteilen im Bereich Erdgasproduktion und Erdgashandel, über den BASF und Gasprom in den vergangenen Monaten intensiv verhandelt hatten.

Demnach erhält die BASF-Tochter Wintershall 25% minus eine Aktie an der Gesellschaft SevernefteGasprom(SNGP), welche die Lizenz am Erdgasfeld Juschno-Russkoje in Westsibirien hält. Zusätzlich erhält Wintershall weitere 10 % an der Gesellschaft SNGP in Form von Aktien, welche aber nicht stimmberechtigt sind. Damit wird die BASF-Tochter insgesamt mit 35 % minus einer Aktie am Erdgasfeld Juschno-Russkoje beteiligt.

²⁸ Lichter, Waldemar: bfai-Bericht: Wirtschaftstrends zum Jahreswechsel 2006/2007 – Russland, Moskau 2006, S. 4 f.

²⁹ Vgl. offizielle Webseite der Moskauer Stadtregierung zum Generalplan, unter: http://www.mos.ru/cgi-bin/pbl_web?vid=1&osn_id=0&subr_unom=2365&datedoc=0

³⁰ Vgl. dazu insgesamt Webseite: Prioritäre Nationale Projekte, unter: <http://www.rost.ru/main/what/06/06.shtml>; Für die die Jahre 2006 und 2007 werden aus dem Staatshaushalt über 290 Mrd. Rubel = 8,5 Mrd. €, zur Verfügung gestellt.

³¹ Vgl. hierzu: Lichter, Waldemar: bfai-Berichte: Sieben Touristik-Sonderzonen in Russland geplant. Staat finanziert Infrastrukturinvestitionen/ Tender für Consultants geplant. Moskau, Dezember 2006.

seit Jahren davon, dass der Markt – vor allen Dingen in Moskau – deutlich überhitzt sei. Gleichzeitig gilt die Voraussage, dass der unverminderte Bedarf an allen Immobilienformen mindestens bis 2008 anhalten wird. Die Baubranche ist der große Nutznießer dieser Entwicklung: laut Föderalem Statistikdienst kletterte der Wert erbrachter Bauleistungen im 1. Halbjahr 2006 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 8,3 Prozent auf 812,8 Mrd. RUR (umgerechnet knapp 30 Mrd. USD), bis August 2006 um ca. zehn Prozent auf 1.241,6 Mrd. RUR.³² Befördert durch die „nationalen Projekte“ ergeben sich besonders im Wohnungsbau, dem Bau von Gesundheitszentren und Bildungseinrichtungen besonders gute Möglichkeiten auch für deutsche Unternehmen.

Investitionen werden seit einiger Zeit auch aus Russland ins Ausland getätigt und verstärkt Kooperationen eingegangen. „Die Russen kommen“ titelten gleich mehrere deutsche Medien im Zusammenhang mit dem Drang russischer Unternehmen nach Westen und auch nach Deutschland. Doch hier fühlen sie sich nicht immer willkommen. Dabei ist das Verhältnis zwischen deutschen Investitionen in Russland und russischen Investitionen in Deutschland sehr ungleichgewichtig: Deutsche Unternehmen investieren wesentlich mehr in Russland als umgekehrt russische in Deutschland. Die rund 400 Mio. € russische Investitionen in Deutschland³³ nehmen sich gegenüber 15 Mrd. € deutschen Investitionen in Russland eher bescheiden aus. Bundesbankchef Axel Weber sieht die Situation deshalb auch relativ entspannt: „Bin ich besorgt über deutsche Investitionen in Russland? Nein. Bin ich besorgt über russische Investitionen in Deutschland? Nein“.³⁴ Wir müssen anfangen, den Willen der russischen Wirtschaft nach Vernetzung in Europa zu respektieren, auch wenn uns manche Begehrlichkeit vielleicht nicht auf Anhieb behagt. Aber fragt heute noch jemand danach, warum er mit Vodafone mobil telefoniert und nicht mehr mit D2-Mannesmann? „Wir verstehen das Interesse russischer Unternehmen, nicht nur als reiner Energielieferant aufzutreten“³⁵ bringt Gernot Erler, Staatsminister im Auswärtigen Amt, Verständnis für die Investitionswünsche russischer Partner auf. Zumal Investitionen in die deutsche Wirtschaft auch dafür sorgen, dass die Konjunktur weiter anhält, Arbeitsplätze im Land erhal-

ten oder geschaffen werden und zudem ein Ausdruck der Attraktivität des Standortes Deutschland sind.

Über die Attraktivität Russlands als Investitionsstandort für deutsche Firmen besteht wenig Zweifel. Der Metro-Konzern mit seinen Töchtern Metro Cash & Carry³⁶, REAL und MediaMarkt hat bisher fast eine Milliarde Euro in Russland investiert und wird perspektivisch das Doppelte investieren.³⁷ Überhaupt boomt der Markt für Retailer. Die deutschen Ketten OBI, REWE, IKEA Deutschland und andere internationale Handelsketten wie Auchan, Ramstore oder Stokmann sind in Russland erfolgreich und expandieren, andere werden in Kürze folgen.

Für das VW-Werk in Kaluga plant Volkswagen Investitionen in Höhe von 370 Mio. Euro³⁸ zur Verfügung zu stellen - die größte Einzelinvestition in die russische Automobilindustrie. Die Deutsche Post Tochter DHL will in den nächsten Jahren 250 Mio. € in den Ausbau von Terminals und anderen Infrastruktureinrichtungen stecken.³⁹ Solch spektakuläre Investments sind medienwirksam. Den Großteil deutscher Investitionen leistet jedoch der Mittelstand: Hochland, Erismann, Knauf, VEKA, Rehau, Schattdecor, Freudenberg, Ehrmann, Claas um nur einige zu nennen, haben eigene Produktionen in Russland aufgebaut und „erobern“ Schritt für Schritt auch die russischen Regionen. Der Trend zur Ansiedlung – auch – in den fernerer Landesteilen ist unverkennbar. Deutsche Unternehmen sind auch beim Zug ins Landesinnere in einer Vorreiterrolle. In 63 der 86 Föderationssubjekte sind deutsche Firmen aktiv.⁴⁰

Als erste Anlaufstelle vor Ort bieten seit vielen Jahren Delegation-, Verband- und Informationszentrum der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation praktische Hilfe an und leisten konkrete Unterstützung beim Markteintritt oder bei der Begleitung von Projekten, falls erforderlich auch auf politischer Ebene. Der Verband der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation bildet gemeinsam mit der Delegation der Deutschen Wirtschaft die Basis für die geplante deutsch-russische Auslandshandelskammer. Mit Gründung der deutsch-russischen AHK wird der weiteren Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen Rechnung getragen.

³² Kachcharowa, Constanze: Konjunkturbericht zur Bauindustrie in Russland, Moskau 2006, unter: www.bfai.de

³³ Nach Aussagen des Präsidenten der Russischen Föderation, Vladimir Putin. Unter: http://www.ihk-muenchen.de/internet/mike/aktuell/presse/Putin__11_10_2006_.html

³⁴ Vgl. Financial Times Deutschland unter: <http://www.ftd.de/unternehmen/finanzdienstleister/121569.html?>

³⁵ Erler, Gernot: Das Denken in Einflussphären und Machtblöcken ist nicht mehr zeitgemäß. Unter: <http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/?artikelID=20060904>

³⁶ Vgl. russ. Webseite des Konzerns unter: http://www.metrogroup.ru/servlet/PB/menu/1000080_17/index.html

³⁷ Nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden der Metrogroup Dr. H.-J. Körber im November 2006.

³⁸ In den VW-internen Pressemeldungen werden genaue Zahlen nicht genannt, vgl. <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,424075,00.html>.

³⁹ Vgl. http://www.aktienresearch.de/news/news_detail.asp?NewsNr=401456

⁴⁰ Vgl. Delegation der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation; Verband der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation: Regionalumfrage 2006. Befragung deutscher Unternehmen. Moskau 2006.

Am Bankenmarkt breitet sich ein Übernahmefieber aus. Die deutschen Großbanken sind mit ihren Investments und ihrem Engagement in Russland bisher zwar zögerlicher als die Konkurrenz, aber mit der Übernahme der United Financial Group (UFG) durch die Deutsche Bank und der Beteiligung der Commerzbank an der Promsvyazbank ist ein weiterer Schritt auf dem russischen Markt getan. Sicher spielt hier die Tatsache eine Rolle, dass Auslandsbanken in Russland keine Filialen eröffnen können, sondern russische Tochtergesellschaften gründen müssen - eine Schutzmaßnahme für den heimischen Markt. Um den Aufbau eines leistungsfähigen Banken- und Kreditwesens zu garantieren, ist dies sicher richtig; unter unternehmerischen Gesichtspunkten behindert es die Entwicklung des Kreditwesens. Gleichzeitig stellen sich den Banken mit der Finanzierung der Investitionen in die Infrastruktur neue Aufgaben, auf die die russischen Staatsbanken durch umfangreiche Umstrukturierungen vorbereitet werden sollen. Ausländische Banken kämpfen häufig mit der Schwierigkeit, ihre Geschäftspolitik eindimensional auf lokale Märkte auszurichten, deshalb wären nationale Privatbanken besser geeignet, wenn nicht sogar erforderlich.

Russische Banken refinanzieren sich nach wie vor im Wesentlichen über Darlehen, einschließlich Verbriefungen. Vorschläge, ihnen zur Kapitalisierung den Zugang zum Equity-Markt zu ermöglichen, sind im Wesentlichen daran gescheitert, dass viele russische Banken nach wie vor von vielen kleinen GmbHs gehalten werden, um verschärften Kontrollen durch die Zentralbank zu entgehen. Diese hat bis jetzt kein adäquates System zur Prüfung der Verlässlichkeit der mitunter zahlreichen Gesellschafter gefunden.

Nach der Verbreitung von Konsumentenkrediten in den letzten Jahren fassen die russischen Banken nun auch zunehmend das Kreditgeschäft mit dem Mittelstand ins Auge. Obwohl es nach wie vor erhebliche Schwierigkeiten bei der Besicherung solcher Kredite gibt, wird dieser Markt in Zukunft deutlich an Attraktivität gewinnen. Zum Aufbau der KMUs in Russland wird jedoch die russische Kreditwirtschaft allein nicht in der Lage sein. „Wir wollen ausländische Investoren überall sehen“⁴¹, so Präsident Putin im November letzten Jahres in München. Was als allgemeiner Wunsch und die Anforderung zu verstärktem Engagement ausländischer

Investoren verstanden werden sollte, wird durch Regierungspolitik zum Teil konterkariert. Die Abschottung der so genannten strategisch wichtigen Wirtschaftsbereiche vor ausländischem Kapital und die zunehmende Beteiligung des Staates an Unternehmen stoßen auf Unverständnis sowohl bei Investoren als auch in den internationalen Wirtschaftsorganisationen.⁴² Die OECD kritisierte unlängst die Rolle des Staates im Markt und die Eingriffe in den Wirtschaftskreislauf.⁴³ Besonders die Beschränkungen für den so wichtigen Energiesektor fordern die Kritik heraus, zumal die großen russischen Energiekonzerne ihrerseits vehement den Einstieg auf den europäischen Markt fordern und ihn nach und nach auch erhalten.⁴⁴

In anderen Bereichen, wie der immer noch wachsenden Korruption, wäre eine konsequentere Einmischung des Staates nur wünschenswert. Der durch Korruption entstehende volkswirtschaftliche Schaden ist enorm. Der „Kommersant“ vom 31. Oktober 2006 schreibt von durchschnittlich sieben Prozent des Umsatzes eines Unternehmens, die als Schmiergelder abfließen.⁴⁵ Die Regierung Putin hat der Korruption und der Bürokratie den Kampf angesagt. Bis jetzt mit wenig Erfolg. Solange der Filz bis in die höchsten Kreise reicht, ist dieses Unterfangen ein Kampf mit stumpfen Waffen.

So hatte die Ablösung der Führungsriege der Zollverwaltung⁴⁶ zur Mitte des Jahres denn wohl eher symbolischen Wert als praktische Auswirkungen. Die Korruption durchzieht alle Gesellschaftsbereiche, wirkt aber besonders in der wirtschaftlichen Sphäre extrem hinderlich. Administrative Selbstverständlichkeiten beanspruchen viel Zeit, ihr Support Geld. Geld, das zum Beispiel Gründer oder KMUs in aller Regel viel notwendiger in die Entwicklung ihres Geschäftes investieren müssten.

Der jährlich von der Organisation Transparency International erhobene Korruptionsindex setzt Russland 2006 auf Platz 121, den es sich mit Ländern wie Benin, Sambia, Ruanda, Honduras, Nepal, den Philippinen und Swasiland teilt. Damit konnte Russland zwar im Vergleich zum Vorjahr um 5 Plätze aufrücken, der Korruptionsindex hat sich jedoch weiter geringfügig verschlechtert (2005: 2,5, 2006: 2,4). Mit Rang 16 und einem Korruptionsindex von 7,3 ist Deutschland wie im Vorjahr nicht unter den top ten. (Platz 1 - Finnland, Platz 163 - Haiti)⁴⁷

⁴¹ Vgl. Putin, Vladimir. Rede, gehalten anlässlich des Besuches der IHK München und Oberbayern, München 11.10.2006.

⁴² The Moscow Times: Investors wary of taking UES Plunge. Moskau, 15. Dezember 2006, S. 1 u. 7.

⁴³ The Moscow Times: OECD criticizes State role in market. Moskau, 28. November 2006, S. 1 u. 2.

⁴⁴ Gasprom wird vom kommenden Jahr an Endkunden in Frankreich direkt beliefern. Das gaben Gasprom und der französische Konzern Gaz de France am Dienstag in Moskau bekannt. Unter: <http://www.ftd.de/unternehmen/industrie/143665.html>

⁴⁵ S. <http://kommersant.ru/doc.html?DocID=717800&IssueID=30239>

⁴⁶ Vgl. http://www.aktuell.ru/russland/news/zoll_skandal_heftige_saeuberung_unter_uniformtraegern_14422.html

⁴⁷ Vgl. Tabellarisches Ranking auf der Organisation Transparency International www.transparency.de

Der Korruptionsindex CPI bezieht sich auf das von erfahrenen Geschäftspersonen und Länderanalysten wahrgenommene Ausmaß der Korruption und rangiert zwischen 10 (frei von Korruption) und 0 (extrem befallen von Korruption)

Wirtschaftstätigkeit braucht (Rechts-)Sicherheit und staatliche Garantien für „business as usual“. Mit seinem Amtsantritt initiierte Präsident Putin deshalb ein umfangreiches Reformprogramm. Die ursprüngliche Intention bestand in der Regulierung des unter seinem Vorgänger entstandenen „Wildwuchses“ und in der Entflechtung von politischen und wirtschaftlichen Strukturen, um der wirtschaftlichen Entwicklung die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Ein Mammutprojekt, dessen Voranschreiten und dessen Mesallianzen man täglich beobachten kann. Von außen betrachtet sind in den letzten drei Jahren große Reformschritte nicht mehr feststellbar und eigentlich auch nicht zu erwarten gewesen. Die Evolution gesetzlicher Normen bedarf augenblicklich einer Vielzahl von Feinjustierungen, die zwar wenig spektakulär anmuten, jedoch für ein reibungsloses Funktionieren der Wirtschaft unerlässlich sind. Verbesserungen bzw. Veränderungen hat es in den Bereichen Zoll, Immobilienrecht, Steuer- und Arbeitsrecht, bei privaten Kranken- und Rentenversicherungen gegeben. Die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung erfordert jedoch weiterhin ein permanentes Reagieren, um auch judikativ die nötigen Anpassungen vornehmen zu können. Ein hohes Maß an Gewaltenteilung wäre für diese Aufgabe erforderlich, da permanente staatliche Intervention der Entwicklung freier, marktwirtschaftlicher Konditionen entgegensteht. Ebenso wie die Eingriffe des Staates in die Entfaltung eines diversifizierten Marktes, der Wettbewerb, Qualität und Standards ermöglicht und die Übernahme oder Beteiligung des Staates an einigen der größten russischen Unternehmen. Jegliche Art von Monopol schadet dem Markt und widerspricht den Gesetzmäßigkeiten fairer Entwicklung. Man muss diese Tendenzen sehenden Auges verfolgen und kommentieren, aber: Mehr Sachlichkeit und Besonnenheit in der Darstellung der Situation in Russland wäre dabei sehr wichtig. Die bisweilen schon in panische Hysterie abgleitende Stimmungsmache trägt sicher nicht zu einem vertiefenden Dialog und zum gegenseitigen Verständnis bei.

Fazit

Es besteht kein Zweifel: Russland ist als zweitgrößter Erdölproduzent und als Land mit den mit Abstand größten Erdgasreserven nicht nur eine Energie-Supermacht, sondern hat sich inzwischen auch wieder

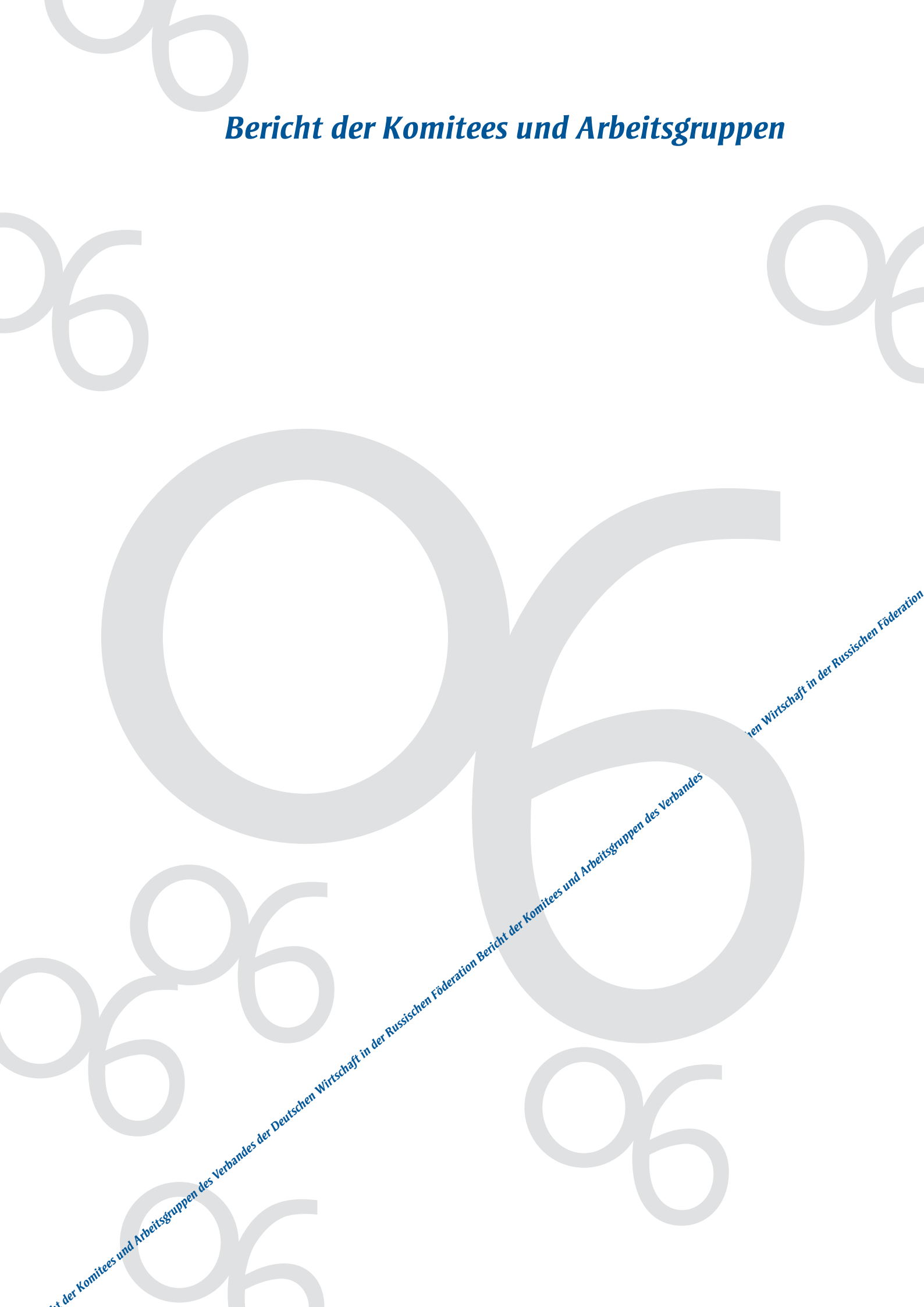
zu einem politischen Schwergewicht entwickelt. Wirtschaftlich gesehen kann Russland auf ein erfolgreiches Jahr 2006 zurückblicken: über sieben Prozent Wirtschaftswachstum⁴⁸, eine weitere finanzielle Konsolidierung, ein Aufstocken der nationalen Reserven und eine extrem positive Handelsbilanz. Die Verbraucher haben wieder Vertrauen in die eigene Wirtschaft und konsumieren. Die deutsche Wirtschaft partizipiert gleichzeitig als größter und favorisierter Partner Russlands an der russischen Wirtschaftsentwicklung. Der gegenseitige Handelsaustausch wird erstmals die 50 Milliarden Euro-Marke überschreiten. Deutsche Unternehmen zeigen sich überaus zufrieden mit ihren Geschäftsergebnissen in Russland und mit der Perspektive. Immer mehr deutsche Unternehmen entschließen sich, ein Engagement in Russland zu beginnen, wie wir Tag für Tag in der Praxis erleben.

Als größte Hindernisse werden Korruption, Bürokratie und die vermehrte Einflussnahme des Staates in die Prozesse der freien Marktwirtschaft angesehen. Zwar wird der russische Export weiterhin durch die Lieferung von Rohstoffen dominiert, aber die Tendenz zur Entwicklung einer leistungsfähigen Volkswirtschaft – unabhängiger vom Energieträgermarkt – ist unverkennbar. Der Stabilisierungs- und der Investitionsfonds, die Bereitstellung von staatlichen Finanzmitteln, wie z. B. für die nationalen Projekte, die Sonderwirtschaftszonen und Infrastrukturmaßnahmen tragen zur weiteren Konsolidierung des Staatshaushalts und der Wirtschaft des Landes bei.

Russland war, ist und wird auch in Zukunft ein zuverlässiger Partner sein und ein sich dynamisch entwickelnder Markt mit großen Chancen für die deutschen Unternehmen. Eine stärkere Vernetzung mit Europa und der übrigen Welt wird auch die innere Stabilität Russlands festigen. Es wäre im Übrigen nicht das erste Beispiel dafür, dass wirtschaftliche Prosperität den Ausschlag für eine intensivere Zusammenarbeit auch auf allen anderen gesellschaftlichen Ebenen gibt. Wer wüsste das besser als wir Mitteleuropäer, deren Eini-gung die EGKS, die Römischen Verträge, die EG und die EU und augenblicklich das Ringen um die Europäische Verfassung gesehen hat, und am Anfang stand meist der Wunsch nach Öffnung des Marktes und un-eingeschränktem Handel.

⁴⁸ Offizielle Daten zur endgültigen Entwicklung für das Gesamtjahr 2006 liegen zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht vor. Nach Angaben des Föderalen Dienstes für staatliche Statistik und des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung für den Zeitraum Januar bis November 2006 werden über sieben Prozent prognostiziert (Oktober 2006: 8,4 5, Nov.: 7,8 %) vgl. Dokumente zur Makroökonomie, unter: http://www.economy.gov.ru/wps/portal/!ut/p/_s_7_0_A/7_0_BP/.cmd/ad/ar/sa.detailURI/.ps/X/.c/6_0_6S/ce/7_0_1RF/p/5_0_P3/d/0/th/J_0_12D/_s_7_0_A/7_0_BP?PC_7_0_1RF_listMode=Archive&PC_7_0_1RF_pageNum=0&PC_7_0_1RF_documentType=monitoring&PC_7_0_1RF_documentId=1168504495422#7_0_1RF

Bericht der Komitees und Arbeitsgruppen



Bericht der Komitees und Arbeitsgruppen des Verbandes der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation

Bericht der Komitees und Arbeitsgruppen des Verbandes der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation

Außenhandel

*Ungebrochen
gute Konjunktur*

Die gute Wirtschaftskonjunktur, der starke Konsum und die hohen Investitionen werden die Einfuhren auch in den nächsten Jahren kräftig befördern. Da die russische Industrie mit dem Wirtschaftswachstum nicht Schritt halten (Industrieproduktion 2005 bis 2009: plus vier bis 4,7 % pro Jahr) und den steigenden Bedarf kaum befriedigen kann, wird sich ein großer Teil der Binnennachfrage auf das Importangebot richten. Hinzu kommt, dass mit steigenden Einkommen und größeren finanziellen Möglichkeiten der Unternehmen nicht nur der Preis, sondern zunehmend auch die Qualität und moderne Technologien zu wichtigen Entscheidungskriterien für den Kauf eines Konsum- oder Investitionsguts werden.

Die Entwicklung der Importe wird deshalb in den nächsten drei Jahren kaum an Dynamik verlieren. Für 2006 wird ein Volumen von 160 Mrd. USD erwartet - nach 125,3 Mrd. USD (nach Angaben der Zahlungsbilanz) im Vorjahr. Bis zum Jahr 2009 sollen die Einfuhren 264 Mrd. USD erreichen - mehr als doppelt so viel wie 2005. Dazu trägt auch die reale Aufwertung des Rubels bei, die Importe verbilligt. Für eine lange Liste von Ausrüstungen und Maschinen sowie Komponenten, darunter für die Automobilindustrie und den Flugzeugbau, hat die Regierung die Einfuhrzölle deutlich reduziert. Das wird die Importe von Investitionsgütern weiter stimulieren. Auf Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel entfielen in den ersten acht Monaten 2006 46,8 % (2005: 42,5 %) der Gesamteinfuhren.

Russlands Exporte werden sich dagegen nach der kräftigen Steigerung zu Beginn des Jahrzehnts eher abschwächen. Für 2006 rechnet die Regierung noch mit einer starken Zunahme von 243 Mrd. USD auf 311 Mrd. USD. Danach werden die Erlöse eher stagnieren und bis 2009 auf voraussichtlich 280 Mrd. USD fallen. Das hängt mit dem deutlichen Übergewicht von Brenn- und Rohstoffen bei den Exporten und der erwarteten Stabilisierung oder dem Rückgang der Weltmarktpreise zusammen.

Der Anteil an Brennstoffen und Energie an den russischen Exporten in Länder außerhalb der GUS betrug in den ersten drei Quartalen 2006 70,8 % (Vorjahreszeitraum: 66,1 %; entsprechender Anteil im Handel mit der GUS: 48,8 %). Auf Metalle entfielen 13,4 % (Januar bis September 2005: 15,6 %), auf Chemie- und Kautschukerzeugnisse fünf Prozent (5,7 %). Maschinen und Ausrüstungen (2,9 % bzw. 3,3 %) spielen in der Struktur russischer Exporte eine geringe Rolle.

Deutschland ist Russlands Handelspartner Nummer eins. Der Warenaustausch in beide Richtungen steigt seit Jahren zweistellig. Deutschland ist das mit großem Abstand wichtigste Herkunftsland für russische Importe mit einem Anteil von 13,5 % (2005, Quelle: russische Zollstatistik), gefolgt von der Ukraine (7,8 %) und China (7,4 %). Die Einfuhren aus Deutschland stiegen 2005 nach russischen Angaben um 25,4 % (Januar bis August 2006: plus 37,5 %), die Ausfuhren dorthin wegen des hohen Anteils von Brennstoffexporten sogar um 48,3 % (25,7 %). Bemerkenswert ist der sehr starke Anstieg der Importe aus der VR China und Südkorea.

*Deutschland
Handelspartner
Nr. 1*

Logistikmarkt Russland

Der Logistikmarkt in Russland boomt. Nach offiziellen Angaben der russischen Informations- und Beratungsagentur „Infobüro“ betrug der Umsatz auf dem russischen Logistikmarkt Anfang 2006 120 Mrd. Dollar. Da die Vielfalt der Logistikdienstleistungen ständig zunimmt und der Zugang auf den Markt nicht beschränkt ist, ist es fast unmöglich, das Wachstumstempo genau vorherzusagen. Aber die Prognosen der Logistikexperten weisen nach oben, d.h. das Potential des russischen Logistikmarktes ist groß und die Nachfrage nach logistischen Dienstleistungen ist ungebrochen hoch. Jährlich zeigt der Markt ein Wachstum von über sieben Prozent. Heute gibt es etwa 6.000 Logistikunternehmen. Der größte Teil aller Dienstleistungen entfällt auf den Bereich Spedition (55 %), gefolgt von Supply Chain Management und kombinierter Logistik (32 %) und Lagerung (13 %).

*Boom auf dem
Logistikmarkt*

Obwohl sich der russische Logistikmarkt sehr schnell entwickelt und Vorteile wie z. B. diese Dynamik, die günstige geographische Lage (Transitlage zwischen Europa und Asien) und ein gutes Investitionsklima bietet, gibt es auch Schwierigkeiten mit denen man unbedingt beim Markteintritt rechnen muss: z. B. die unzureichend entwickelte Infrastruktur, eine lückenhafte Gesetzgebung und die Bürokratie. Es herrscht ein Mangel an 3PL Operatoren und qualifizierten Logistikspezialisten.

Die logistische Infrastruktur ist in Moskau am besten entwickelt. Aber sogar hier herrscht ein Mangel an modernen Terminals. Die Preise für die Lagerung sind in Moskau fünf Mal höher als in Polen. Das schränkt die Möglichkeit, ein modernes System des kombinierten Verkehrs zu schaffen, ein. Besonders akut sind die Probleme in den russischen Regionen. Trotzdem hat sich in den letzten zwei Jahren die Lagerkapazität in den Regionen vergrößert. Außerdem konnten die Qualität von Logistikdienstleistungen

und die Infrastruktur wesentlich verbessert werden. Diese Tatsache stimulierte die weitere Expansion der Einzelhandelsketten und schuf folglich auch neue Möglichkeiten für ausländische Logistikprovider auf dem russischen Markt.

**Logistikzentren
in Russland
– eine Initiative
des Staats**

Das Transportministerium der Russischen Föderation arbeitet an Plänen zum Aufbau eines Netzes von Logistikzentren in Russland. Demnach sollen große Logistikzentren in Verbindung mit der strategischen Entwicklung des Transportsektors an Verkehrsknotenpunkten, in der Nähe von Millionenstädten oder an wichtigen Auto- und Eisenbahnkreuzungen entstehen. Zu diesem Zweck wurde ein zwischenamtlicher Rat für Logistikfragen ins Leben gerufen. Alle Fragen werden in einer dem Ministerium unterstellten Agentur gesammelt.

Auf Initiative des Transportministeriums wurde im Wirtschaftsministerium ein neues Verfahren zur Vergabe von Grundstücken für große Infrastrukturprojekte erarbeitet, das es erlaubt, die Genehmigungszeiträume auf zwei Jahre zu verkürzen. Ein großes Problem ist nach Meinung des Transportministers Igor Levitin die chaotische und nicht abgestimmte Entwicklung der Lagerkapazitäten. Nach Angaben des Ministeriums beträgt die derzeitige Finanzierung der Transportinfrastruktur, insbesondere die der Entwicklung von Logistikzentren, nicht mehr als zwei Prozent des BIP Russlands. Ziel ist es, den Anteil auf vier Prozent zu erhöhen. Dabei setzt man auf Public Private Partnerships (PPP). Der Anteil der nicht staatlichen Investitionen beträgt momentan 40 %, dieser Teil soll deutlich erhöht werden.

Public Private Partnerships sollen durch das kürzlich beschlossene Gesetz „Über Konzessionsverträge“ erleichtert werden. Für den effektiven Aufbau von Logistikzentren ist ein weiteres neues Gesetz über die Reservierung von Grundstücken und die Umwidmung von Grundstücken von einer in eine andere Kategorie notwendig. Auch für die Planung von Strassen und Eisenbahntrassen sind Neuregelungen vorgesehen. Die entsprechenden Gesetzentwürfe befinden sich noch in der Ausarbeitung.

Die Pläne des Transportministeriums fallen mit der Initiative der Russischen Eisenbahn OAO „RZHD“ in diesem Bereich zusammen. Das Unternehmen plant ein mehrstufiges System von Logistikzentren. Vorgesehen ist ein Hauptzentrum mit Regional- und Kreiszentren in allen Filialen der OAO „RZHD“. Jedes dieser Zentren soll als von den Transportteilnehmern unabhängige Organisation funktionieren, die auf kommerzieller Basis arbeitet. Die wichtigsten Kunden dieser Verkehrs- und Logistikzentren sollen die Frachthaber, Speditionen und Frachtführer sein. Experten und Marktteilnehmer glauben, dass das Projekt der OAO „RZHD“ durchaus Erfolg haben könnte, allerdings auch, dass es besser wäre, wenn sich unabhängige Logistikzentren um die Verteilung der Logistikströme kümmern würden.

Das Gebiet und die Stadt Moskau sind an dem Projekt sehr interessiert. Die Gebietsregierung nahm den Beschluss „Über die Bestätigung des Programms der Regierung des Moskauer Gebiets zur Entwicklung eines verkehrslogistischen Systems im Moskauer Gebiet von 2006 – 2010“ an. Im Dokument sind Fristen, Verzeichnisse und Mechanismen zur Realisierung der territorialen Einteilung als Teil des Aufbaus logistischer Objekte vorgeschrieben. Die Durchführung des Programms sieht in den nächsten fünf Jahren folgerichtig vor, das Moskauer Gebiet in einen Hauptknotenpunkt für logistische Frachtströme im europäischen Teil Russlands zu verwandeln. Dies alles auf der Basis eines einheitlichen Systems von Logistikzentren zur Annahme, Lagerung, dem Umschlag und der Verteilung von Waren. Dazu sollen die notwendigen Bedingungen zwischen Zentralem Autobahnring und dem Moskauer Autobahnring geschaffen werden.

In der Moskauer Umgebung soll in fünf Jahren die Entwicklung der Lagerinfrastruktur durch den Bau von drei Container- und Handlingterminals und 29 Logistikzentren erfolgen. 40 000 neue Arbeitsplätze, 9,2 Millionen m² Lagerfläche und 700 000 m² Bürofläche sollen entstehen. Nach Prognosen von Spezialisten soll das Programm ein Volumen ca. 100 - 110 Milliarden Rubel haben. Der Umfang privater Investitionen in das Programm soll ca. 244 Milliarden Rubel betragen.

Zurzeit besteht ein Mangel an Lager- und Bearbeitungsflächen von mehr als 5 Millionen m². Das erste große verkehrslogistische Zentrum (TLZ) auf dem Moskauer Gebiet ist auf dem Gelände des Autokombinats N28 „Mosavtotrans“ geplant, das auf einem Grundstück von ca. 66 000 m² Fläche im Osten Moskaus entstehen soll. Geplant ist ein mehrstöckiges Officezentrum für die Speditionsrepräsentanten. Außerdem ist ein Parkhaus mit 600 Stellplätzen für Lastwagen und PKW vorgesehen. Der eigene Fuhrpark des TLZ wird aus 1.000 bis 1.200 Fahrzeugen bestehen. Ungefähr 17 000 m² des Geländes sollen als Messegelände genutzt werden. Der Lagerkomplex wird zweimal größer sein. In das TLZ soll auch ein technisches Wartungszentrum für PKW und LKW sowie ein Ausbildungs- und Informationszentrum integriert werden. Außerdem ist ein Hotel für die Fahrer geplant. Verkehrstechnisch liegt der Komplex in unmittelbarer Nähe zum vierten Autobahnring und garantiert so eine optimale Erreichbarkeit.

Private Unternehmen beteiligen sich zunehmend aktiv am Bau von Lager- und Logistikimmobilien. In Petersburg, wo ein akuter Mangel an Lagerflächen der Kategorie A herrscht, wurden 2006 ca. 62 500 m² fertig gestellt, weitere 137 000 m² stehen vor der Fertigstellung. 2006 konnten im Moskauer Gebiet 279 000 m² im laufenden Jahr neu gebaute Lagerflächen vermietet werden, im Einzelnen: die Logoparks „Puschkino“, „Krsjoschino“,

*Investitions- und
Entwicklung-
stätigkeit auf
dem Markt für
Lagerimmobilien*

„Belaja Datscha“, der Verkehrs- und Logistikkomplex „Tomilino“, der Interkomplex „Jug“. Neue Projekte, die vor allem durch ihre gigantischen Ausmaße hervorstechen, wurden angekündigt – die „Multinational Logistic Partnership (MLP) hat schon mit dem Bau des Terminals „MLP-Podolsk“, der eine Fläche von 200.000 m² haben soll, begonnen. Raven Russia und „Expo“ werden einen Industrie- und Logistikpark im Rayon Istra, mit mehr als 190.000 m², bauen. Weiter planen sie einen 300.000 m² großen Lagerkomplex im Rayon Noginsk; zum Ende des Jahres 2007 soll ein Lagerkomplex in Schuscherach fertig gestellt werden.

Lagerprojekte sind momentan sehr rentabel. Verkauft oder vermietet der Developer das Objekt kann der Gewinn bis zu 20 % im Jahr betragen, bleibt der Investor nach Fertigstellung selbst Operator des Lagers sind bis zu 50 % möglich. Jedoch könnten die praktische Umsetzung ehrgeiziger Projekte und die gleichzeitige Inbetriebnahme von einer Million Lagerplätzen zum Jahr 2008 zu einer Senkung der Mietpreise auf 90 – 100 Dollar pro m² führen (von heutigen 125 – 140 Dollar ohne Mehrwertsteuer). Außerdem wachsen die Komplikationen beim Bau von Großvorhaben mit zunehmender Geschwindigkeit: Die größten Schwierigkeiten, mit denen ein Investor zurzeit beim Bau eines Logistik- oder Lagergebäudes zu rechnen hat, liegen bei den Grundstücken. Dies gilt ganz besonders für das Moskauer Gebiet. Hier stiegen die Grundstückspreise jährlich um 40 %. Der Kauf eines Grundstücks macht fast ein Drittel der Gesamtkosten eines Bauvorhabens aus. Nicht weniger teuer und schwierig ist die Grundstückserschließung (Strom- und Gasanschlüsse). Auch die Kosten für Baumaterial wachsen jährlich um ca. 20 %. All diese Faktoren sprechen, entgegen den gigantischen Plänen des Transportministeriums und der RZHD, für mittelgroße Bauvorhaben, die leichter zu handhaben sind und folglich auch schneller zum Abschluss geführt werden können. Experten raten zu Projekten mittlerer Größenordnung. Ein Komplex von 50.000 m² ist schneller fertig und folglich ist auch das Risiko geringer.

Neues vom russischen Zoll

Neuordnung der russischen Zollbehörden

Am 25. Oktober 1991 wurde das damalige Staatliche Zollkomitee der RF als eigenständige Regierungsstelle gegründet. Im März 2004 wurde im Zuge der Umstrukturierung der russischen Regierung die oberste Zollbehörde dem Ministerium für Handel und Wirtschaftsentwicklung der RF (MHWE) untergeordnet und heißt seitdem Föderale Zollbehörde. Mit dieser neuen Zuordnung wurden mehrere Ziele verfolgt: Zum einen wollte man die umfassenden Machtbefugnisse der Zollbehörde einschränken. Zum anderen hatte die neue strukturelle Zuordnung das Ziel, die Zollpolitik

in die gesamte Wirtschaftspolitik des Landes einzubinden. Dabei spielten auch die WTO-Verhandlungen eine wichtige Rolle. Die mit dieser Zuordnung angestrebten Ziele wurden noch nicht erreicht.

Im Mai 2006 hat Präsident Putin die Föderale Zollbehörde direkt der Regierung der Russischen Föderation unterstellt. Mit den darauf folgenden Verfügungen hat Premierminister Fradkow den bisherigen Leiter der Zollbehörde und zwei seiner Stellvertreter ihres Amtes enthoben. Für diese Maßnahme gab es mehrere Gründe. Dass die Zollbehörden als einer der korruptesten Bereiche in Russland galten und gelten, war und ist für die Regierung und den Präsidenten ein offenes Geheimnis. Ende 2005 hat die russische Regierung die Entwicklungskonzeption der russischen Zollbehörden für den Zeitraum bis 2010 bestätigt. Unter den noch ungelösten Problemen des Zollwesens wurden z.B. aufgeführt: „hohes Korruptionsniveau der Zollbehörden“, „die Höhe der Besoldung der Zollbeamten entspricht nicht der wirtschaftlichen Bedeutung der Entscheidungen, die von ihnen getroffen werden“.

Im April 2006 hat Präsident Putin die Zollbehörden scharf kritisiert, indem er ihnen vorwarf, dass sie im Zusammenspiel mit privaten Unternehmen monopolähnliche Strukturen geschaffen hätten, die dem Staat erhebliche Verluste bringen. Er forderte, privatwirtschaftliche Strukturen von den Grenzübergangsstellen fernzuhalten. Nach Einschätzung des Ministers für Wirtschaftsentwicklung und Handel, German Gref, würde dieser Prozess etwa zwei Jahre dauern. Damit wollte Putin sich wohl nicht einverstanden erklären. Schon früher warf er dem Zoll vor, dass das Verfahren der Einfuhr von Waren in die freien Wirtschaftszonen durch die Zollbehörde zu „eigenmächtig“ interpretiert würde. Einer der Schwerpunkte der diesjährigen Ansprache des Präsidenten vor dem Parlament war die Korruption. Er musste eingestehen, dass beim Kampf gegen die Korruption bisher noch kein Durchbruch erzielt werden konnte. Bereits einen Tag nach der Ansprache des Präsidenten wurde die Zollbehörde direkt der Regierung unterstellt.

Der Zoll hat im Wesentlichen zwei Funktionen: eine wirtschaftliche Funktion (fiskalische Funktion, Unterstützung des Außenhandels, Schutz der einheimischen Produzenten usw.) und die Funktion einer Rechtsschutzbehörde (Bekämpfung des Schmuggels, der Unterfakturierung von Waren, der Korruption in den eigenen Reihen usw.). Diese zwei Funktionen konkurrieren miteinander, mit negativen Auswirkungen auf das Außenhandelsgeschäft. Die Frage, welche Funktion die Behörde gerade dominiert, bestimmt das Verhalten des Zolls gegenüber den Wirtschaftsbeteiligten. Dominiert die wirtschaftliche Funktion, so ist der Zoll auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit der

Zoll:
Wirtschaftliche Funktion vs. Rechtsschutzbehörde

Geschäftswelt eingestellt. Steht die Rechtsschutzfunktion im Vordergrund, kommt es häufig zu restriktiven Maßnahmen gegenüber den Wirtschaftsbeteiligten; z. B. beim Übergang zur hundertprozentigen Zollbeschau bis hin zu Zollrazzien und der anschließenden Schließung einzelner Zollterminals. In den letzten vier Jahren stand die wirtschaftliche Funktion im Mittelpunkt.

Die letzten Änderungen bei der Zollbehörde deuten auf eine gewisse Rückkehr zu mehr Machtbefugnis bei der Gestaltung der Durchführungsbestimmungen und der operativen Maßnahmen hin, die nun nicht mehr mit einer übergeordneten Behörde abzustimmen sind. Der Zoll wird wieder in der Lage sein, operativ durch Verabschiedung einzelner Rechtsakte auf die Situation im Außenhandelsgeschäft zu reagieren. Wie sich das Zusammenspiel von Wirtschaft, Zollbehörde und Staat unter den neuen Maßgaben entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Außerdem soll der neue Chef, Andrej Beljaninow, die Reformen der Zollbehörde und die Korruptionsbekämpfung innerhalb der Behörde weiter und schneller vorantreiben.

**Zolltarif-
politik**

Grundlegende Änderungen gab es nicht und kurz- bzw. mittelfristig sind solche nicht zu erwarten. Veränderungen werden darin bestehen, dass die Zollsätze für Waren, die in Russland in nicht ausreichender Menge und Qualität oder überhaupt nicht produziert werden, gesenkt und die Zollsätze für einzelne Waren in Bezug auf die Kaufkraft der Bevölkerung geprüft werden.

Mit Wirkung vom 24.05.2006 wurden einige Technologiegüter für neun Monate als zollfrei erklärt, später wurde diese Maßnahme bis zum 30.7.2007 verlängert. Die russische Warennomenklatur umfasst ca. 2.500 Positionen, denen verschiedene Arten von technologischen Gütern zugeordnet werden. Die o.g. Maßnahme schloss davon nur 800 ein. Noch für 2006 war eine weitere Senkung der Zollsätze für mehr als 100 Warenpositionen zu erwarten. Das betrifft z.B. Anlagen für die Zellstoff- und Automobilindustrie, den Maschinenbau und die Landwirtschaft. Die Liste dieser Anlagen wurde mit den dafür zuständigen Regierungsstellen abgestimmt. Auf der Warteliste stehen Anlagen zur Erdölförderung. Nach der Einführung der neuen Warennomenklatur wird der Beschluss erwartet, die Befristung für Zölle auf diese Waren aufzuheben.

Nach dem Beitritt zur WTO darf Russland die Importzölle nicht senken, aber nach Ablauf der Übergangsperiode können die Importzölle niedriger als eine vereinbarte maximale Höhe sein. Dies gilt jedoch nur für diejenigen Branchen, in denen es keine Gefährdung einheimischer Produzenten gibt oder für Industriegüter und Waren, die für Russland besonders wichtig sind.

Ende 2005 hat die russische Regierung die bereits erwähnte Entwicklungskonzeption für die russischen Zollbehörden für den Zeitraum bis 2010 bestätigt. Als eine Richtlinie im Bereich „Internationale Zusammenarbeit“ wurde formuliert: „Mitwirkung bei der Konzeptionsentwicklung für den gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum, Übergang zur Anwendung des Zollinheitspapiers der EU.“ Bereits im August 2006 hat die Oberste Zollbehörde durch zwei Anweisungen angeordnet, dass ab dem 1. Januar 2007 in Russland das Einheitspapier eingeführt wird. Bei der Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen wurden zwei internationale Konventionen zu Grunde gelegt: die Konvention zur Vereinfachung der Formalitäten beim Warenhandel und die Konvention für den allgemeinen Transit; beide aus dem Jahr 1987. In der EU wurde das Einheitspapier zum 1.1.1988 eingeführt.

Die russische Variante des Einheitspapiers ermöglicht es, dieses neue Zollpapier im Unterschied zu den noch heute gültigen einzelnen Formblättern der Güterzolldeklaration und Transitdeklaration, sowohl bei der Verzollung von Waren am Bestimmungszollamt als auch beim Binnentransitverfahren zu verwenden. Dementsprechend wird das Zollpapier die Importwaren von der Grenze bis zum Bestimmungszollamt und die Exportwaren vom Binnenzollamt bis zur Grenze begleiten. Die Einführung einer russischen Variante des Einheitspapiers bedeutet nicht, dass Russland sich den beiden Konventionen angeschlossen hätte. Dafür müssten erst die Voraussetzungen geschaffen werden. Jeder vollständige Vordrucksatz des Einheitspapiers besteht aus fünf Exemplaren. Wie sie auszufüllen sind, ist von den Zielen der Verwendung abhängig. Es handelt sich entweder um eine Anmeldung oder um ein Transitverfahren.

Eine andere Neuerung im Zollbereich, die auch am 1. Januar 2007 in Kraft trat, ist eine neue Version der Warennomenklatur für die Außenhandelsstatistik (russisch TN WED). Die Warennomenklatur wird in Russland einmal in fünf Jahren erneuert, damit sie den ausländischen Systemen entspricht. Die Systeme zur Bezeichnung und Kodierung der Waren für den internationalen Handel werden in diesem Fall harmonisiert. Der Entwurf der neuen Warennomenklatur wurde am 19. Oktober der russischen Regierung vorgelegt und Ende November wurde eine entsprechende Regierungsverordnung erlassen.

Die zollamtliche Prüfung nach der Freigabe von Waren wird auch „Zollpostaudit“ genannt. In der gesamten Struktur der Zollbehörden werden auf der Ebene eines Zollamts spezielle Dienstleistungen der Zollinspektion mit geschultem Personal verstärkt, das unmittelbar nach der Freigabe der Waren im Unternehmen prüfen soll. Die Zollbehörden setzen damit ihre strategische Li-

**Wichtige
Neuerungen
ab 1.1.2007**

**Verschärfung
der Kontrolle
für Waren nach
ihrer Einfuhr**

nie zur Bekämpfung der Unterfakturierung von Waren konsequent fort. Unternehmen, die in Russland Ware ausländischer Herkunft erwerben, haben das Risiko gemäß Artikel 16.21 („Gesetzwidriger Erwerb, Nutzung, Aufbewahrung oder Transport der Ware sowie Transportmittel“, Strafe von 50% bis 200% des Warenwertes mit möglicher Konfiszierung) des Ordnungswidrigkeitengesetzes der Russischen Föderation zur Verantwortung gezogen zu werden. Laut Schreiben des Föderalen Zolldienstes Nr. 18-12/10535 vom 31.03.2006 verschärft der Föderale Zolldienst zurzeit die Kontrolle für Waren nach ihrer Einfuhr. Diese Handlungsweise des Zolls wurde durch die letzten Entscheidungen des Arbitragegerichts sowie die Feststellung des russischen Verfassungsgerichts bestätigt. Beide Instanzen entschieden, dass ein Unternehmen beim Erwerb von nach Russland eingeführten Waren Vorsicht walten lassen muss, da es sich anderenfalls wegen Fahrlässigkeit strafbar machen kann.

Nach Meinung von Experten sollten Erwerber beim Kauf von nach Russland eingeführten Waren ihre Aufmerksamkeit erhöhen. Gründe sind die relativ geringen Nachweispflichten für die Ordnungshüter bei dieser Art von Ordnungswidrigkeiten und die sehr hohen Strafen. Entsprechend der o.g. Zollanweisung sind bestimmte Kriterien zu beachten, die jeder Erwerber beim Kauf von nach Russland eingeführten Waren prüfen muss. Weiterhin gilt, dass bei der Untersuchung solcher Sachverhalte das Zollamt den territorialen Zollbehörden die Sicherung der verdächtigen Ware am Ort des Befindens oder die Warenentnahme und Sicherstellung an einem anderen Ort empfiehlt. Es ist also damit zu rechnen, dass die Zollämter mit Einleitung des Verfahrens nach Artikel 16.21 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten zumindest die Ware entnehmen. Die Verjährungsfrist beträgt ein Jahr ab Einfuhr der Ware.

Elektronische Anmeldung

In Russland wurde in den letzten drei Jahren sehr viel über die elektronische Anmeldung gesprochen. Von insgesamt 694 Zollposten sind jedoch bisher nur 123 (Stand: Juli 2006), d.h. 17,7 % mit ihrer Hard- und Software im Stande und somit zugelassen, elektronische Zolldeklarationen auszufertigen. Die elektronische Anmeldung steckt in Russland noch in den Kinderschuhen. Für die meisten Wirtschaftsbeteiligten, insbesondere wenn es sich um Klein- und Mittelständler handelt, ist die Teilnahme an der elektronischen Kommunikation mit den Zollbehörden viel zu teuer: ab 500.000 RUR oder ca. 14.700 €. Der neue Chef der Zollbehörden hat die Systemmängel bei der elektronischen Anmeldung scharf kritisiert. Er hat der früheren Leitung der Hauptverwaltung für Informationstechnologie des Zolls vorgeworfen, dass diese ein Informationssystem geschaffen habe, das eigentlich ausschließlich für die Leitung verständlich gewesen sei. Zurzeit werden entsprechende Korrekturen vorgenommen.

Die Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass im Laufe des Jahres die wichtigsten Schwerpunkte des Konformitätsnachweises – wie jetzt im Sinne des neuen Gesetzes die bisherige Zertifizierung immer öfter genannt wird – und die damit verbundenen Aktivitäten aller involvierten Parteien anders verteilt sein werden als bisher.

Entwicklung der Zertifizierungen

Dank der administrativen Reform wurde die Funktion der Zertifizierung den staatlichen Institutionen abgenommen. Die neuen, privaten und nichtkommerziellen Zertifizierungsstellen haben den Zertifizierungsmarkt in einzelnen Segmenten im Sinne der Kunden transformiert. Ein Fortschritt in Bezug auf mehr Wettbewerb und Entbürokratisierung. Trotz der in mehreren Untersuchungen festgestellten steigenden Korruption in Russland, ist im Bereich der Zertifizierung ein Rückgang zu verzeichnen.

Für die Geschäftswelt ist indessen eine neue Sorge entstanden. Es geht um das Verbot der Einfuhr einzelner Lebensmittel aus bestimmten Nachbarstaaten Russlands ab März dieses Jahres. Die Begründung, Wein und Mineralwasser aus Gebieten mit langjähriger Liefertradition seien jetzt gefährlich für die Verbraucher und verletzen die russischen hygienischen Normen, klingt weder für die Marktteilnehmer noch für die Endverbraucher glaubwürdig. Die in solchen Fällen übliche Herangehensweise im Westen würde das Verbot für konkrete Produkte bestimmter Hersteller (evtl. beschränkte Lieferungen) bedeuten, wenn die Marktüberwachung eindeutig bestätigen würde, dass ein Produkt gefährlich ist.

Ausnahmefälle sind der Transport von Tieren und Lebensmitteln, deren Einfuhr aus bestimmten Länder wegen akuter Seuchengefahr beschränkt werden kann. Wird ein Produkt verboten, müssen Rückrufaktionen eingeleitet werden, die den Hersteller mit anfallenden Schadenersatzansprüchen konfrontieren.

Die RosPotrebNadzor (Verbraucherschutzbehörde) hat sich jedoch ausschließlich auf das Einfuhr- und Verkaufsverbot beschränkt. Der Glaube an die Effizienz der Behörde wurde in diesem Jahr zweimal erschüttert. Im ersten Fall vergifteten sich einige hundert Russen mit gepanschem Alkohol; einige starben. Der zweite Fall betraf die Einführung eines EDV-gestützten Steuerungssystems für den Alkoholverkehr, das nur unter erheblichen Schwierigkeiten und wesentlich später als geplant eingeführt werden konnte.

Ein weiteres Beispiel ist die Beschlagnahme einer mehrere Millionen US-Dollar teuren Handylieferung eines amerikanischen Herstellers bei einem namhaften russischen Einzelhandelsunternehmen mit der Begründung, die Geräte entsprächen nicht den geltenden Normen für elektromagnetische Strahlung. Die komplette

Lieferung wurde vernichtet. Für Erstaunen sorgte hingegen der Umstand, dass die offiziell vernichteten Handys wenig später von russischen Mobilfunkanbietern in ihren Netzen registriert wurden. Der Fall wird weiter untersucht und sorgte für erhebliches Medieninteresse.

Zweifel an der Handlungsweise und Glaubwürdigkeit der Behörden entstehen auch dadurch, dass Lieferungen erst mit der Begründung der Unterfakturierung beschlagnahmt werden und nachdem festgestellt wird, dass sie ordentlich verzollt und versteuert sind, als umweltfeindlich deklariert werden. Die Fakten sprechen dafür, dass die Instrumente der technischen Regulierung in letzter Zeit manchmal für Ziele, die nichts mit dem Markt- und Markenschutz zu tun haben, verwendet werden und einen politischen oder vermutlich kriminellen Hintergrund haben.

Zertifizierung

Während in Deutschland die Industrie die Normung mit ca. sieben Millionen Euro pro Jahr mitfinanziert und zudem noch durch den Normenverkauf ein erheblicher Deckungsbeitrag erzielt wird, befindet sich dieser Bereich in Russland in staatlicher Hand. Gegenwärtig wird der Versuch unternommen, die russische Industrie zu integrieren und wirtschaftliche Faktoren zu ändern, um die Effektivität des Systems zu erhöhen. Anschließend ist ein langsamer Übergang zum europäischen System geplant. Dieser angestrebte Übergang zu einer „europäischen“ Struktur („Selbstfinanzierung“) ist verständlicherweise nicht einfach. Man darf nicht vergessen, dass die historische Entwicklung beider Systeme völlig unterschiedlich verlaufen ist und Russland die Entwicklung, die in Europa Jahrzehnte gedauert hat, nicht in einem Bruchteil dieser Zeit durchlaufen kann.

Die Standardisierung (Harmonisierung) erfolgt in erster Linie bei Standards, die für den Export maßgeblich sind, also vor allem für Rohstoffe. Die Frage nach der Möglichkeit, ob Russland europäische Normen annimmt

und landesweit unverändert in Kraft setzt, wurde mit der Begründung verneint, dass klimatische, strukturelle und andere Faktoren angepasst werden müssen. Es bedarf Kontrollmechanismen, Untersuchungszentren und entsprechenden Normenanpassungen, deren Realisierung sich schwierig gestaltet. Im Jahr 2006 gab es kaum Fortschritte bei der Umsetzung der Reformen, die durch das Inkrafttreten des Gesetzes über die technische Regulierung aus dem Jahr 2003 bei der Geschäftswelt positive Erwartungen geweckt hätten. Anfang November wurde auf Regierungsebene offiziell festgestellt, dass die Reform der technischen Regulierung, und zwar insbesondere die Vorbereitung der Gesetzentwürfe des technischen Reglements, zu langsam verläuft und die diesbezüglichen Aktivitäten beschleunigt werden müssen. Die zuständige Behörde, Rostechregulirowanije (ehemals Gosstandard) ist der Meinung, dass das formal in Kraft getretene Gesetz, das durch fehlende Reglements noch nicht in geltendes Recht umgesetzt wurde, geändert werden muss. 2010 verlieren die bisher geltenden Marktzugangsprozeduren ihre Gültigkeit, falls kein Reglement für das jeweilige Produkt oder die jeweilige Dienstleistung verabschiedet wird.

Nun wurden im Dezember 2006 aus den Reihen der Duma erste Änderungen zum Gesetz über die technische Regulierung bekannt. Als Initiator trat die russische Regierung auf: geplant ist, dass die Regierung und die Ministerien bis zum Jahr 2010 alle technischen Reglements als normale Verordnungen annehmen werden. Die Reglements, die ihre Effektivität in der Praxis bewiesen haben, werden später durch die Duma als föderale Gesetze verabschiedet. In diesem Zusammenhang wurde ein Verbot der Änderung der staatlichen Standards GOST bis einschließlich 2010 beschlossen. Damit bleibt die Funktion der Kontrolle der Hersteller bei den föderalen Ministerien. Nach Angaben von Vertretern der Föderalen Agentur für technische Regulierung und Meteorologie Russlands konnte dieser Gesetzentwurf schon im Laufe der ersten Sitzungsperiode des Parlaments verabschiedet werden.

Regionen

Der komplizierteste Bundesstaat der Welt

Russland ist nicht nur flächenmäßig, sondern auch nach der Anzahl seiner administrativen Einheiten der größte Bundesstaat der Welt. Es erstaunt daher nicht, dass die Russische Föderation in der relativ kurzen Phase ihrer postsozialistischen Entwicklung von den für föderative Staaten typischen Krankheiten wie Separatismus und zentrifugalen Tendenzen nicht verschont geblieben ist. Dabei verleiht die Spezifik des Landes und des Staatsaufbaus den Problemen des russischen Föderalismus besondere Brisanz.

Gegenwärtig besteht Russland aus 86 verschiedenartigen Subjekten, zwischen denen es eine interne Abstufung gibt. Die wichtigsten Subjekte Russlands sind die 21 Republiken, die in der Regel den Namen ihrer Titularnation führen. Zu den russischen Teilrepubliken gehören die mehrheitlich islamisch geprägten Tatarstan und Baschkortostan, sechs Kaukasus-Republiken (fünf davon islamisch), das christlich-orthodoxe Jakutien (etwa sechsmal so groß wie Frankreich), die kleineren Mordwinien, Tschuwaschien und Udmurtien, die im gleichnamigen Gebirge „verschollene“ Republik Altaj, das buddhistische Kalmückien und andere. Einige Republiken tragen gleichzeitig den Namen zweier dominierender Ethnien: Karatschajewo-Tscherkessien, Kabardino-Balkarien (Nordkaukasus). Sehr spezifisch ist der bergige Kaspisee-Anrainer Dagestan, in dem über einhundert kleinere Volksgruppen leben.

Die russischen Republiken weisen mehrere Merkmale staatlicher Souveränität auf: Sie haben eigene Verfassungen, Fahnen und Hymnen; 13 Republiken werden von eigenen Präsidenten geführt. Bis vor kurzem wurden die republikanischen Präsidenten direkt vom Volk gewählt und mit nahezu uneingeschränkter Macht ausgestattet. 49 weitere Subjekte werden „Gebiete“ (russisch: Oblast) genannt. Sie haben sich historisch rund um eine Großstadt herausgebildet. Die meisten von ihnen liegen im zentralen und im nordwestlichen Russland. Gebiete sind die ältesten Bestandteile des Landes und bilden den Kern des russischen Staates. Die überwältigende Mehrheit ihrer Bevölkerung sind Russen. Trotz ihrer Vielzahl rangieren die Gebiete in der föderalen Rangliste auf Position drei. Die sieben Regionen (russisch: Kraj) sind in der Regel ausgedehnte und wenig besiedelte Territorien im Osten und im Nordosten des Landes mit oftmals nur einem großen Industriezentrum. Eine Ausnahme bilden die dicht bevölkerten südlichen Regionen in der „Kornkammer“ Russlands - Krasnodar und Stawropol im Nordkaukasus.

Die politische Szene ist aufgeteilt zwischen der mächtigen präsidententreuen zentristischen Partei „Einiges

Russland“, den schwächeren Linken (Kommunisten) und den Rechten (Union Rechter Kräfte), so dass dem Ziel nach einem zentral regierten Russland auch hier keine Grenzen gesetzt sind.

Die politischen Reformen der vergangenen fünf Jahre ließen unter dem Begriff „Machtvertikale“ im Westen vielfach als undemokratisch kritisierte Mechanismen entstehen, welche die Machtübernahme durch als „separatistisch oder antizentrisch“ eingeschätzte Politiker in den Republiken ausschließen, ohne dabei die Rechte der republikanischen Präsidenten zu beschränken. Nach einer neuen Regelung, die von beiden Kammern des russischen Parlaments (Föderalversammlung) gebilligt wurde, werden die Kandidaten für das Amt der Regionalchefs vom Staatspräsidenten den regionalen Parlamenten unterbreitet. Dabei erhält der Präsident wiederum Vorschläge für Kandidaten von der Partei, die bei den regionalen Wahlen gewonnen hat. Das Föderationszentrum hat weiterhin einen Weg gefunden, wie die lokalen Bürgermeister in die Machtvertikale eingebaut werden können, ohne dass dabei gegen die verfassungsmäßige Forderung nach der Unabhängigkeit der örtlichen Selbstverwaltung von den Staatsmachtorganen verstoßen wird. Die Partei „Einiges Russland“ hat Änderungen für zwei Föderationsgesetze konzipiert, die den regionalen Gouverneuren die Möglichkeit bieten, einem in Ungnade gefallenen Bürgermeister die meisten Vollmachten zu entziehen und die Verwaltung der regionalen Hauptstädte faktisch selbst zu übernehmen.

Das bedeutet allerdings noch nicht, dass damit die Probleme des föderativen Aufbaus in den Hintergrund gerückt sind. Neben der Vervollkommnung des administrativen Systems in den Regionen ist die Fusion der Regionen ein weiteres strategisches Ziel des Kreml im Bereich des Staatsaufbaus. Zu den Subjekten der Russischen Föderation zählen nicht nur nationale Republiken, sondern auch kleinere nationale Gebilde - die nationalen autonomen Bezirke im Norden und im Osten des Landes. Deren Etablierung in den 1930er Jahren sollte der Entwicklung der Kleinvölker des Nordens (oft nur einige zehntausend Menschen und weniger) wie Komi, Chanten, Korjaken, Nenzen kräftige Impulse verleihen. Die autonomen Bezirke waren traditionell auf staatliche Subventionen angewiesen, mit den marktwirtschaftlichen Reformen der 1990er Jahre jedoch versiegte der Geldstrom aus dem Zentrum und brachte die autonomen Bezirke an den Rand einer wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe. Nach dem neu vorgestellten föderalen Reformkonzept müssen die „schwachen“ nun mit „stärkeren“ Regionen fusionieren, um zu überleben. Durch die Vereinigung des Gebiets Perm mit dem Autonomen Bezirk der Komi-

Permjaken entstand so im Jahre 2005 als „Pilotprojekt“ eines neuen administrativen Subjektes die Region Perm. Demnächst soll sich die sibirische Riesenregion Krasnojarsk die Autonomen Bezirke der Chanten und Mansen und der Jamal-Nenzen einverleiben.

Fusion der Föderations-subjekte

Für die Vereinigung von zwei Föderationssubjekten in Sibirien, des Gebietes Irkutsk und des Autonomen Bezirks der Ust-Ordynen-Burjaten, haben sich deren Einwohner in einem Referendum ausgesprochen. Nach vorläufigen Angaben stimmten im Gebiet Irkutsk 89,76 % der Bevölkerung und im Autonomen Bezirk 97,79 % für die Vereinigung. Des Weiteren wird eine Fusion zwischen Kamtschatka und dem Autonomen Bezirk der Korjaken erwartet. Ein Referendum zur Frage der Vereinigung dieser beiden Regionen hat am 23. Oktober vergangenen Jahres stattgefunden. Im Gebiet Kamtschatka stimmten 84 Prozent der registrierten Bürger und im Autonomen Bezirk der Korjaken 89 Prozent für die Vereinigung. Allein der Präsident der Kaukasusrepublik, Adygej Sowmen, versuchte sich mit einem – vom Kreml allerdings abgelehnten - Rücktrittsgesuch gegen die Kremlpolitik der regionalen Vereinigung seiner Republik mit dem Gebiet Krasnodar zu wehren. Ihm wurde klar zu verstehen gegeben, dass das Föderationszentrum die Vereinigung Adygiens mit der Region Krasnodar verschiebt, allerdings unter der Bedingung, dass Sowmen, dessen Vermögen laut „Forbes“ auf 400 Millionen Dollar geschätzt wird, sich nicht nur um seine eigenen Geschäfte, sondern auch um eine Mobilisierung von Investitionen in die Wirtschaft der Republik bemühen müsse. Sowmen bleibt damit nur noch kurze Zeit seine Wahlversprechen zu erfüllen.

Die Vereinigung von Regionen soll nach den Moskauer Plänen dazu führen, die staatlichen Subventionen mit der Zeit maximal zu reduzieren und den administrativen Subjekten neue Impulse für ihre Entwicklung zu geben. Bisher lässt sich allerdings noch nicht einschätzen, ob die Wandlungen den föderativen Aufbau Russlands einfacher und praktischer machen. Jedenfalls wird Russland auf Grund seines riesigen Territoriums, der Vielzahl der Völker und der historischen Entwicklung auch weiterhin den Ruf als Bundesstaat mit der kompliziertesten Verwaltungsgliederung behalten.

Maßnahmen zur Förderung der Regionen

Der russische Staat versucht, in den Regionen verstärkt Programme zu initiieren, die die Wirtschaftskraft und die eigenständige Entwicklung der Föderationssubjekte stärken. Im Zuge dessen entstehen jetzt in Russland Institutionen, die konkrete Investitionsprojekte gezielt unterstützen, während die Behörden bislang nach Kräften vermieden ha-

ben, Institutionen für eine direkte Beteiligung des Staates an Wirtschafts-Projekten ins Leben zu rufen. Zu solchen Instrumenten zählen vor allem Sonderwirtschaftszonen (SWZ), der Investitionsfonds und Konzessionen. Die wichtigste Aufgabe des 2006 gebildeten Investitionsfonds soll die Förderung groß angelegter Investitionsprojekte von nationaler Bedeutung werden. Diese Projekte sollen gemeinsam mit dem Privatsektor finanziert werden. Geplant ist, 2006 dafür knapp 2,5 Milliarden US-Dollar zu bewilligen. Analysten gehen davon aus, dass dieser Fonds hohe Wachstumsraten erzielt.

Zudem ist in Russland eine Budgetreform mit dem Ziel geplant, die Effektivität der Haushaltsausgaben zu erhöhen. Neu ist unter anderem, dass Russland zu einer Drei-Jahres-Planung übergeht. Das Finanzministerium hat bereits eine Neufassung der Haushaltsplanung erstellt, die es den Gesetzgebern ermöglicht, das Gesetz über den föderalen Haushalt gleich für drei Jahre zu verabschieden. Nach den Worten von Andrej Belousov vom Zentrum für makroökonomische Analysen und kurzfristige Prognosen hat der nach neuen Prinzipien konzipierte Haushalt für 2006-2008 faktisch die Grundlage für eine neue konstruktive ökonomische Politik geschaffen.

Sonderwirtschaftszonen

Das am 1. Januar 2006 in Kraft getretene Gesetz über die Sonderwirtschaftszonen (SWZ) soll zügig umgesetzt werden. Es sieht bedeutende Zoll- und Steuererleichterungen für Unternehmen vor, die sich in solchen Zonen niederlassen. Für die Schaffung der SWZ sind im russischen Haushalt für 2006 ca. acht Milliarden Rubel (etwa 280 Millionen Dollar) vorgesehen. Eine ähnliche Summe soll aus den Haushalten der jeweiligen Regionen fließen. Nach einem Gesetz über besondere Wirtschaftszonen werden ihren Teilnehmern Zoll- und Steuervergünstigungen gewährt.

Zum Ende des Jahres 2005 wurden die nachfolgenden Sonderwirtschaftszonen genehmigt und 2006 eingerichtet:

technologisch-innovative Zonen in:

- Selenograd/Moskau – Mikroelektronik und Forschung,
- Dubna/Moskauer Oblast – nukleare und physikalische Technologien,
- St.Petersburg – IT,
- Tomsk/Sibirien – Materialforschung

Industrie- und Produktionszonen in:

- Gryazi/Gebiet Lipezk – Haushaltgeräte/Möbel und
- Elabuga/Tatarstan – Autoindustrie, Petrochemie

Sonderwirtschaftszonen

**Touristische
Sonder-
wirtschaftszonen**

Die Staatsduma hat am 21.04.2006 mit deutlicher Mehrheit den Gesetzentwurf über touristische SWZ in zweiter und dritter Lesung verabschiedet. Der Gesetzentwurf regelt die Etablierung, die Funktion und die Auflösung von touristischen Sonderwirtschaftszonen in Russland. Diese Zonen werden mit dem Ziel geschaffen, die Konkurrenzfähigkeit der in der Tourismusbranche tätigen Unternehmen zu erhöhen und der Entwicklung der russischen Kurorte Impulse zu verleihen. Ziele des Gesetzes sind die Entwicklung und der Schutz der Natur durch den Ausbau einer umweltverträglichen Infrastruktur in den Bereichen Tourismus/Erholung.

Eine Tenderkommission des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Handel hat sich Anfang Dezember 2006 für sieben russische Regionen entschieden, in denen die neuen Sonderwirtschaftszonen eingerichtet werden sollen. Der Beschluss muss allerdings noch von der Regierung bestätigt werden. Touristik-Zonen sollen in folgenden Gebieten entstehen:

- Baikalsee: im Verwaltungsgebiet Irkutsk und in der Republik Burjatien - Ortschaft Listwjanka (74 km von Irkutsk), Erholungs- und Geschäftstourismus, Konzepterstellung durch die Assoziation "Baikal-City"; Sonderzone am Ostufer des Baikalsees in Burjatien
- Altaigebirge: Republik Altai/ Gebiet Altaiskij Krai - Rayon Maima, Sanatoriums- und Hotelkomplex Mansherok/"Birjusowaja Katyn" am Fluss Katyn, Ski-Tourismus
- im Gebiet Krasnodar (Krasnodarskij Krai) - Teilzonen in Anapa, Gelendzhik, Tuapse und Sotschi
- im Gebiet Stawropol (Stawropolskij Krai) - Region Mineralnye Wody, "Gesundheitstourismus", Sanatorien, Kindererholungsheime, Ausbau von Straßen- und Bahnverbindungen nach Sotschi geplant;
- im Gebiet Kaliningrad.

Investoren, die in diesen Gebieten Hotels, Sanatorien oder Erholungseinrichtungen bauen und betreiben, werden mit ähnlichen Steuervergünstigungen bedacht, wie sie für die anderen Sonderwirtschaftszonen (Industrie- und Technologiezonen) vorgesehen sind. Die Gewinnsteuer wird für sie um vier Prozentpunkte auf 20 % gesenkt. Die Vermögens- und Bodensteuer kann für fünf Jahre erlassen werden. Die Gründung der neuen Sonderwirtschaftszonen bietet nicht nur Investoren aus dem In- und Ausland, die sich im Tourismussektor engagieren wollen, einige interessante Geschäftschancen. Im Vorfeld werden Beraterdienste gefragt sein. So sollen nach Meldungen russischer Nachrichtenagenturen bis Januar 2007 Tender für Consultants ausgeschrieben werden. Es wird dabei um die Erstellung von Entwicklungsplänen für die sieben touristischen Sonderwirtschaftszonen gehen.

Für die Hafensonderwirtschaftszonen (HSWZ) als vierte steuerbegünstigte Einrichtung liegt der DUMA bereits ein entsprechender Gesetzentwurf vor, der die Intensivierung des infrastrukturellen Auf- und Ausbaus von ausgewählten See-, Binnen- und Flughäfen vorsieht. Aufgrund der Besonderheiten der Projekte wird hier eine Steuerbegünstigungsfrist von 49 Jahren anvisiert. Als potentielle Kandidaten haben sich bereits St. Petersburg, Murmansk, Nachodka und Ust-Luga angemeldet.

Das Programm zur Erschließung Ostsibiriens und des Fernen Ostens nimmt einen besonderen Platz in der Energiestrategie Russlands ein. Es beinhaltet die Schaffung eines einheitlichen Systems zur Förderung und dem Transport von Erdgas, wie auch der Gasversorgung unter Berücksichtigung des möglichen Gasexports nach China und in andere Länder der asiatisch-pazifischen Region. Die erkundeten Gasvorräte in Ostsibirien und im Fernen Osten dürften bis zum Jahr 2030 um 6,6 Billionen Kubikmeter steigen.

Finanzdienstleistungen

Stabiler Rubel

Die russische Währung konnte ihren stabilen Kurs (1 USD – ca. 26 Rubel) beibehalten und – zumindest gegenüber dem Dollar – auch nominal zulegen. Die Gold- und Devisenreserven der Zentralbank sind mit 182,24 Mrd. USD in 2005 sprunghaft gestiegen (um 40% im Vergleich zum Vorjahr) und beliefen sich bis Dezember 2006 auf 289,0 Mrd. USD.

Früher als erwartet ist der Rubel, nach offiziellen Angaben, am 1.7.2006 voll konvertierbar geworden. Das klingt gut, bringt aber unerwartete Unsicherheiten mit sich:

- Devisenkontrolle funktioniert üblicherweise, indem Überweisungen überwacht werden, was durch die jeweils kontoführende Bank zu geschehen hat. Konten in Ländern mit Devisenbeschränkungen sind daher schwieriger zu führen und für alle Beteiligten teurer. Selbst unter den Ländern mit Devisenbeschränkung wie zum Beispiel Brasilien (wo der Verkehr mit der Zentralbank online stattfindet) sticht die russische Kontenführung auf Grund ihrer Umständlichkeit heraus. Statt einer Erleichterung scheint nun im Gefolge des Mordes am Zentralbank-Vizepräsidenten Kozlov sogar eine Verschärfung der bürokratischen Anforderungen geplant zu werden. Es bleibt abzuwarten, ob die russischen Gesellschaften, die Cash Management betreiben wollen, entsprechende Leistungen nicht in Zukunft im Ausland einkaufen.
- Als die Einzelhandelskette Pjaterochka 2005 eine holländische Holdinggesellschaft für ein IPO in London benutzte, wobei ein Listing in Russland gar nicht versucht wurde, begann eine Diskussion darüber, wie das Abwandern von Emissionen zu verhindern sei. Auch die jahrelangen Diskussionen über eine zentrale Verwahrstelle sind fortgesetzt worden. Durchgreifende Änderungen sind, mit Ausnahme der gesellschaftsrechtlichen Restrukturierung des RTS-Index, aber ausgeblieben. Ein relativ kleiner und schwacher nationaler Markt konkurriert also weiter schutzlos mit dem globalisierten.
- Russische Broker beginnen, ausländische Wertpapiere russischen Residenten anzubieten. Damit wandert der ausländische Markt sozusagen in den russischen hinein. Entsprechend wird es schwieriger, den russischen Markt als solchen zu entwickeln.
- Am Bankenmarkt breitet sich ein Übernahmefieber aus, das dem in der Ukraine gleicht. Gleichzeitig stellen sich den Banken neue Aufgaben mit der Finanzierung der Investitionen in die Infrastruktur, auf die die

Staatsbanken durch allerlei Umstrukturierungen vorbereitet werden sollen. Weil ausländische Banken häufig Schwierigkeiten haben, ihre Geschäftspolitik explizit auf lokale Märkte auszurichten, wären russische Privatbanken für diese Aufgabe besser geeignet.

- Russische Banken refinanzieren sich nach wie vor im Wesentlichen mit Darlehen aller Art, einschließlich mit Verbriefungen. Vorschläge, ihnen zur Kapitalisierung den Zugang zum Equity-Markt zu ermöglichen, sind im wesentlichen daran gescheitert, dass viele russische Banken nach wie vor von vielen kleinen GmbHs gehalten werden, um allzu vielen Kontrollen der Zentralbank zu entgehen, und diese bisher kein adäquates System zur Prüfung der Verlässlichkeit von Gesellschaftern gefunden hat.
- Während der Mini-Krise 2004 wurde nochmals offenbar, dass die russische Zentralbank viel weniger Instrumente zur Stabilisierung hat, als Zentralbanken in den meisten Märkten. Dabei wimmelt es von neuen Teilnehmern an den Finanzmärkten, von denen der Regulator wenig weiß und vielleicht wissen will: Leasing, Factoring, Kleinkreditierung, Zahlungssysteme, etwa im Telefonbereich, boomen und werden zum Teil ohne Banklizenz vertrieben. Die Preise am Wohnungsmarkt schwanken, wodurch Gesellschaften, die die Vorfinanzierung nicht zum Bau, sondern zu Grundstücksspekulationen benutzt haben, in Schwierigkeiten zu geraten drohen. Die Insolvenz eines einzelnen Marktteilnehmers könnte zu einer Kettenreaktion führen.
- Der lokale Markt für Derivate ist nach wie vor unterentwickelt, unter anderem weil diese weiterhin teilweise als Spiel (quasi Wette) gerichtlich nicht durchzusetzen sind und weil Netting, also die vertragliche Saldierung gegenseitiger Ansprüche unmöglich ist. Ausländische Derivate werden zunehmend genutzt. Die Verschuldung russischer Gesellschaften in Valuta steigt.

Russland hat nach der Hyperinflation Anfang der 90er Jahre eine verantwortungsbewusste Geldpolitik betrieben, während in manchem lateinamerikanischen Land die Inflation immer wieder außer Kontrolle geriet. Die Erhöhung der Geldmenge, die sich aus dem enormen russischen Handelsbilanzüberschuss ergibt und Knappheitseffekte würden an sich wohl sogar eine höhere als die tatsächliche Inflationsrate verständlich machen, die Verwendung des Budgetüberschusses, die eben beginnt, erscheint insgesamt sinnvoll. Grundsätzlich wäre

*Maßvolle
Geldpolitik*

Russland also währungstechnisch stark, aber es scheint für hausgemachte, technische Experimente anfällig. China hingegen hat seinen Devisenmarkt aus gutem Grund nicht liberalisiert und scheint nun langsam seine Währung aufzuwerten. Dies wird zum Ende der Kapitalschwemme beitragen und den weltweiten Inflationsdruck erhöhen. Entsprechend dürften die Zinsen, wie schon öfter vorhergesagt, nun weltweit steigen. Damit könnten heftige Ausschläge verbunden sein.

**WTO-Beitritt
Russlands**

Nach den jüngsten Gesprächen zwischen den Vertretern der Welthandelsorganisation und Russland wurde der Beitritt für 2007 signalisiert. Die WTO regelt den Handel zwischen den Staaten umfassend. Entsprechend sind während der 14-jährigen Verhandlungen über den Beitritt Russlands viele Gegenstände berührt worden. Erst wenn die endgültigen Bedingungen des Beitritts bekannt werden, kann abgeschätzt werden, wie sich dieser Beitritt in der Praxis in Russland auswirken wird. Im Folgenden können nur einige Sektoren beispielhaft und cursorisch beschrieben werden:

- Die EU, aber zuletzt auch mit besonderem Nachdruck die USA, hatten gefordert, dass der Wertpapiermarkt für Ausländer geöffnet wird, insbesondere, dass Banken Filialen gründen können. Russland hat sich mit seiner Zurückweisung dieser Forderung durchgesetzt. Dafür sind die Quoten für den Marktzugang von Ausländern in den Banken- und Versicherungsmarkt erhöht worden. Da diese Quoten nicht erreicht worden waren und inzwischen auch der Rubel konvertierbar wurde, ist von dieser Erhöhung keine Veränderung zu erwarten.
- Neuseeland und Australien sollen mit besonderem Nachdruck darauf bestanden haben, dass die Landwirtschaft nicht subventioniert wird. Russland hat dagegen mit einiger Berechtigung auf die Subventionen in der benachbarten EU hingewiesen. Praktisch schien die Bedeutung der Frage lange gering, weil der russische Staatshaushalt keine Mittel für die Subventionierung hatte. Während der Verhandlungen ist jedoch ein Programm zur Kreditierung der Landwirtschaft aufgelegt worden. Es ist bisher unklar, wie die Parteien sich geeinigt haben.
- Russland wollte sich vorbehalten, ein Staatsmonopol in der Telekommunikation zu erhalten. Diese Forderung sorgte für Verwunderung, weil ein solches Monopol de facto nie bestanden hat. Allerdings waren Auslandsgespräche nur unter Verwendung der Rostelecom-Leitungen möglich und lokale Anrufe wurden durch internationale und interlokale subventioniert. Zudem hieß es, manche der Marktteilnehmer würden bevorzugt. Während der Markt langsam geöffnet wird, hat die Praxis in den Verhandlungen offenbar keine große Rolle gespielt.
- Wenn auch die Zollsätze im internationalen Vergleich nie sehr hoch waren, hat die Zollabwicklung erhebliche Probleme mit sich gebracht. Auch scheinbare tatsächliche und scheinbare Zollsätze voneinander abzuweichen. Auch hier hat sich die Lage in der Praxis in den letzten Jahren gebessert. Insgesamt werden wahrscheinlich die Vereinbarungen über Zollsätze keine wesentlichen Auswirkungen in der Praxis haben.
- Das alte Zertifizierungssystem war für Ausländer nachteilig, weil die Zertifikate in Wirklichkeit zu meist nur an der Grenze geprüft und häufig gefälscht wurden und zudem die Sanktionen für das Fehlen von Zertifikaten nicht hoch waren. Daher wurde eine Veränderung des Zertifizierungssystems gefordert, die jedoch noch nicht umgesetzt wurde.
- Insbesondere die USA haben sich gegen Piratenware gewehrt. Man hat man sich auf eine Verschärfung der Strafen für die Verletzung von Urheber- und Patentrechten verständigt. Es bleibt jedoch fraglich, inwieweit die Durchsetzung dieser Strafen überwacht wird und überwacht werden kann.
- Die europäische Stahlindustrie hatte gefordert, dass die internen russischen Energiepreise erhöht werden. Nach wie vor ist aber unklar, wie ein gerechter innerrussischer Preis für Gas und Öl gebildet werden könnte.

Der Bankensektor in Russland verzeichnet in jüngster Vergangenheit eine dynamische Entwicklung. Der Wachstumsträger dieser Entwicklung ist das Kreditgeschäft. Aufgrund des starken Konkurrenzdrucks im bisher traditionell wichtigsten Geschäftsfeld der Zusammenarbeit mit russischen Großunternehmen weichen die Finanzinstitute vermehrt auf bisher vernachlässigte Marktsegmente (u.a. kleinere und mittelgroße Unternehmen, Konsumenten- und Hypothekenkredite) aus und verbessern so den Intermediationsgrad des russischen Bankensektors. Auf der Refinanzierungsseite stellen die stark gestiegenen Einlagen der Bevölkerung und der Unternehmen die zentralen Refinanzierungsquellen dar. Die positive Entwicklung des russischen Bankensektors stützt sich, wie die Entwicklung der Eigenmittel- und Ertragsquoten zeigt, auf eine solide Basis.

*Dynamik
im russischen
Bankensektor*

Der russische Bankensektor zeichnet sich weiterhin durch ein hohes Konzentrationsniveau aus. Ende 2005 waren rund 43 % aller Vermögenswerte in der Hand der fünf größten Banken. Angeführt von der Sberbank nehmen staatliche Banken unverändert eine zentrale Stellung innerhalb des russischen Bankensystems ein. Ausländische Banken spielen bisher nur eine untergeordnete Rolle. Allem Anschein nach wird der russische Bankensektor aber zunehmend attraktiv für ausländische

*ausländische
Banken*

dische Kreditorganisationen. So konnten in letzter Zeit verstärkte Akquisitionen ausländischer Finanzinstitute beobachtet werden. Vor dem Hintergrund des WTO-Beitritts Russlands kann mit einem Ausbau der Präsenz ausländischer Banken auf dem russischen Markt gerechnet werden. Bei den 1.345 Banken, die per September 2006 existierten, war bei ca. 50 Kreditinstituten das Grundkapital komplett in ausländischer Hand. Weitere 13 Banken wiesen eine ausländische Beteiligung von mehr als 52 % auf.⁴⁹ Anfang November 2006 lag nach Angaben der russischen Zentralbank der Anteil der sog. Devisenausländer am registrierten Grundkapital der russischen Banken bei rd. 14,4 % und hat sich damit innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt.

Mittelfristig dürfte aufgrund der stabilen makroökonomischen Rahmenbedingungen und des im Vergleich zu weiterentwickelten Transformationsländern noch geringen Intermediationsgrads russischer Banken mit einer weiteren positiven Entwicklung zu rechnen sein. Eine Reihe von institutionellen und legislativen Maßnahmen dürfte diese Entwicklung fördern. Zu nennen wäre hier u.a. die Einführung eines Einlagensicherungsystems, die Etablierung so genannter Kreditbüros, in denen Informationen zu Kreditnehmern gespeichert werden und die Verschärfung der Mindestkapitalanforderungen ab 2007.

Im Zentrum dieser positiven Entwicklung standen dabei die drei großen, sich mehrheitlich in Staatsbesitz befindenden Banken: Sberbank, Vneshtorgbank sowie Gasprombank. Deren Anteil an den gesamten Vermögenswerten des russischen Bankensektors liegt bei rund 38 % (Ende 2003: 40 %). Alle drei Institute sind führend bei der Vergabe von Krediten an die russische Wirtschaft. Des Weiteren wird zum Teil über die Gründung von Tochterunternehmen in letzter Zeit vermehrt die Kreditvergabe an die russische Bevölkerung ausgebaut. Unterstützt wird diese Entwicklung durch günstige Refinanzierungsmöglichkeiten sowohl in Russland als auch verstärkt auf dem internationalen Kapitalmarkt.

Aufgrund der positiven Entwicklung des russischen Bankensektors sowie des guten Geschäftsverlaufs hat der interministerielle Ausschuss die Beschränkung der beiden staatlichen Kreditinstitute Sberbank, Moskau, und Vneshtorgbank, Moskau, durch Obligorahmen aufgehoben und den Obligorahmen der zu 100 % im Besitz der staatlichen Gasprom-Gruppe befindlichen Gasprombank, Moskau, auf EUR 200 Mio. verdoppelt.

Bei diesen Banken ist damit zu rechnen, dass sie auch künftig eine zentrale Rolle im russischen Bankensektor spielen, wofür auch ihr staatlicher Hintergrund spricht.

Aufgrund ihrer hohen Eigenmittelausstattung und Refinanzierungsmöglichkeiten sind diese Banken zudem zunehmend in der Lage, auch große Projekte zu realisieren.

Angesichts dieser Entwicklungen arbeiten die Mandatäre des Bundes, die Euler Hermes Kreditversicherungs-AG und die PricewaterhouseCoopers AG im Rahmen der bestehenden Deckungspolitik intensiv an der Erweiterung der Finanzierungsmöglichkeiten für deutsche Exporte nach Russland durch russische Banken. Bislang wurden etwa 60 russische Banken geprüft und als Darlehensnehmer bzw. Garant anerkannt.

Seit Januar 2006 gehört die Avalgarantie als neues Produkt zum Spektrum der Hermesdeckungen. Sie erleichtert es Exporteuren, die im Auslandsgeschäft üblichen Garantien – beispielsweise Anzahlungs- und Gewährleistungsgarantien – beizubringen. Dies bedeutet insbesondere für kleine und mittelständische Exporteure eine wesentliche Liquiditätsverbesserung. Im mittel- und langfristigen Exportgeschäft werden von den ausländischen Bestellern oft so genannte Gegengarantien verlangt. Sie werden meist von Banken und Kautionsversicherern im Auftrag des deutschen Exporteurs gestellt. Werden die Vertragsgarantien in Anspruch genommen, verlangt der Garantiesteller den Betrag vom Exporteur zurück und trägt dabei das Risiko, dass dieser nicht in der Lage ist, den Betrag zu erstatten. Die Avalgarantie zielt darauf, die Garantiesteller von diesen Risiken zu entlasten. Zieht der Besteller die Vertragsgarantie, erstattet der Bund auf erstes Anfordern und ohne Vorbehalt innerhalb von zehn Bankarbeitstagen bis zu maximal 80 % des Garantiebetrags. Damit nimmt der Bund dem Garantiesteller alle typischen Rückgriffsrisiken ab, sowohl auf den Exporteur als auch gegenüber dem Besteller. Diese Risikoentlastung ermöglicht es dem Garantiesteller, auf weitere Sicherheiten des Exporteurs zu verzichten. Das Problem für vor allem mittelständische Exporteure, angesichts ausgereizter Kreditlinien niemanden mehr zu finden, der die erforderlichen Garantien für sie herauslegt, konnte damit gelöst werden. Um die Gesamtverpflichtungen des Bundes aufgrund übernommener Avalgarantien überschaubar zu halten, ist das Obligo pro Exporteur auf maximal EUR 80 Mio. begrenzt. Es ist sehr erfreulich, dass viele kleinere Unternehmen bereits auf diese Absicherungsmöglichkeit zurückgreifen und somit ihre Liquiditätsspielräume ausweiten.

Im Mai 2006 wurde eine neue risikodifferenzierte Prämienberechnung eingeführt. Das Prämiensystem, dessen Grundlage die politischen (Länder) und die wirtschaftlichen (Käufer) Risiken sind, führte in der Vergangenheit hinsichtlich der einheitlichen Käufer-

Neues Produkt von Hermes zu Liquiditätsverbesserungen für KMUs – Avalgarantie

⁴⁹ Dementieva, Svetlana: ZB podzistal banki (Die Zentralbank zählte die Banken)in: Kommersant v. 23. Januar 2007, S. 15

zuschläge für private Besteller oder Banken in einigen Bereichen zu Unausgewogenheiten, da die Bonität des Auslandskunden unberücksichtigt blieb. Im neuen System werden die wirtschaftlichen Risiken losgelöst von den politischen Risiken betrachtet und es fließen sowohl die Bonität des ausländischen Unternehmens als auch die Zahlungserfahrungen und die Struktur des Exportgeschäfts in die Zuordnung des Geschäfts in eine von fünf Risikokategorien ein, welche die Grundlage für den Prämienzuschlag für das Käuferrisiko bilden.

Mit der Neugestaltung der Käuferzuschläge wird der internationalen Entwicklung bei der Prämiengestaltung Rechnung getragen. Darüber hinaus verbessert sich die Wettbewerbsposition vieler deutscher Exporteure. Denn bei guten Käufer- und Geschäftsrisiken werden künftig geringere Prämien fällig als bisher. In der besten Entgeltkategorie werden keine Zuschläge fällig, so dass hier die Entgeltkategorie der des Sovereign Risks entspricht. Im Gesamtergebnis sollten die Veränderungen allerdings aufkommensneutral sein, d.h. der Bund wird durch diese Umstellung des Systems keine Mehreinnahmen erzielen.

Zwecks Weiterentwicklung des Deckungsinstrumentes befasste sich der Bund auch 2006 mit Möglichkeiten der Deckungsübernahme für Inlandswährungsdarlehen in Rubel. Diese für Russland neue Deckungsform befindet sich zwar derzeit noch im Entwicklungsstadium und ist an eine Vielzahl zu erfüllender Kriterien geknüpft, die Einzelfallprüfungen voraussetzt. Bisher konnten aber bereits zwei Geschäfte (Infrastrukturprojekte) zu kurzfristigen Zahlungsbedingungen in Deckung genommen werden.

Russlands Bankensektor wird zunehmend attraktiv für ausländische Kreditorganisationen. Jede zehnte Bank verfügt inzwischen über Kapitalbeteiligungen aus dem Ausland. Die Politik fördert den wachsenden Einfluss nichtrussischer Geldinstitute, will aber auch nach dem Beitritt zur Welthandelsorganisation WTO die Eröffnung von Filialen nur nach russischem Recht erlauben. Westliche Finanzinstitute wollen mit ihrer Russland-Expansion vom derzeit weltweit am stärksten boomenden Bankenmarkt profitieren. Auch wenn deutsche Banken beim Übernahmepoker in Russland bislang noch eher zurückhaltend sind, haben sich einige vorgewagt.

Die Commerzbank beispielsweise will ihr Geschäft auf dem russischen Bankenmarkt verstärken. Zu diesem Zweck hat sie mit der Moskauer Promsvyazbank vereinbart, an einer geplanten Kapitalerhöhung des Instituts teilzunehmen. Die Commerzbank wird nach der Kapitalerhöhung rund 15,3 % an der russischen Bank halten. Die Promsvyazbank ist mit einer Bilanzsumme von 3,7 Mrd. Euro (Mitte 2006) die zwölftgrößte Bank in Russland. Sie gehört zu den am schnellsten wach-

senden Instituten des Landes. Das 1995 gegründete Unternehmen unterhält derzeit 115 Filialen in ganz Russland und beschäftigt mehr als 4.000 Mitarbeiter. Das Institut befindet sich mehrheitlich in Privatbesitz. Den geschäftlichen Schwerpunkt bilden rund 39.000 mittelständische Firmenkunden, auf die je rund 70 % der Kundenkredite und -einlagen entfallen. Kürzlich startete das Institut außerdem ein ehrgeiziges Expansionsprogramm im Privatkundengeschäft. Ziel ist der Aufbau einer Universalbank mit einem Marktanteil von fünf Prozent in Russland.

Die Deutsche Bank hat im Februar bekannt gegeben, dass sie die Transaktion über den Erwerb der restlichen 60 % an der United Financial Group (UFG) abgeschlossen hat. Diese Übernahme stärkt die Position der Deutschen Bank als eine der führenden Investmentbanken in Russland. Die Bank verfügt damit über eine erstklassige Stellung in der Merger and Acquisitions-Beratung sowie in den Aktien-, Anleihe- und Derivatmärkten. Rechtsverbindliche Verträge zum Erwerb der restlichen 60 % an der UFG waren am 5. Dezember 2005 abgeschlossen worden. Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann hatte am Rande der Regierungskonsultationen in Tomsk ein Kooperationsabkommen mit der russischen Wneschekonombank abgeschlossen.

Auch die österreichische Raiffeisenbank expandiert zunehmend in die Regionen der Russischen Föderation, indem Raiffeisen International in Russland die Impex-Bank übernommen hat. Raiffeisen ist seit 1989 in Russland aktiv, hat selbst 27 Filialen und 1674 Mitarbeiter, die sich aber eher auf die Großstädte Moskau und St. Petersburg konzentrieren. Impex hingegen hat 537 Niederlassungen und 5.100 Mitarbeiter in ganz Russland. Nach der Bilanzsumme liegt sie auf Platz 21 der russischen Banken. Die Bank ist eine Universalbank mit Stärken im Geschäft mit Privatkunden und kleinen und mittleren Unternehmen.

Im Laufe des Jahres 2006 ist ein Entwurf zur Änderung des Art. 1062 Zivilgesetzbuch in die Duma eingebracht worden. Darin wird vorgeschlagen, dass bestimmte Derivatgeschäfte nicht als Spiel oder Wette anzusehen sind, wenn mindestens einer der Beteiligten eine Banklizenz oder eine Lizenz zur Teilnahme am Wertpapiermarkt-handel hat. An diesem Entwurf wurde kritisiert, dass die Definition der Geschäfte gesetzlich vorgeschrieben wird, also relativ unflexibel ist. Eine Arbeitsgruppe bei der Assoziation Russischer Banken hat diesen Entwurf und auch weitere Fragen wie z. B. die steuerrechtliche Behandlung von Derivaten und Netting besprochen. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass die Zulassung des Netting, also des vertraglichen Aufrechnens von gegenseitigen Forderungen in Fällen, die im Voraus im Vertrag festzulegen sind, auf der Voraussetzung beruhen würde, dass die Möglichkeiten der Aufrechnung

Derivathandel

*Russischer Banken-
sektor attraktiv
für ausländische
Kredit-
organisationen*

im Konkurs allgemein erweitert werden. Eine Änderung der praktisch möglichen Aufrechnungsmethoden könnte hingegen teilweise dadurch erfolgen, dass die Möglichkeit, Kontenverhältnisse jederzeit zu beschränken, wie sie im Zivilgesetzbuch vorgesehen ist, eingeschränkt wird.

Devisenrecht

Nachdem die Vorbereitungen für die an sich für den 1. Januar 2007 vorgesehene Devisenliberalisierung eher zögerlich angelaufen sind, kam die Ankündigung von Präsident Putin in seiner Rede an die Nation vom Mai 2006 überraschend, die Liberalisierung habe schon im Juli 2006 zu erfolgen. Daraufhin wurde zwar eilig eine weitere Liberalisierung beschlossen, etwa die Verwendung von Rubeln im Ausland erlaubt und der Zwangsumtausch aufgehoben. Geblieben ist aber das Erfordernis, Transaktionspässe für Außenhandelstransaktionen zu eröffnen und Exporterträge nach Russland zu repatriieren. Die Kernprobleme des russischen Devisenrechts, nämlich eine Reform der im Inland geltenden Kontovorschriften und eine Erweiterung der der russischen Zentralbank für Interventionen am Devisenmarkt zur Verfügung stehenden Instrumente, wurden jedoch nicht in Angriff genommen.

Seit etwa einem Jahr sind in Russland Kreditauskunfteien tätig. Dank staatlicher Unterstützung konnten die Kreditauskunfteien innerhalb kürzester Zeit in Russland Fuß fassen. Ein entsprechendes Gesetz wurde erst Ende 2004 verabschiedet. Momentan agieren auf dem

russischen Markt 19 verschiedene Auskunfteien. Die meisten haben eher lokale Bedeutung; nur drei Kreditauskunfteien - Nazionalnoe Bjuro Kreditnych Istorij (NBKI), Experian-Interfax und Infocredit (eigene Kreditauskunftei der Sberbank) - decken mit ihrem Datenbestand fast den gesamten russischen Markt (99 %) ab. Momentan verfügen sie über Einzeldaten von ca. fünf Millionen Personen.

Auskunfteien

Seit März 2006 sind alle Banken verpflichtet, die Angaben über ihre Kreditnehmer nach deren Zustimmung an eine der Kreditauskunfteien zu liefern. Die ursprünglichen Befürchtungen von Bankern, die Kreditnehmer würden die Übermittlung von entsprechenden Mitteilungen an die Auskunfteien nicht zulassen, haben sich nicht bewahrheitet. Fast alle Privatpersonen zeigen dafür bisher Verständnis. Dies sollte helfen, den Datenbestand schnell weiter zu erhöhen. Ziel war es, Einzeldaten über zehn Millionen Privatpersonen bis zum Ende 2006 zu speichern. Außerdem wollen die Kreditauskunfteien Kooperationsverträge mit Funknetzanbietern und Factoringgesellschaften abschließen. Ein Beispiel dafür ist die Auskunftei NBKI, die einen Vertrag mit dem Funknetzanbieter VypelCom unterzeichnet hat. Banken mit großem Filialnetz, wie z.B. die staatliche Rosselkhozbank haben dagegen Schwierigkeiten, Angaben über die in bestimmten Regionen Russlands ansässigen Kreditnehmer zu bekommen. Dies zwingt die Banken, Kooperationsverträge mit mehreren Kreditauskunfteien abzuschließen.

Aus der Unternehmenspraxis

Konsumentenverhalten in Russland

Der russische Verbraucher hat in den letzten 15 Jahren wie im Zeitraffer fast die gleiche Entwicklung durchlaufen, wie ein vergleichbarer Mitteleuropäer in den 50 Jahren zuvor. Die Trends sind jedoch ähnlich. Der Weg in Russland führt in Richtung eines hoch entwickelten westlichen Konsumentenmarktes. Dabei ist das Konsumverhalten in Russland sehr differenziert, sowohl im sozialen als auch im geographischen Sinne. Die Einkommensunterschiede zwischen den zehn Prozent Reichsten und zehn Prozent Ärmsten sind exorbitant. Nach dem Grad der Urbanisierung kann man Russland in: die Hauptstadt Moskau, die Millionenstädte, die Regionen und die ländlichen Gebiete einteilen.

Besonders einschneidende qualitative, quantitative und mentale Änderungen im Konsumentenverhalten gibt es seit 2001⁵⁰. Seit diesem Datum ist das monatliche Pro-Kopf-Einkommen ohne Inflationsberücksichtigung um das Dreifache gestiegen. Der Lohnanteil in der Einkommensstruktur hat sich von 63 % auf 70 % erhöht, während sich der Sozialleistungsanteil von 31 % auf 25 % verringert hat. Auch die Ausgabenstruktur der russischen Familien hat sich merklich verändert. Während sich die Ausgaben für Nahrungsmittel von 55 % auf 48 % verringerten, stieg der Anteil der Ausgaben für Wohnungskosten und kommunale Dienstleistungen von elf Prozent auf 18 %.

Die Einkommenssteigerung wirkte sich auf alle Verbraucherbereiche aus, nachweislich auf den Besitz von Immobilien und langlebigen Gebrauchsgütern, deren Anschaffung mit größeren Ausgaben verbunden ist. So hat sich der Anteil der Bevölkerung mit eigenem PKW von 25 % auf 31 % erhöht. Auch die private Ausstattung mit modernen Importhaushaltsgeräten und Home-Entertainment-Systemen hat zugenommen. Den größten Anteil am Markt für Telekommunikationsleistungen hat der Mobilfunk (mehr als 45 %). Das Wachstum hier bleibt überdurchschnittlich hoch (1. Halbjahr 2006: rund 31 %). Die Zahl der Mobilfunkteilnehmer nimmt weiter zu und erreichte im Juli 2006 rund 143 Millionen (+40,6 Mio. gegenüber 2005). Die Marktdurchdringung betrug im Landesschnitt 98,5 % (Moskau: 147 %, Sankt Petersburg: 127 %).⁵¹

In den letzten fünf Jahren hat der Anteil derjenigen Konsumenten zugenommen, die sich gesünder und ausgewogener ernähren und sich sportlich betätigen.

In der Verbrauchsstruktur sind die Anteile von Milchprodukten, Obst, Gemüse und Fleisch gewachsen, während der Anteil von Brot und Kartoffeln zurückging. Das spiegelt eine Verbesserung der Ernährungsqualität wider. Eine wachsende Zahl Russen isst außer Haus und besucht Restaurants und Cafés. Allerdings ist deren Anteil an der Gesamtbevölkerung noch verhältnismäßig gering.

Innerhalb der letzten Jahre hat sich der Trend zum Konsum so genannter primärer Grundnahrungsmittel in Richtung Sekundärprodukte verstärkt. Diese Wende im Verbraucherverhalten kommt unter anderem dadurch zum Ausdruck, dass der Fleischkonsum nur gering gewachsen ist, der Konsum von Fleischfertiggerichten sich aber um 74 % erhöht hat, während der Absatz von Pasteten um 45 % und der von Fleischfeinkosterzeugnissen um 32 % gestiegen ist. Auch Fertig- und Schnellgerichte stehen auf der Beliebtheitskala der Bevölkerung ganz oben. Die Nachfrage nach tief gefrorenem Gemüse stieg um 125 Prozent.

Das Wachstum teurer Produktsegmente in praktisch jeder Kategorie zeugt von wachsendem Wohlstand und gestiegenem Konsum. Die Entwicklung der Ernährungs- und Konsumgewohnheiten steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der deutlichen Veränderung, die sich im russischen Einzelhandel in den letzten Jahren vollzogen hat. Der Anteil der Hypermärkte, Supermärkte, Discounter und Cash & Carry-Märkte ist seit 2001 von fünf auf 14 Prozent gestiegen. In Moskau macht sich dieses Wachstum noch deutlicher bemerkbar: von acht Prozent im Herbst 2001 auf 30 % im ersten Halbjahr 2006. Gleichzeitig sind die Anteile der offenen Märkte, der kleinen, traditionellen Läden und des Straßenhandels gesunken.

In den vergangenen fünf Jahren ist der Konsum in Russland deutlich gestiegen. Vor allem die Verbraucherstimmung hat sich verbessert. Das wirkte und wirkt sich positiv auf die Nachfrage und den Konsumgütermarkt aus. Vor allem Service, Betreuung und Einkaufsatmosphäre gewannen an Profil. Natürlich gilt nach wie vor der Preis als wichtigster Entscheidungsfaktor. Immer mehr Konsumenten wollen neue Produkte ausprobieren. Neue Geschäftsformate, wie der Onlinehandel, haben bis jetzt noch keinen Massencharakter, locken aber schon eine beachtliche Zahl Käufer an.

⁵⁰ allrussische Konsumentenverhaltensforschung GfK Rus 2001-2006.

⁵¹ Vgl. bfai – Bundesagentur für Außenwirtschaft: Russland - Wirtschaftstrends zum Jahreswechsel 2006/07. Sektoraler Ausblick, Moskau 2006. Unter: <http://www.bfai.de/DE/Navigation/Metanavigation/Suche/sucheUebergreifendGT.html>

Versicherungen

Bewegung kommt auch in den Bank- und Versicherungsdienstleistungssektor. 2001 waren nur 40 % der Bevölkerung Bankkunden. Dieser Anteil ist auf 55% gestiegen. Der Versicherungsmarkt erhielt einen starken Impuls durch die Einführung der obligatorischen Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge. Aber auch Häuser und Wohnungen werden zunehmend versichert.

Auch aus der Versicherungswirtschaft sind positive Tendenzen zu vermelden, obwohl sich bei der Betrachtung der Statistik zunächst ein anderer Eindruck einstellt. Genauer: der Rückgang der Beitragseinnahmen in der Lebensversicherung ist ein Erfolg! So paradox es klingt, so wahr ist es auch. Die in der Vergangenheit so „beliebten“ Schemata sind einfach auf dem Rückzug. Mit anderen Worten: es findet eine Besinnung auf die klassischen Versicherungssparten statt, was vorbehaltlos zu begrüßen ist. Lebensversicherungen dienten bis dato zur Umgehung der Einkommens- und der Sozialsteuer teilweise als Einkommensanteile.

Von besonderer Wichtigkeit sind die gegenwärtig laufenden Verhandlungen zum WTO Beitritt Russlands. Die Schlüsselfrage wird die Möglichkeit der Eröffnung von Filialen ausländischer Versicherer sein. Aber wie immer die Vereinbarungen aussehen, ist festzustellen, dass es keine wesentlichen Beschränkungen für die Tätigkeit von Versicherungsgesellschaften mit ausländischem Hintergrund gibt. Das Limit von 25 % Anteil ausländischer Eigentümer am Gesamtkapital der hiesigen Versicherungswirtschaft ist gegenwärtig zu lediglich vier Prozent ausgeschöpft.

Natürlich gibt es Dauerthemen, an erster Stelle ist hier die Kfz-Haftpflichtversicherung zu nennen. Die Diskussionen um Beiträge, Schadenszahlen und Regionalkoeffizienten halten an und es ist kein Ende abzusehen. Es bleibt festzuhalten:

- Die Einführung der obligatorischen Kfz-Haftpflichtversicherung bleibt ein Erfolg.
- Änderungen an den Konditionen sind erforderlich.
- Wichtig: Die gegenwärtigen Haftungslimits decken oftmals nicht den eingetretenen Schaden. Die Höchsthaftung für Sachschäden sowie für Personenschäden beträgt 160.000 RUR.
- Bedenklich: Zahlungen für Personenschäden betragen lediglich etwa drei Prozent der Gesamtzahlungen, es ist leicht vorstellbar, dass hier der realen Schadensituation nicht Rechnung getragen wird.

Die Konsequenzen:

- Freiwillig ein erhöhtes Haftungslimit vereinbaren,
- Insassenunfallversicherung abschließen

Ein weiteres wichtiges Thema ist der Beitritt Russlands zum „Grüne Karte“-Abkommen. Nach heutigem Kenntnisstand wird Russland zum Jahresbeginn 2008 Mitglied des „Grüne Karte“-Abkommens. Für nach Russland einreisende Fahrzeuge aus dem Geltungsbereich des Abkommens bedeutet das, dass keine lokale Haftpflichtpolice mehr erworben werden muss. Für aus Russland ausreisende Fahrzeuge wird es erstmalig eigene russische Grüne Karten geben. Im Unterschied zu vielen anderen Ländern wird es diese Grüne Karte jedoch nicht als ‚Beilage‘ zur Haftpflichtversicherung geben, sondern diese sind gesondert zu erwerben. Die Vorbereitungen zum Beitritt laufen auf vollen Touren, dafür müssen u.a. die gesetzlichen Vorschriften angepasst und durch Russland finanzielle Garantien gestellt werden.

Die Belegung der Wirtschaftskraft Russlands hat auch Auswirkungen auf den Versicherungsmarkt, insbesondere bei Verbraucherdarlehen zum Erwerb von Automobilen oder zum Erwerb von Wohneigentum. Hier zeigt sich eine enger werdende Zusammenarbeit zwischen Banken und Versicherungen.

Aktuell und alle betreffend ist die Entwicklung der privaten Krankenversicherung DMS. Es gehört teilweise zum Standard von Sozialpakten, dass Arbeitgeber zu Gunsten ihrer Mitarbeiter eine private Krankenversicherung abschließen. Immer noch nicht geklärt ist der Ausstieg aus der Pflichtversicherung, d.h. noch müssen auch hier die Beiträge gezahlt werden. Das Problem besteht weniger in den Leistungen der Versicherungsgesellschaften, als im Leistungsangebot der medizinischen Einrichtungen. Mitunter ist festzustellen, dass diese kein besonderes Interesse an weiteren Privatpatienten haben, da sie ohnehin gut ausgelastet sind. Hier besteht noch ein erhebliches Potential für Investoren!

Zusätzlich zur Krankenversicherung findet eine Belegung auf dem Gebiet der Rentenversicherung statt, da das Niveau der staatlichen Rente einfach nicht ausreicht, um ein würdevolles Leben im Ruhestand zu führen. Jedoch bleibt abzuwarten, ob und wie der Gesetzgeber die Rentenversicherung fördern möchte. Eine diskutierte Möglichkeit ist die Einführung der betrieblichen Altersvorsorge.

Immobilien

Die Mietzinsen für Büroräumlichkeiten der Klasse A sind auch 2006 gestiegen und betragen durchschnittlich 700 - 900 USD/qm pro Jahr⁵². In diesem Jahr wurde die Schwelle von fünf Mio. qm Bürofläche (Klasse A und B) in Moskau überschritten. Ende August waren bereits 5,05 Mio. qm Bürofläche fertig gestellt. Für das

Büroräumlichkeiten

Jahr 2007 wird erwartet, dass insgesamt bis zu sechs Mio. qm Bürofläche in Moskau gebaut und in Nutzung sein werden. Die Leerstandsraten lagen im Zentrum Moskaus zum Ende September 2006 bei 2,59 % und außerhalb des Zentrums bei 3,22 %. Im Jahresverlauf konsolidierten sich die Gewinnmargen. Für Investments in Büroflächen in erstklassiger Lage können Margen bis 8,75 % (September 2006) erwartet werden (September 2005: 12 %). Außerhalb des Zentrums lagen zum September 2006 die Gewinnmargen bei 9,5 % (September 2005: 12 %).⁵² Für 2007 erwarten Experten eine weiter zunehmende Nachfrage nach Klasse A und B Büroflächen.

Handelsflächen Im Jahr 2006 traten mit GLOBUS und MediaSaturn weltweit bekannte Handelsunternehmen aus Deutschland in den russischen Markt ein und eröffneten Geschäfte in Moskau und St. Petersburg. Die Gesamtfläche der Einkaufszentren in Moskau betrug im 1. Quartal 2006 1,2 Mio. qm. Die Leerstandsraten liegen für Flächen in Moskauer Einkaufszentren bei 1,39 % und für Einzelhandelsflächen im Zentrum bei 5,87 %. Die Tverskaya Uliza ist für Händler immer noch die teuerste Einkaufsstraße in Moskau. Mit einer Durchschnittsmiete von knapp 3.000 USD/qm pro Jahr rangiert die Tverskaya Uliza aber nur noch auf Platz 15 (Vorjahr 11) der teuersten Einkaufsstraßen der Welt und fällt damit im Vergleich zu den Vorjahren weiter zurück.

Lagerflächen Insgesamt bestand Anfang 2006 in und um Moskau ein Angebot von 1,2 Mio. qm Lagerfläche der Klassen A und B, von denen nur knapp 700.000 qm internationalem Standard entsprachen. Nach Schätzungen besteht Nachfrage nach mindestens 1 Mio. qm mit internationalem Standard. Viele Developer haben diese Möglichkeit erkannt und sind dabei, Projekte umzusetzen, die internationalem Standard entsprechen. Für das nächste Jahr wird eine Zunahme der vorhandenen Flächen um 40 % prognostiziert. Als im Markt zu zahlende Durchschnittsmiete für Lagerflächen werden für 2007 Werte um 90 - 120 USD/qm für Flächen der Klasse B und ca. 125 - 150 USD/qm für Flächen der Klasse A erwartet.

Wohnflächen Die Quadratmeterpreise für Wohnraum in Moskau sind in den ersten neun Monaten des Jahres 2006 weiter gestiegen. Sie stiegen teilweise um mehr als zehn Prozent pro Monat. Im September betrug die Preissteigerung nur noch vier Prozent. Zum Ende des Jahres stiegen die Preise weniger als ein Prozent pro Monat. Es zeichnet sich eine Sättigung der Nachfrage ab. Der Durchschnittspreis für Wohnungen in Panelbauten betrug im Dezember 2006 etwas mehr als 4.000 USD/qm. Für Häuser in Backstein- und Monolit-Bauweise

betrug der Durchschnittspreis für Wohnungen 4.555 USD/qm. Die Prognosen für das Jahr 2007 gehen auseinander. Viele Experten sehen eine Stabilisierung der Preise. Andere unterscheiden zwischen den einzelnen Häusertypen und sehen bei so genannten Häusern der "Ekonom-Klas" eine Stagnation, erwarten jedoch im Highend-Bereich eine weitere Preissteigerung. Anders als im Jahre 2005 ist die Prognose schwierig. Viel wird von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung Russlands abhängen.

Brandschutz

Dem Brandschutz, insbesondere dem Gebäudebrandschutz, wird in Russland entweder zu wenig Beachtung geschenkt oder er wird gänzlich vernachlässigt. Die gesetzlichen Grundlagen des Brandschutzes in Russland sind in der Verfassung und über föderale und regionale Gesetze festgeschrieben. Ordentliche Brandschutzkontrollen dürfen alle zwei Jahre durchgeführt werden. Außerordentliche Kontrollen sind nur in Ausnahmefällen zulässig. Bei außerordentlichen Kontrollen soll festgestellt werden, ob die Auflagen, die nach einer ordentlichen Kontrolle gegenüber der verantwortlichen Person behördlicherseits verordnet wurden, tatsächlich erfüllt wurden. Außerdem können außerordentliche Kontrollen nach Bekanntwerden von Produktionsunfällen oder Ausrüstungsausfällen in einem Betrieb durchgeführt werden.

Bauwirtschaft im Aufwind

Russlands Baubranche gilt als eine der Lokomotiven der Wirtschaft. Experten gehen davon aus, dass dieser Boom mindestens bis 2008 anhalten wird. Die Nachfrage nach Büroflächen internationalen Standards bewegt sich auf einem hohen Niveau. Das Angebot, das noch immer dünn ist, nimmt entsprechend zu.

Wie in keiner anderen Stadt Russlands lassen sich die politischen Ereignisse eines Landes so stark im Städtebau ablesen wie in Moskau. Die Stadt erlebte bisher fünf große städtebauliche Phasen. Die erste Phase zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als Moskau den Mittelpunkt der Geschäfts- und Bautätigkeit des Bürgertums bildete und in unvorstellbarem Tempo neue Bahnhöfe, Kaufhäuser, Banken, Bürogebäude, Mietshäuser und Villen gebaut wurden. Die zweite Phase war die des revolutionären Moskaus der 20er Jahre. Diesmal entstanden eher Sozialbauten, Schulen und würdigere Wohnräume für die Arbeiterschaft, Gemeinschaftshäuser und Arbeiterklubs. In dieser Zeit des Experimentierens fiel Russland eine Füh-

**Bautätigkeit
in Moskau**

⁵² Colliers International.

⁵³ Cushman & Wakefield

rungsrolle in der Architektur zu. Die Dritte Phase war die der so genannten stalinistischen Umgestaltung ab 1935 - mit dem Bau gigantischer Magistralen und überdimensionierter Gebäude. Die vierte Phase beschreibt die Nachkriegszeit und den Bau der so genannten sieben Hochhäuser. Die fünfte Phase folgte in den 60er Jahren als Moskau wieder Anschluss an die internationale Architekturentwicklung fand. Klare Formen und Leichtigkeit im Vergleich zur schweren Sprache des Stalinismus verkörperten die Kino-, Theater- und Hochschulbauten, aber auch neu errichtete Forschungseinrichtungen und Sportanlagen.

Die neue - sechste - Phase der Umverteilung der Kapitalgüter und des Ausdrucks neuen Reichtums scheint eine Wiederholung der Entwicklung vom Beginn des 20. Jahrhunderts zu sein. Wenn man die augenblickliche Situation ganz nüchtern betrachtet, muss man feststellen, dass 15 Jahre nach dem Umbruch die Stadt am Rande eines städtebaulichen, logistischen und organisatorischen Kollaps' steht. Die Ursachen könnten eigentlich Anlass zur Genugtuung sein. Denn die Stadt weist einen ungeheuren Kapitalzufluss auf, der ihr eine vielleicht nie da gewesene Dynamik in allen Bereichen des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens beschert. Diese Einflüsse spiegeln sich deutlich in der Bautätigkeit wider. Moskau wird zurzeit im großen Maßstab umgebaut: Kommerzieller Wohnungsbau, Handelszentren, Bürogebäude, Banken, Lager- und Logistikzentren entstehen oder werden geplant. Die Stadt befindet sich im Wandel von einer kommunistisch geprägten funktionalen Großstadt zu einer kapitalistischen Metropole.

Die städtebauliche Entwicklung - vor allen Dingen - der letzten 70 Jahre entsprach und entspricht nicht den derzeitigen Bedürfnissen einer stark wirtschaftlich orientierten Kapitale und den Ansprüchen, die die Geschäftswelt hat.

Augenblicklich werden alle Moskauer Flughäfen erweitert oder umgebaut, neue Ringstrassen wie der 3. und der 4. Ring sind gebaut worden oder befinden sich im Bau. Das Straßennetz ist im Vergleich zu anderen Großstädten in der Welt unterentwickelt und soll verdichtet werden. Etwa drei Millionen Fahrzeuge sind in Moskau registriert. Alle öffentlichen Verkehrssysteme sind unterdimensioniert und können das Transportaufkommen von täglich ca. neun Mio. Menschen der ca. 15 Millionen Menschen zählenden Stadt nicht bewältigen.

Die Grundlage aller Stadtentwicklung bildet der so genannte GENERALPLAN zur kompletten Umgestaltung der Stadt bis zum Jahre 2020. Dieser Plan fungiert quasi als städtebaulicher Wegweiser. Er wurde konzipiert, wird regelmäßig aktualisiert und überwacht von der

Moskomarchitektura (Stadtbauamt) und der Moskauer Stadtregierung. Er soll alle städtebaulichen Belange Moskaus (Entwicklung des Straßennetzes, Wohnungsbau, Denkmalschutz, Grünanlagen, Industrieareale, Bebauungsdichte etc.) einschließen.

In der gegenwärtigen Situation scheinen die Verantwortlichen für den Generalplan jedoch eher zu reagieren als zu agieren. Der Generalplan lebt von einem Wechselspiel zwischen Politik, Stadtbauamt und Investoren. Durch Regierungserlasse und Programme erfährt der Generalplan ständige Erweiterungen und Erneuerungen. Jede Logik und durchaus gute Planung wird außer Kraft gesetzt, wenn es um Interessen einzelner Gruppen in der Stadt geht. Daraus resultieren zwei diametral entgegengesetzte Entwicklungen. Zum einen ist der Immobilienmarkt einer der attraktivsten der Welt, zum anderen weist die Stadt erhebliche Mängel im Wohnwert auf. Es findet eine zu starke Verdichtung des Raumes statt und es gibt keine harmonische und ausgewogene Stadtplanung, gekoppelt mit einer logischen Verkehrsplanung.

Durch die Aussiedlung der alten Industriebetriebe aus dem Moskauer Innenstadtbereich und die Ansiedlung neuer Dienstleistungszentren auf den alten Industrieflächen (Moscowcity, Hochhäuser des 3. Ringes, ehemaliges SIL-Werk etc.) erfährt die Stadt eine bedeutende Verdichtung des städtischen Raums. Die tagtägliche Bewegung aus und in die Stadt wird sich noch verstärken. Das haben viele Unternehmen bereits erkannt und siedeln sich deshalb außerhalb des MKAD (Moskauer Stadtautobahn) im Moskauer Oblast an. Damit setzt man sich einem infrastrukturellen Problem aus. Neue Wohnsiedlungen, die ohne städtebaulichen und verkehrsplanerischen Zusammenhang in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden schossen und die Ansiedlung von neuen Industrieparks haben das Verkehrsaufkommen und den Energiebedarf erheblich erhöht. Eine angemessene Verkehrsplanung gibt es nicht, die Strassen sind in schlechtem Zustand oder nicht ausreichend dimensioniert. Die Energieversorgung ist und wird nicht ausreichend modernisiert und angepasst und ist bei jeder Projektrealisierung das Schlüsselproblem und zieht hohe Kosten nach sich.

Moskau und der Moskauer Oblast als zwei separat funktionierende Verwaltungsbezirke befinden sich in Konkurrenz in der Anwerbung neuer Betriebe und neuer Steuerzahler. Der Moskauer Oblast hat beispielsweise ein Programm ins Leben gerufen, in dem etwa 50 Industriezonen ausgeschrieben werden, die bei der Erschließung auch steuerlich begünstigt werden. Fast alle Logistikzentren werden derzeit zwischen MKAD und Betonka gebaut. Die Grundstücke zwischen MKAD und Betonka sind bereits heiß begehrt und Spekulationsobjekte.

Generalplan

Marketing und PR

PR und Marketing in Russland

Die Wachstumstendenzen des russischen PR- und Werbemarktes haben sich im Jahr 2006 weiter fortgesetzt und die Schätzungen der vorangegangenen Jahre sogar noch übertroffen. Bereits im 1. Quartal beliefen sich die Ausgaben im Bereich Marketing und kommerzielle PR auf 1,25 Mrd. USD, davon entfielen ca. 600 Mio. USD auf Fernsehwerbung, (Wachstum im Vergleich zum Vorjahr: 31 %), auf Printmedien 330 Mio. USD (zehn Prozent Steigerung), Radiowerbung auf etwa 75 Mio. USD (15 % Anstieg) und auf Internetwerbung 22 Mio. USD, was einen Anstieg von 75 % bedeutet.

Entscheidenden Einfluss auf die weitere Marktentwicklung wird das in diesem Jahr in Rekordzeit verabschiedete neue Reklamegesetz haben, das zum 1. Juli 2006 in Kraft trat. Die bisher nur geringfügig spürbaren Änderungen werden ab Januar 2007 stärker zum Tragen kommen. So wird nach Worten des Präsidenten des Russischen PR-Verbandes, Vladimir Medinsky, der Anteil der Fernsehwerbung sinken. Aufgrund der gesetzlich bedingten, zeitlichen Beschränkung von Fernsehwerbung werden die Fernsehkanäle die Nachfrage nicht mehr befriedigen können und damit werden die Preise für die Werbesendepplätze steigen. Dies gilt vor allem für die Prime Time zwischen 19.00 Uhr und 24.00 Uhr. In anderen Bereichen werden die neuen Bestimmungen weniger spürbar sein. Printmedien und Radio können starke Zuwächse vorweisen.

Die prozentual höchsten Wachstumsraten hat das Internet zu verzeichnen, was mit dem raschen landesweiten Anstieg der Internetnutzer, deren Hauptanteil sich auf Großstädte wie Moskau und St. Petersburg konzentriert, zu erklären ist. Im ersten Halbjahr 2006 lag die Zahl der Internetnutzer bei ca. 21 Mio. was etwa 19 % der Bevölkerung entspricht. Für das Gesamtjahr 2006 wird mit einer Steigerung auf 22 Mio. bis 2010 auf ca. 50 Mio. Nutzer gerechnet. Ursache für die steigende Popularität dieses Segments auf dem russischen Markt ist sicher nicht zuletzt auch die Tatsache, dass mit dem Internet eine Kommunikations- und Werbepattform geboten wird, die weltweit Menschen erreicht, die irgendwie mit Russland verbunden sind und die insbesondere russischsprachige Informationsseiten und online-Angebote der Tageszeitungen aufrufen. Wachstum ist also in diesem Segment weiterhin prognostizierbar.

Auch die nichtkommerzielle PR bleibt auf Wachstumskurs. Vor allem für russische Agenturen hat sich die Situation dabei auffallend verbessert. Während internationale Kooperationen vertieft werden, intensiviert sich gleichzeitig der regionale Markt der PR-Dienstleistungen. In praktisch allen regionalen Zentren der Bau- und Finanzwirtschaft etablieren sich mittlerweile PR-Agenturen, die sich mit ihrem Wissen um lokale Gegebenheiten erfolgreich gegen Moskauer Agenturen durchsetzen und gleichzeitig den gestiegenen Anforderungen der Auftraggeber genügen. So werden komplexe Aufgabenstellungen wie Restrukturierungen und Krisenmanagement vornehmlich bei Konzernen aus den Bereichen Energiewirtschaft, Gas und Transport nach weltweit geltenden Maßstäben der Branche erfolgreich umgesetzt; dies gilt allerdings derzeit noch vor allen Dingen für den europäischen Teil Russlands.

Ein ernsthaftes Problem stellt für viele russische Großkonzerne das Image Russlands im Ausland dar. Dies wird vor allem dann hoch aktuell, wenn ein Konzern den Markteintritt in einem anderen Land plant. Das Hauptproblem besteht darin, dass sich eine einzelne Organisation nicht vom Image des Landes trennen lässt. Negative Stereotype bestimmen immer noch das Russlandbild und wirken sich entsprechend auf das Vorhaben eines Unternehmens aus. In der Vergangenheit stützten sich russische Konzerne dabei bisher zu häufig auf Marktanalysen der im jeweiligen Land ansässigen Kommunikationsagenturen. Wichtige Faktoren wie Finanzdaten und Corporate Governance werden intensiv bearbeitet, während andere für russische Konzerne mindestens ebenso wichtige Faktoren wie Imagebildung außer Acht gelassen werden. Auch in diesem Bereich wächst die Bedeutung der russischen Kommunikationsagenturen, vor allem wenn sie im Verbund mit ausländischen Agenturen tätig sind.

Das Problem der Informationsbeschaffung ist für den Markteintritt deutscher Firmen in Russland weiterhin kennzeichnend. Die Zahl der registrierten Massenmedien wächst beständig. So gibt es derzeit 52.121 Printmedien, was einen Zuwachs von 1.500 Journalen und Zeitungen im Vergleich zum vergangenen Jahr bedeutet. Damit ist eine Orientierung auf dem Markt auch für bereits seit längerem ansässige Firmen nicht leicht.

Russische Land- und Ernährungswirtschaft

Förderprogramme sollen russische Landwirtschaft ankurbeln

Die russische Landwirtschaft wird auch in den nächsten drei Jahren schwächer wachsen als die Volkswirtschaft des Landes insgesamt. Während das Bruttoninlandsprodukt (BIP) bis 2008 im Vergleich zum Jahr 2004 um etwa 22 bis 26 % zugelegt haben wird, prognostiziert die Regierung für den Agrarsektor im besten Fall ein Plus von 10,6 %. Der Landwirtschaft soll in den nächsten Jahren mit Budgetmitteln unter die Arme gegriffen werden. Das im Herbst 2005 beschlossene nationale Programm hat vor allem die Viehzucht und die Fleischproduktion im Blick.

Die Investitionen in die russische Landwirtschaft werden 2006 nach Schätzungen des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Handel voraussichtlich rund 225 Mrd. RUR (ca. 6,6 Mrd. Euro) betragen. Aus dem Föderalbudget werden davon etwa 56 Mrd. RUR stammen. Das Programm zur Entwicklung des agroindustriellen Komplexes, eines von vier im Herbst 2005 von Präsident Wladimir Putin initiierten nationalen Programmen (neben Gesundheit, Wohnungsbau, Bildung), sieht für 2006 eine Förderung aus Budgetmitteln von 14,2 Mrd. RUR und weiteren 16,7 Mrd. RUR für das Jahr 2007 vor.

Ende 2005 hat die russische Regierung ein weiteres Föderales Programm für die Landwirtschaft gebilligt. Es beinhaltet Maßnahmen zum Schutz von Ackerböden und zur Verringerung der fortschreitenden Bodenerosion. Zur Finanzierung des Programms sollen (Laufzeit: 2006 bis 2010) 39 Mrd. RUR aus regionalen Budgets und 146 Mrd. RUR aus anderen außerbudgetären Quellen herangezogen werden. Vorgesehen ist, Meliorationssysteme und wasserrechtliche Anlagen zur Vermeidung von Erosion wiederherzustellen und zu modernisieren. Auftraggeber für die Projekte in diesem Bereich werden das Landwirtschaftsministerium und die Föderale Agentur für Wasserressourcen sein.

Zu den staatlichen Prioritäten in den nächsten Jahren gehören die Entwicklung der Tierwirtschaft, der Ausbau der Fleischproduktion und die Verringerung der Importe in diesem Bereich. Mit Hilfe des nationalen Programms sollte bereits 2006 ein Durchbruch erreicht werden. Für die (Ko-)Finanzierung diverser Maßnahmen (Bau und Modernisierung großer Tierhaltung- und Schlachtkomplexe, Import und Leasing von 100.000 Zuchtrindern, davon 50.000 im Jahr 2006 für

landwirtschaftliche Betriebe) sind im Rahmen des Nationalprogramms 2006 insgesamt 7,45 Mrd. RUR und für 2007 weitere 7,18 Mrd. RUR vorgesehen.

Im Ergebnis soll die Produktion von Fleisch (inkl. Geflügel) bis 2008 um rund 18 Prozent, die von Milch um 5,1 % gegenüber 2004 steigen. Die Binnenerzeugung von Fleisch soll bis 2008 auf 5,9 Mio. t (2004: 4,9 Mio. t) gesteigert werden. Bis 2010 werden 6,3 Mio. t und bis 2015 sogar 8 Mio. t angepeilt. Ungeachtet dessen dürfte Russland auch in Zukunft auf Einfuhren von Fleisch angewiesen sein. Die Regierung hofft aber, den Importanteil von 31,4 % im Jahr 2004 auf 24 % bis 2015 zu senken. Die Importquoten werden dessen ungeachtet 2006 und 2007 sogar etwas steigen. Für 2006 sind 2,069 (davon Geflügel: 1,13) Mio. t und für 2007 2,124 (1,171) Mio. t vorgesehen. Einfuhren über diese Quoten hinaus sind möglich, werden aber mit hohen Zöllen belegt.

Für die Pflanzenwirtschaft gehen die Regierungsprognosen für 2006 von einer relativ stabilen Ernte aus. Bei Getreide werden ähnlich wie 2005 über 78 (2008 bis zu 86,5) Mio. t erwartet, ebenso bei Zuckerrüben mit 22,5 (2008: 23,5) Mio. t und Gemüse mit 14,7 Mio. t. Deutlich niedriger fallen die Annahmen dagegen nach dem Rekordjahr 2005 bei Sonnenblumen aus. Statt 6,4 Mio. t (plus 32,7 % gegenüber 2004) werden 2006 nur rund 5,2 Mio. t erwartet. Bis 2008 wird allerdings wieder mit einem Anstieg auf 5,8 Mio. t gerechnet.

Die Regierung möchte künftig auch das Exportpotenzial bei Getreide noch besser nutzen. In der zweiten Jahreshälfte 2005 beliefen sich die Ausfuhren auf 8,4 (Vorjahreszeitraum: 5,2) Mio. t. Für die Saison 2005/06 werden vom Institut für Agrarkonjunktur (IKAR) Getreideaufuhren in Höhe von 12,4 (2004/05: 9,1) Mio. t erwartet. Eine wachsende Rolle im russischen Getreidehandel und -export spielen dabei ausländische Unternehmen wie z.B. Cargill, Louis Dreyfus, Bunge und Nidera. IKAR schätzte den Marktanteil ausländischer Marktteilnehmer am russischen Getreidegeschäft 2003/04 auf 16,7 %. In der laufenden Saison könnte dieser Anteil schon ein Drittel erreichen.

Erhebliche Steigerungen sind in der Fischerei und Fischverarbeitung zu erwarten. Das Fischfangvolumen dürfte bis 2008 auf 4,5 (2004: 3 Mio. t) Mio. t steigen.

Entwicklungen im Steuerrecht

Zahlreiche Gesetzesänderungen

Auch im Jahr 2006 gab es in Russland zahlreiche Gesetzesänderungen auf dem Gebiet des Steuerrechts. Die wesentlichen steuerlichen Rahmenbedingungen haben sich jedoch nicht geändert. Die gesetzlichen Regelungen können als relativ günstig bezeichnet werden. Das administrative Umfeld erschwert jedoch die unternehmerischen Aktivitäten auch deutscher Investoren zum Teil erheblich.

Änderungen im Verfahrensrecht

Durch das Föderale Gesetz Nr. 137-FZ vom 27. Juli 2006 wurden wesentliche Änderungen im 1. Teil des russischen Steuerkodex, der das Verfahrensrecht regelt, eingeführt. Besonders relevant für deutsche Investoren sind die folgenden Änderungen:

Einspruchsverfahren

Bislang war es zulässig, unmittelbar gegen eine Entscheidung einer Steuerbehörde gerichtlich vorzugehen. Ab 2007 muss vor Einreichung einer Klage zuerst bei einer höheren Steuerbehörde ein Einspruchsverfahren erfolglos durchgeführt worden sein. Das Einlegen eines Einspruchs vor Einreichung einer Klage war auch bisher möglich, aber nicht obligatorisch. Welche Konsequenzen dieses zwingend durchzuführende Einspruchsverfahren haben wird, bleibt abzuwarten. Man muss darauf hinweisen, dass nach internen Dienstweisungen die Steuerbehörden verpflichtet sind, im Fall des Unterliegens in einer gerichtlichen Instanz den vollen Instanzenzug von drei Instanzen auszus schöpfen. In einem optimistischen Szenario würde das Einspruchsverfahren zu einer Korrektur fehlerhafter Entscheidungen der Steuerbehörde noch durch die Finanzverwaltung selbst führen. Es ist jedoch zu befürchten, dass das zwingend durchzuführende Verfahren zu einer weiteren Verzögerung führt bis eine falsche und den Steuerpflichtigen belastende Entscheidung endlich aufgehoben wird.

Steuerprüfungen

Das russische Steuerrecht kennt zwei Arten von Steuerprüfungen, die so genannte kamerale Prüfung in den Räumen der Steuerbehörde selbst und die Außenprüfung beim steuerpflichtigen Unternehmen. Die gesetzlichen Voraussetzungen der Prüfungen werden sich mit Wirkung vom 1. Januar 2007 ändern. Kamerale Prüfungen finden grundsätzlich innerhalb von drei Monaten nach Abgabe einer Steuererklärung statt. Die Steuerbehörden dürfen bei kamerale Prüfungen zukünftig keine zusätzlichen Unterlagen und Informationen von dem geprüften Steuerpflichtigen verlangen als die in Art. 88 des Steuerkodex ausdrücklich genannten. Zehn Tage nach Abschluss einer kamerale Prüfung muss die Steuerbehörde zukünftig einen schriftlichen Bescheid erstellen, gegen den der Steuerpflichtige dann 15 Tage nach der Zustellung schriftlich Einspruch erheben kann. Der Steuerpflichtige erhält jedoch wei-

terhin grundsätzlich keine Kenntnis davon, wann eine kamerale Prüfung beginnt und wann sie abgeschlossen ist. Außenprüfungen können für drei Jahre von dem Jahr an, in dem die Prüfung stattfindet, durchgeführt werden. Sie dürfen grundsätzlich nicht länger als zwei Monate dauern. Ab dem 1. Januar 2007 umfasst diese Zwei-Monatsfrist jedoch nicht mehr nur den Zeitraum, in dem die Mitarbeiter der Steuerbehörde vor Ort im Unternehmen sind, sondern den Zeitraum vom Erlass der Prüfungsanordnung bis zum Abschlußbericht. Der Prüfungszeitraum kann jedoch auf vier bis in Ausnahmefällen auf sechs Monate verlängert werden.

Weitere für den Steuerpflichtigen positive Änderungen im Verfahrensrecht sind, dass Anfragen zu Steuern und Akzisen von der zuständigen Steuerbehörde innerhalb einer Frist von zwei Monaten schriftlich beantwortet werden müssen. Außerdem besteht künftig eine gesetzlich normierte Verpflichtung der Steuerbehörden, offizielle Schreiben des Finanzministeriums bei der Anwendung der Steuergesetze zu befolgen.

Nach Verhandlungen im August 2005 und Januar 2006 haben Vertreter des deutschen Bundesministeriums für Finanzen und des russischen Finanzministeriums eine weitere, die nunmehr dritte, Verständigungsvereinbarung zur einheitlichen Auslegung und Anwendung des Deutsch-Russischen Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) vom 29. Mai 1996 geschlossen. Der wichtigste Punkt in dieser Vereinbarung betrifft russische Abzugssteuern. Das sind die Steuern, die von einem russischen Unternehmen, das Dividenden, Zinsen oder Lizenzgebühren, an ein ausländisches Unternehmen zahlt, nach russischem Steuerrecht "an der Quelle" einbehalten werden müssen. Nach dem Deutsch-Russischen DBA reduziert sich die Steuer bei Dividenden auf fünf Prozent oder 15 % und bei Zinsen sowie Lizenzen auf 0 %. Falls ein russisches Unternehmen Dividenden, Zinsen oder Lizenzgebühren noch nicht ausgezahlt hat, genügt es, wenn das die Zahlungen empfangende deutsche Unternehmen seinen Anspruch auf eine Reduzierung der Steuer nach dem DBA durch eine Ansässigkeitsbescheinigung des dafür zuständigen deutschen Finanzamts nachweist. Falls das russische Unternehmen die Dividenden, Zinsen oder Lizenzgebühren bereits ausgezahlt hat und mehr Steuer als nach dem DBA vorgesehen einbehalten hat, kann die Erstattung der zuviel einbehaltenen Steuer beim Föderalen Steuerdienst der Russischen Föderation beantragt werden. Weder die Ansässigkeitsbescheinigung noch die für eine Erstattung einzureichenden Formulare bedürfen nach der Vereinbarung einer Apostille. Diese ist bislang regelmäßig von russischen Steuerbehörden gefordert worden. Das Bundesfinanzministerium hat ein Schreiben zur

Doppelbesteuerungsabkommen

Verständigungsvereinbarung bereits im März 2006 im Bundessteuerblatt veröffentlicht. Die Veröffentlichung durch die russische Finanzverwaltung steht noch aus.

Entwicklungen im Umsatz- steuerrecht

Auch im Berichtsjahr 2006 war die Erstattung von Vorsteuerguthaben eine Herausforderung, der sich viele Unternehmen stellen mussten. Trotz der Erfüllung der im Steuerkodex geregelten Voraussetzungen für die Erstattung von Guthaben wird diese in vielen Fällen mit teilweise absurden Begründungen von den Steuerbehörden abgelehnt. So wurde zum Beispiel behauptet, dass eine Erstattung aufgrund von Bösgläubigkeit des Steuerpflichtigen ausscheide, weil der zugrunde liegende Vertrag an einem Sonntag geschlossen wurde oder Leasingverträge grundsätzlich als rechtsmissbräuchlich zu qualifizieren seien. In solchen Fällen ist der Steuerpflichtige gezwungen, gerichtlich gegen die Steuerbehörde vorzugehen. Ein bestandskräftiges Urteil, dass die Steuerbehörde zur Auszahlung des Steuerguthabens zwingt, ergeht meistens erst nach drei gerichtlichen Instanzen, weil die Steuerbehörden trotz geringer Erfolgsaussichten den vollen Instanzenzug bestreiten wollen und müssen.

Die gesetzlichen Regelungen zur Vergütung von Vorsteuerguthaben werden sich mit Wirkung vom 1. Januar 2007 ändern. Die Steuerbehörde ist dann verpflichtet, innerhalb einer Frist von sieben Tagen nach Abschluss einer kameralen Prüfung und nach Abgabe der Umsatzsteuererklärung aus der sich der Erstattungsanspruch ergibt, eine Entscheidung über die Erstattung zu treffen, soweit bei der Prüfung keine Verletzung von Steuervorschriften festgestellt wurde. Vorsteuerguthaben können von den Steuerbehörden mit fälligen Steuern, deren Aufkommen der Föderation zusteht, oder Strafen verrechnet werden. Falls ein Guthaben zukünftig nicht fristgemäß erstattet wird, sind von der Steuerbehörde Zinsen in Höhe des Refinanzierungssatzes der russischen Zentralbank zu zahlen.

Eine andere wesentliche Änderung im Umsatzsteuerrecht ab 2007 ist, dass Umsatzsteuererklärungen zukünftig nicht mehr grundsätzlich monatlich, sondern nur noch quartalsweise abzugeben sind.

Gewinnsteuer

Mit dem Föderalen Gesetz Nr. 144-FZ vom 27. Juli 2006 wurden Änderungen im Gewinnsteuerkapitel des Steuerkodex mit Wirkung zum 1. Januar 2007 beschlossen. Die wohl wichtigste Änderung betrifft die Abzugsfähigkeit von Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen. Nach der alten gesetzlichen Regelung war diese davon abhängig, ob die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit erfolgreich war oder nicht. Zukünftig ist diese Differenzierung für steuerliche Zwecke nicht mehr erforderlich. Alle Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen sind zukünftig innerhalb eines Jahres abzugsfähig.

Im Oktober 2006 hat die Staatsduma einen Gesetzesentwurf verabschiedet, der, falls er mit diesem Inhalt Gesetz wird, das Halten von Beteiligungen durch eine russische Gesellschaft steuerlich attraktiver machen würde. Dividenden, die eine ausländische an eine russische Gesellschaft zahlt, sind bislang mit einem Satz von 15 % steuerpflichtig. Ausländische Quellensteuer kann jedoch bis zur Höhe von 15 % angerechnet werden.

Dividenden- besteuerung

Nach dem Gesetzesentwurf sollen Dividenden für die empfangende russische Gesellschaft steuerfrei sein, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Eine Bedingung für die Steuerfreiheit wird eine Mindestbeteiligungshöhe sein. Der Gesetzesentwurf sieht eine Grenze von 50 % vor. Damit Dividenden ausländischer Gesellschaften steuerfrei sind, müssen sie einer Mindestbesteuerung unterliegen. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass der effektive Steuersatz bei der ausschüttenden ausländischen Gesellschaft mindestens zwei Drittel des russischen Gewinnsteuersatzes, also zurzeit 16 %, beträgt. Falls die ausländischen Dividenden die Voraussetzungen für eine Steuerbefreiung nicht erfüllen, sollen sie bei der russischen Gesellschaft der Gewinnsteuer zu einem Satz von neun Prozent unterliegen.

Ob eine natürliche Person in Russland steuerlich ansässig (unbeschränkt steuerpflichtig) ist oder nicht, ist nicht nur für die Entscheidung der Frage mit welchen Einkünften - alle oder nur solche aus russischen Quellen - von Bedeutung, sondern auch für die Höhe des Steuersatzes. Auf die Einkünfte unbeschränkt Steuerpflichtiger findet grundsätzlich ein Einkommensteuersatz von 13 % Anwendung. Beschränkt Steuerpflichtige müssen ihre Einkünfte aus russischen Quellen hingegen mit 30 % versteuern. Nach der bisherigen gesetzlichen Regelung war jemand nur dann unbeschränkt steuerpflichtig, wenn er sich an mindestens 183 Tagen eines Kalenderjahres auf dem Territorium der russischen Föderation aufgehalten hat. Nachteilig war diese Regelung für nach Russland entsandte Mitarbeiter, wenn sie ihre Tätigkeit in Russland nach dem 30. Juni eines Jahres begannen oder vor dem 1. Juli ausgereist sind. Im Jahr ihrer Einreise bzw. Ausreise mussten sie ihre Arbeitseinkünfte mit 30 % versteuern, obwohl ihr gesamter Arbeitsaufenthalt in Russland deutlich länger als 183 Tage war. Mit den Änderungen durch das Föderale Gesetz Nr. 137-FZ vom 27. Juli 2006 bleibt das Erfüllen der 183 Tage zwar weiterhin das entscheidende Kriterium für die Bestimmung der Steuerpflicht, ab dem Jahr 2007 wird aber nicht mehr auf das Kalenderjahr, sondern einen Zeitraum von zwölf zusammenhängenden Monaten abgestellt. Diese Regelung stimmt auch mit der 183 Tage Regelung im deutsch-russischen Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) überein. Für die Ermittlung der Steuerpflicht werden Auslandsaufenthalte für eine medizinische Behandlung oder eine Weiterbildungsmaßnahme nicht herangezogen. Die gesetzliche Neuregelung wirft noch viele Fragen auf, zum Beispiel, ob vor dem 1. Januar 2007 in Russland verbrachte

Einkommen- steuer

Zeiten für die Ermittlung der Steuerpflicht 2007 herangezogen werden können. Es ist zu erwarten, dass das Finanzministerium 2007 ein erläuterndes Schreiben zu dieser Neuregelung veröffentlichen wird.

Auch im Jahr 2006 wurden keine wesentlichen Änderungen oder neue Rechnungslegungsstandards (PBU) beschlossen.

Der von der russischen Regierung bereits vor einigen Jahren beschlossene schrittweise Übergang zu internationalen Rechnungslegungsstandards, IFRS, hat 2006 keine erkennbaren Fortschritte gemacht. Ab welchem Zeitpunkt alle russischen Unternehmen verpflichtet sind, nach den Internationalen Rechnungslegungsstandards IFRS zu bilanzieren, ist weiterhin offen.

Kein Fortschritt beim Übergang zu internationalen Rechnungslegungsstandards

Recht

Aktiengesetz

Das russische Aktiengesetz („rusAktG“) kennt sowohl die offene („OAO“) als auch die geschlossene Aktiengesellschaft („ZAO“). Die Unterscheidung betrifft im Wesentlichen die Art und Weise der Ausgabe und Verkehrsfähigkeit der Aktien. Die Aktiengesellschaft hat ab dem Zeitpunkt der staatlichen Registrierung ein Aktionärsregister zu führen. Das Register kann durch die Gesellschaft selbst oder einen „professionellen Teilnehmer des Wertpapiermarktes“ geführt werden, der zur Übernahme der Registerführung zugelassen ist. Falls die Aktionärszahl 50 Personen überschreitet, ist das Register durch einen Registrator zu führen.

Durch Gesetzesänderungen vom 27. Dezember, 31. Dezember 2005 und 5. Januar 2006 wurde das russische Aktienrecht wesentlich geändert. Bisher waren keine echten „Initial public offers“ (IPO) möglich, da bisher der Preis für Neuaktien oder das Verfahren seiner Festsetzung im Beschluss über die Aktienaussgabe zu bestimmen war. Seit 30. Dezember 2005 ist der Kaufpreis für Aktien nach Ablauf der Frist für die Vorkaufsrechtsausübung durch die bestehenden Aktionäre festzusetzen.

Außerdem ist durch die letzten Gesetzesänderungen erstmals der Squeeze-Out, also der Ausschluss von Minderheitsaktionären russischer Aktiengesellschaften, geregelt worden. Gleichzeitig ermöglicht das neue rusAktG den „Buy-Out“, mithin den Herauskauf von Minderheitsaktionären. Der Buy-Out ist für Fälle vorgesehen, bei denen eine Person aufgrund eines freiwilligen oder Pflichtangebots mehr als 95 % der Stamm- und Vorzugsaktien einer Aktiengesellschaft erwirbt. Bereits im Jahre 2005 sind im Bereich des Aktien- und

Wertpapierrechts wichtige Neuerungen in Kraft getreten. Durch den Erlass des Föderalen Dienstes für den Wertpapiermarkt vom 16. März 2005 Nr. 05-5/pz-n wurden Bestimmungen über die Offenlegung von Informationen durch Emittenten von Emissionswertpapieren eingeführt. Am 16. März 2005 hat der Föderale Dienst für den Wertpapiermarkt auch neue Standards für die Emission von Wertpapieren und die Registrierung von Wertpapierprospekten Nr. 05-4/pz-n festgelegt. Die Standards regeln die Emission von Aktien und Optionen des Emittenten, Obligationen der juristischen Personen sowie das Verfahren der Registrierung von Prospekten über die Ausgabe der Wertpapiere. Von größtem Interesse ist dabei das Verfahren für die Emission von Aktien, da es die Interessen aller Aktionäre berührt. Als wichtigste Neuerung gilt die Konkretisierung der Bestimmungen des Föderalen Gesetzes „Über den Wertpapiermarkt“ Nr. 185-FG vom 28. Dezember 2002 über die Registrierungspflicht von Wertpapierprospekten. Dies ist in Fällen der Ausgabe von Emissionswertpapieren durch offene Aktienzeichnung und Ausgabe von Emissionswertpapieren durch geschlossene Aktienzeichnung an über 500 Personen erforderlich. In allen sonstigen Fällen (falls ein offener Verkehr von Wertpapieren geplant ist) steht die Registrierung des Wertpapierprospekts im freien Ermessen des Emittenten.

Am 26. Juli 2006 hat Präsident Putin das neue russische Kartell- und Wettbewerbsgesetz („rusWettbG“) unterzeichnet, das am 26. Oktober 2006 in Kraft trat. Durch das rusWettbG ist das russische Kartell- und Wettbewerbsrecht insgesamt novelliert worden. Kernpunkte sind die Umgestaltung der Marktmissbrauchsaufsicht,

Wettbewerbsgesetz

Regelungen über wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen und abgestimmte Verhaltensweisen, eine Änderung der Fusionskontrolle sowie der Verfahren bei den russischen Kartellbehörden.

Der räumlich relevante Markt im Sinne des rusWettbG kann künftig größer sein als das russische Territorium. Er ist nunmehr nach ökonomischen Gesichtspunkten zu definieren und nicht länger normativ auf das Inland begrenzt, wie es bislang im Gesetz „Über den Wettbewerb und die Begrenzung monopolistischer Tätigkeit auf den Warenmärkten“ der Fall war.

Der Verbotstatbestand des Art. 11 rusWettbG hat sich vom traditionellen Kartellbegriff entfernt, der lediglich Absprachen zwischen Wettbewerbern umfasste. Stattdessen verbietet Art. 11 Nr. 2 rusWettbG jede Art von wettbewerbsbeschränkenden Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen.

Bei der Anwendung der allgemeinen Freistellungsregelung sollen zukünftig die von der russischen Regierung erlassenen Verordnungen über Ausnahmen berücksichtigt werden, die auch für eine bestimmte Frist eingeführt werden können.

Im rusWettbG wird der Begriff der marktbeherrschenden Stellung wesentlich modifiziert. Ein Wirtschaftssubjekt, dessen Anteil am relevanten Warenmarkt über 50 % liegt, wird als marktbeherrschend anerkannt, wenn es nicht nachweisen kann, dass es keine Möglichkeit hat, einseitig die Marktbedingungen auf dem relevanten Warenmarkt zu bestimmen. Wird diese Monopolstellung festgestellt, ergeben sich durch den Gesetzgeber festgelegte Einschränkungen im Geschäftsverkehr. Unter anderem darf über die Tätigkeit des Unternehmens Konkurrenz nicht ausgeschlossen, die Verbraucherpreise und die Preisbildung insgesamt nicht nachteilig beeinflusst, keine Verhinderung von Wettbewerb stattfinden und der technologische Fortschritt nicht behindert werden.

Der Gesetzgeber verzichtet teilweise auf die Kontrolle wirtschaftlicher Konzentration. Beim Erwerb von Aktien oder Anteilen an Wirtschaftssubjekten und Finanzorganisationen unterliegen die Rechtsgeschäfte, die zum Erwerb von 25 %, 50 % oder 75 % der Aktien (bzw. 50 % und zwei Drittel der Anteile) an einer Kapitalgesellschaft führen, der Fusionskontrolle. Dadurch wird die Anzahl der genehmigungspflichtigen Geschäfte wesentlich vermindert. Für die Genehmigungsverfahren sind nicht nur die Gesamtwerte der Aktiva der Beteiligten (Personengruppe), deren Schwellenwert von umgerechnet 83.000.000 EURO sich nicht geändert hat, sondern auch der Gesamtumsatz der Beteiligten bzw. der Personengruppe maßgeblich. Nach dem rusWettbG ist nunmehr vorgesehen, dass eine Genehmi-

gungspflicht ab einem Schwellenwert (Umsatz) von umgerechnet 163.000.000 EURO greift.

Im Jahr 2006 war der russische Gesetzgeber auf dem Gebiet des Arbeitsrechts sehr aktiv. Neben umfassenden Änderungen im Ausländer- und Aufenthaltsrecht und dem Erlass zahlreicher untergesetzlicher Rechtsakte durch den Föderalen Dienst für Arbeit und Beschäftigung sowie durch das Ministerium für Gesundheitswesen und Soziale Entwicklung wurde insbesondere das grundlegende Regelwerk, das Arbeitsgesetzbuch der Russischen Föderation von 2001/2002, umfassend modernisiert. Damit sollten seit dem Inkrafttreten aufgetauchte Auslegungsfragen und Streitigkeiten beigelegt werden. Die Änderungen sind Anfang Oktober 2006 in Kraft getreten. Obwohl über 300 Artikel geändert und 13 neue Artikel eingefügt wurden, blieb die Grundstruktur des Gesetzes erhalten.

Die Mehrzahl der Änderungen betrifft formale Fragen, denen allerdings in der russischen Rechtspraxis große Bedeutung zukommt. So werden Formalia des Kündigungsverfahrens genauer festgelegt. Externe und interne Nebenbeschäftigung sowie Versetzungen wurden erleichtert. Für die Berechnung des – etwa für das Urlaubsentgelt – wichtigen durchschnittlichen Arbeitsentgelts ist nunmehr der durchschnittliche tatsächliche Lohn der zurückliegenden zwölf Kalendermonate zugrunde zu legen.

Die Parteien des Arbeitsverhältnisses wurden genau definiert. Als Einzelunternehmer registrierte natürliche Personen werden als Arbeitgeber juristischen Personen weitgehend gleichgestellt. Der Inhalt des Arbeitsvertrages wurde präziser bestimmt, unter anderem müssen Angaben zu den Parteien, die Steuernummer des Arbeitgebers sowie ein Nachweis der Bevollmächtigung des Arbeitgebervertreters enthalten sein. Es gibt obligatorische und Nebenbedingungen. Fehlt eine obligatorische Bestimmung, wird der Arbeitsvertrag nicht aufgelöst, sondern um die entsprechende Bestimmung ergänzt. Noch vor Unterzeichnung des Arbeitsvertrages hat der Arbeitgeber den Arbeitnehmer von allen internen Rechtsakten in Kenntnis zu setzen. Der Arbeitnehmer hat dies gegen Unterschrift zu bestätigen.

Bei befristeten Arbeitsverträgen wird zwischen Verträgen, die zwingend befristet abzuschließen sind (nur in Ausnahmefällen) und solchen unterschieden, bei denen die Parteien eine Befristung vereinbaren können. Wichtig für einen Investor ist, dass ein befristeter Arbeitsvertrag mit dem Generaldirektor, seinem Stellvertreter oder dem Hauptbuchhalter zukünftig nur noch mit deren Zustimmung abgeschlossen werden kann.

Die für deutsche Unternehmen ungewohnt kurze 14-tägige Kündigungsfrist für den Arbeitnehmer bleibt unangetastet. Der Fristbeginn wird auf den Tag nach dem Zugang des Kündigungsschreibens beim Arbeitgeber

Arbeitsrecht

festgelegt. Außerdem entfällt das Recht des Arbeitgebers zur gesundheitsbezogenen Kündigung wegen Nichteignung des Arbeitsnehmers für die Tätigkeit. Wie bereits von der Rechtsprechung durchgesetzt, muss die im Vertrag mit einem Generaldirektor vorzusehende Abfindung bei vorzeitiger Auflösung des Arbeitsverhältnisses ohne sein Verschulden wenigstens dem Dreifachen eines durchschnittlichen Monatsgehalts entsprechen.

Eine Reihe weiterer Neuerungen betreffen Fragen, an die ein Investor erst in zweiter Linie denkt. Im Arbeitsschutz wurde die Grenze, ab der ein Arbeitgeber aus dem Produktionsbereich verpflichtet ist, einen Arbeitsschutzdienst oder einen Arbeitsschutzbeauftragten einzurichten, von 100 auf 50 Arbeitnehmern gesenkt. Der Begriff "Gewerkschaftsorgan" wurde durch den Begriff "Organ der primären Gewerkschaftsorganisation" ersetzt. Dieses vertritt nun auch die Interessen der Arbeitnehmer, die nicht Mitglieder einer Gewerkschaft sind. Die Regeln für das arbeitsgerichtliche Verfahren werden verbessert und das Streikrecht erleichtert.

Für in Russland tätige deutsche Unternehmen sind diese Änderungen bedeutsam, da das russische Arbeitsrecht auf alle Arbeitsverhältnisse in der Russischen Föderation Anwendung findet. Es gilt somit auch für ausländische Beschäftigte einer Tochtergesellschaft bzw. Repräsentanz. Die Änderungen sind bei Neuabschlüssen von Arbeitsverträgen seit Anfang Oktober 2006 zu beachten. Eine Anpassung bestehender „Altverträge“ ist rechtlich nicht notwendig; allerdings werden der neuen Gesetzesfassung widersprechende Vertragsbestimmungen unwirksam. Lokale Rechtsakte eines Unternehmens bedürfen hingegen der Anpassung.

Mit dem am 01.01.2006 in Kraft getretenen Föderalen Gesetz Nr. 94-FS vom 21. Juli 2005 "Über die Vergabe von Aufträgen zur Auslieferung von Waren, Ausführung von Arbeiten und Erbringung von Leistungen für den staatlichen und munizipalen Bedarf" (weiter: VergG) ist ein Versuch unternommen worden, die Vergabesysteme für alle Ebenen der staatlichen Verwaltung unabhängig von der Zuständigkeit und der Finanzierungsquelle streng und einheitlich zu regeln.

Die staatliche Kontrolle über die Verwendung von Haushaltsmitteln hat erstmals mit Inkrafttreten des Präsidentenerlasses Nr. 305 von 08.04.1997 begonnen, nach dem Aufträge für Waren und Dienstleistungen für staatliche Zwecke grundsätzlich in einem Wettbewerbsverfahren vergeben werden müssen. Allgemeine Grundsätze für die Durchführung von Ausschreibungen wurden weiter in der diesen Erlass bestätigenden Verordnung und später im Föderalen Ausschreibungsgesetz vom 06.05.1999, sowie in anderen föderalen und regionalen Rechtsakten verankert. Allerdings hat die Vielfältigkeit der Rechtsnormen zur Aufsplitterung der Rechtsordnung, zur Be-

günstigung von bürokratischer Willkür und somit zum Misstrauen der Lieferanten hinsichtlich der Teilnahme an Ausschreibungen geführt.

Zur Behebung der Missbrauchs- und Korruptionsmöglichkeit sind nach dem neuen Vergabegesetz einheitliche Vergabeverfahren in Form eines Wettbewerbs (Ausschreibung und Auktion) sowie in Form von „außerwettbewerblichen Verfahren“ (Anfrage von Quotierungen aus einer einzigen Quelle; Warenbörse) eingeführt worden. Ziel des neuen Vergabegesetzes ist ein Maximum an Öffentlichkeit und Transparenz in allen Stadien des Vergabeverfahrens durch die Einführung neuer Informationstechnologien zu schaffen (durch Informationelle Ausrüstung der Auftragsvergabe im Internet, z. B. Schaffung von offiziellen Internetseiten für sämtliche Informationen über die Auftragsvergabe; elektronische Ausschreibung etc.).

Im Unterschied zur alten Rechtslage stellt das neue Vergabegesetz einen abschließenden, für alle Vergabeteilnehmer geltenden Zulassungs- und Auswahlkriterienkatalog (Teil 4 Art. 11; Teil 2 Art. 12, Teil 6. Art. 28 VergG) auf. Zum Auftragsmarkt ist grundsätzlich jedes Unternehmen zugelassen, gegen das weder ein Insolvenzverfahren eröffnet worden ist, noch dessen Tätigkeit gesetzwidrig ist oder aus anderen Gründen ausgesetzt wurde. Der Auftraggeber ist jedoch berechtigt, die Teilnahme an der Auftragsvergabe für solche Unternehmen zu verbieten, die wegen früherer Vertragsverletzungen in eine so genannte Schwarze Liste aufgenommen sind. Diese wird vom zuständigen föderalen Kontrollorgan geführt (derzeit vom Föderalen Antimonopoldienst (FAS bzw. Rosoboronsakas). Das in der früheren Verwaltungspraxis oft vorkommende Erfordernis einer dreijährigen Tätigkeitsdauer auf dem entsprechenden Gebiet darf durch den Auftraggeber nicht mehr aufgestellt werden. Außerdem sind nach dem neuen Vergabegesetz zur Teilnahme an der Auftragsvergabe nicht nur die Hersteller (bzw. Erbringer von Leistungen) sondern auch ihre berechtigten Vertreter, sowie reine Vertriebsunternehmen zugelassen.

Für ausländische Waren und Dienstleistungen findet das Gesetz ebenfalls gleichberechtigt Anwendung, allerdings unter Einhaltung der Gegenseitigkeitsvoraussetzung, d. h. auch russische Waren, Arbeiten und Dienstleistungen müssen im Ausland unter den gleichen Bedingungen wie die einheimischen zur Auftragsvergabe zugelassen werden. Für ausländische Waren, bei denen die Gegenseitigkeit nicht nachgewiesen werden kann, erstellt das zuständige föderale Exekutivorgan jeweils die entsprechenden Zulassungsvoraussetzungen. Zu den wesentlichen neuen Regelungen des Vergabegesetzes gehören insbesondere die Einführung eines gesonderten vorgerichtlichen Rechtsschutzverfahrens sowie einer spezialgesetzlichen Anspruchsgrundlage für den Fall einer Pflichtverletzung durch den Auftraggeber.

Vergaberecht

Die Praxistauglichkeit der neuen Regelungen bleibt abzuwarten. Wegen der Notwendigkeit der Verabschiedung einer Vielzahl von untergesetzlichen Regelungen (zurzeit sind ca. neun von 21 Regierungsakten verabschiedet worden), finden die Gesetzesvorschriften elf Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes immer noch nur beschränkte Anwendung. Allerdings enthält das neue Vergabegesetz eine Reihe von Übergangsbestimmungen, die es schon jetzt den Auftraggebern teilweise ermöglichen, die Auftragsvergabe nach Maßgabe der neuen Regelungen durchzuführen, ohne die Verabschiedung der entsprechenden Durchführungsvorschriften abwarten zu müssen (Art. 65 VergG). So wurde z. B. bis jetzt noch kein Bewertungsverfahren für zugelassene Auftragsbewerbungen festgelegt. Nach den Übergangsregeln sind die Auftraggeber berechtigt, dieses Verfahren unter Beachtung der in Art. 28 VergG festgelegten Bewertungskriterien selbst zu bestimmen.

Geistiges Eigentum

Die wichtigste Entwicklung der Gesetzgebung der Russischen Föderation im Bereich des geistigen Eigentums im Jahr 2006 besteht in der Erörterung und Annahme des IV. Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation in erster Lesung, der sämtliche derzeit geltenden Gesetze im Bereich des geistigen Eigentums ersetzen soll. Bezüglich der in der zweiten Lesung angenommenen Fassung des IV. Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation werden jedoch weiter zahlreiche Diskussionen geführt, da diese Fassung immer noch beträchtlicher Nachbesserung und Optimierung bedarf.

Zusätzlich zu den erst für die Zukunft geplanten Änderungen wurden bereits Änderungen an den russischen Gesetzen im Bereich des geistigen Eigentums vorgenommen, die 2006 in Kraft getreten sind.

Diese Änderungen beziehen sich insbesondere auf das Patentgesetz der Russischen Föderation und das Gesetz der Russischen Föderation "Über den Rechtsschutz von Programmen für EDV-Anlagen und Datenbanken" im Hinblick auf die Bestimmung der Rechte von Parteien an den Ergebnissen geistiger Tätigkeit, die im Zuge der Ausführung von Arbeiten aus einem staatlichen oder kommunalen Vertrag erzielt wurden, sowie auf das Gesetz der Russischen Föderation "Über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte".

Rechtskräftige Änderungen der Gesetze im Bereich des geistigen Eigentums

• Patentgesetz der Russischen Föderation

Das Patentgesetz der Russischen Föderation wurde durch eine Novelle in Artikel 9.1 ergänzt, der die

Rechtsverhältnisse zwischen einem Auftragnehmer (Unternehmer) und der Russischen Föderation (einem Subjekt der Russischen Föderation) bei der Ausführung von Arbeiten aus einem staatlichen Vertrag regelt. Das Recht auf die Erteilung eines Patents für eine Erfindung, ein Gebrauchs- oder Geschmacksmuster, die bei der Ausführung von Arbeiten aus einem staatlichen oder kommunalen Vertrag geschaffen wurden, besitzt nach diesem Artikel der Auftragnehmer (Unternehmer), wenn im staatlichen Vertrag über die Ausführung von Arbeiten für staatliche oder kommunale Belange nichts anderes festgelegt ist. Wenn der Inhaber des Patents für die auf der Grundlage des staatlichen Vertrags erzielten Ergebnisse der Auftragnehmer ist, so ist dieser verpflichtet, dem staatlichen oder kommunalen Auftraggeber eine nicht ausschließliche unentgeltliche Lizenz zur Nutzung dieser Erfindungen, Gebrauchs- oder Geschmacksmuster zum Zweck der Lieferung von Erzeugnissen oder zur Ausführung von Arbeiten für staatliche oder kommunale Belange einzuräumen. Dem Urheber einer Erfindung, eines Gebrauchs- oder Geschmacksmusters, der nicht Inhaber des Patents ist, wird von der Person, der das Patent erteilt wurde, eine Vergütung gezahlt.

• Gesetz der Russischen Föderation "Über den Rechtsschutz von Programmen für EDV-Anlagen und Datenbanken"

Ähnliche Bestimmungen wurden auch in Artikel 12 des Gesetzes der Russischen Föderation Nr. 3523-1 "Über den Rechtsschutz von Programmen für EDV-Anlagen und Datenbanken" aufgenommen, die die Zuordnung der Rechte an entwickelten Programmen für EDV-Anlagen oder Datenbanken auf der Grundlage eines staatlichen oder kommunalen Vertrags betreffen.

• Gesetz der Russischen Föderation "Über Urheberrechte und verbundene Schutzrechte"

Durch das Föderale Gesetz Nr. 72-FS vom 20.07.2004 wurden das Gesetz der Russischen Föderation "Über Urheberrechte und verbundene Schutzrechte" (im Folgenden "Urheberrechtsgesetz") geändert, einige dieser Änderungen sind zum 1. September 2006 in Kraft getreten. Insbesondere wurden Artikel 37 Punkt 2 Unterpunkt 6, Artikel 38 Punkt 2 Unterpunkt 5 und Artikel 39 Unterpunkt 1.1 des Urheberrechtsgesetzes geändert. Die vorgenommenen Änderungen betreffen vor allem das Internetrecht und beziehen sich auf die Übertragung der Aufnahmen von Darbietungen oder Vorführungen zur allgemeinen Kenntnisnahme sowie auf die Übertragung von Tonaufzeichnungen zur allgemeinen Kenntnisnahme im interaktiven Verfahren.

Nicht rechtskräftige Änderungen der Gesetze im Bereich des geistigen Eigentums

• Entwurf des IV. Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation

Am 18. Juli 2006 legte der russische Präsident den IV. Teil des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation (im Folgenden "ZGB-Entwurf"), den wichtigsten kodifizierten normativen Rechtsakt, der sämtliche bestehenden russischen Gesetze über das geistige Eigentum ersetzen soll, der Staatsduma der Russischen Föderation zur Erörterung vor. Am 20. September 2006 wurde dieser Gesetzesentwurf von der Staatsduma in erster Lesung angenommen. Am 8. November 2006 wurde der ZGB-Entwurf, der die Verhältnisse im Bereich des geistigen Eigentums regeln soll und über 500 Änderungen in die entsprechenden Gesetze einbringt, von der Staatsduma in zweiter Lesung genehmigt. Nach der dritten Lesung und anschließenden Veröffentlichung werden die Änderungen rechtskräftig.

Vor der zweiten Lesung wurden die Domainnamen aus der Liste der schutzfähigen Objekte geistigen Eigentums gestrichen. Die meisten Fachleute bewerten diese Änderung des Entwurfs positiv, weil nach der herrschenden Meinung die gesetzlich festgelegte Pflicht zur Registrierung von Domainnamen die Entwicklung in diesem Bereich aufhält und der internationalen Praxis widerspricht.

Der ZGB-Entwurf enthält zahlreiche Neuerungen, unter anderem die staatliche Akkreditierung der Gesamtverwalter von Rechten und den Schutz der ausschließlichen Rechte der Hersteller von Datenbanken.

Darüber hinaus werden in den ZGB-Entwurf erstmalig das so genannte ausschließliche Recht des Veröffentlichers sowie zwei neue Objekte des Urheberrechts - gewerbliche Bezeichnungen und Know-how - aufgenommen.

Der ZGB-Entwurf "Rechte an den Ergebnissen geistiger Tätigkeit und an Individualisierungsmitteln" besteht aus neun Kapiteln, unter anderem "Urheberrecht", "Verbundene Urheberrechte", "Patentrecht", "Rechte an Mitteln zur Individualisierung einer juristischen Person, von Waren, Arbeiten, Dienstleistungen, Unternehmen und Informationsressourcen" u. a. Dementsprechend werden sämtliche Spezialgesetze, einschließlich des Gesetzes "Über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte", des Gesetzes "Über Warenzeichen, Dienstleistungsmarken und Herkunftsbezeichnungen von Waren" sowie des Patentgesetzes für außer Kraft erklärt.

• Entwurf der Änderungen des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation

Gleichzeitig mit dem ZGB-Entwurf genehmigten die Abgeordneten in erster Lesung den Entwurf des Gesetzes "Über die Änderung von Artikel 146 und 180 des

Strafgesetzbuches der Russischen Föderation", der die Verschärfung der strafrechtlichen Haftung für Urheberrechtsverletzungen und die Verbreitung von nachgeahmten Produkten impliziert.

Am 1. Juli 2006 trat das neue Reklamegesetz der Russischen Föderation in Kraft ("ReklameG"). Der Gesetzgeber ließ sich bei der Verabschiedung des Gesetzes einerseits davon leiten, Besonderheiten bestimmter Werbeformen konkreter zu regeln (Werbung für alkoholische Getränke, für Arzneimittel usw.). Andererseits ist bei diesem Gesetz auch die Grundtendenz zu erkennen, den Umfang der auf die Umwelt einwirkenden Werbung zu beschränken und die bereits vorhandenen Schlupflöcher für Werbung (Werbung auf Fahrzeugen, sog. Dachmarkenwerbung) zu schließen. Die allgemeine Definition des Werbebegriffes ist grundsätzlich geändert worden. Danach ist Werbung nunmehr "Information, welche in beliebiger Art und in beliebiger Form unter Nutzung beliebiger Mittel verbreitet wird, die an eine unbegrenzte Personenzahl adressiert ist und auf die Erweckung von Beachtung des beworbenen Objekts, der Formierung und der Unterstützung von Interesse an ihm und seiner Entwicklung auf dem Markt" gerichtet ist. Was fehlt, ist die Absicht, das beworbene Produkt auf dem Markt zu vertreiben.

Im Juni 2006 hat die Staatsduma ein neues Datenschutzgesetz beschlossen, welches im Januar 2007 in Kraft trat. Ziel des Gesetzes ist der Schutz persönlicher Daten natürlicher Personen. Dieses Ziel meint das Gesetz damit zu erreichen, dass zukünftig jede Person vor der Abfrage von Daten ihr schriftliches Einverständnis zur jeweiligen Datenerhebung gibt. Diese Zustimmung kann jederzeit widerrufen werden und der Operator ist in diesem Fall verpflichtet, die erhobenen Daten zu vernichten. Für den Operator bestehen umfangreiche Pflichten zur Information des Datenschutzsubjektes bei der Datenerhebung, bei der Datenvernichtung und sogar im Falle des Erwerbs von Daten von Dritten (Kauf einer Datenbank). Der Staat wiederum versucht seine Kontrolle über die landesweite Datenverarbeitung dadurch zu erreichen, dass zukünftig vor jedem neuen Datenverarbeitungsprozess persönlicher Daten der Operator verpflichtet sein wird, den geplanten Datenverarbeitungsbeginn einer neu zu bildenden Datenschutzbehörde mitzuteilen. Für bereits bestehende Datenverarbeitungsprozesse besteht die Mitteilungspflicht bis zum 1. Januar 2008, eine technische Anpassung der Datenverarbeitungssysteme an die Anforderungen des Gesetzes muss bis 2010 erfolgen.

Die Auswirkungen des Datenschutzgesetzes auf die Praxis sind wie immer schwer vorauszusagen. Es muss jedoch befürchtet werden, dass die Anzahl der halblegalen Datenbanken nicht zurückgehen wird, da der Aufbau aussagekräftiger legal erstellter Datenbanken nicht erleichtert wird.

*Reklame- und
Datenschutz-
gesetz*

Arbeitsgesetzbuch Am 1. Oktober 2006 traten Änderungen des Russischen Arbeitsgesetzbuches in Kraft. Von den Änderungen sind über 300 der 424 Artikel betroffen. Außerdem wurden 13 neue Artikel eingefügt.

Die wesentlichen Änderungen betreffen:

- den Abschluss von Arbeits- und Kollektivverträgen sowie deren Inhalte,
- Zeitarbeitsverträge und Probezeiten,
- Versetzungen,
- Attestierungen,
- Urlaubsformen und deren Bezahlung,
- Die Erhöhung der Verantwortlichkeit des Arbeitgebers für die halbmonatliche Auszahlung des Gehalts bzw. der Löhne,
- Die Beendigung von Arbeitsverträgen,
- Dienstreisen,
- Arbeitsschutz und
- die außergerichtliche Lösung von Streitigkeiten. (vgl. Abschnitt Recht)

Unter den besonderen Bedingungen des russischen Arbeitsmarktes und hier vor allem in Moskau und St. Petersburg bedarf es neuer Formen der materiellen und nichtmateriellen Motivation der Mitarbeiter.

Hat die Personalabteilung in Russland früher nur die Mitarbeiterakten verwaltet, so sieht sie sich heute zunehmend vor neue Herausforderungen gestellt. Obwohl die Personalsuche laut Angaben von Fachzeitschriften derzeit bis zu 70 % der Arbeit unternehmenseigener HR-Abteilungen ausmache, gewinnt vor dem Hintergrund des weit verbreiteten Jobhoppings, die Entwicklung von Strategien zur langfristigen Mitarbeiterbindung und -förderung zunehmend an Bedeutung. Die Bedeutung der Personalabteilungen spiegeln die Gehälter der HR-Direktoren wider.

Gehälter Die offiziellen Durchschnittslöhne in der Russischen Föderation stiegen in den letzten Jahren mit zweistelligen Wachstumsraten.

2003:	5.546,00 RUB	23,5 % mehr als 2002 (real 12,5 %)
2004:	6.739,00 RUB	21,5 % mehr als 2003 (real 8,4 %)
2005:	8.555,00 RUB	26,9 % mehr als 2004 (real 10,4 %)
2006:	10.102,00 RUB	(Oktober 2006)

Für Moskau und Sankt Petersburg gelten nochmals andere Maßstäbe. Erstens liegen die durchschnittlich gezahlten Löhne und Gehälter um bis zu zwei Drittel über dem russischen Durchschnitt und zweitens spüren immer mehr Unternehmen ein Defizit an Mitarbeitern

mit den gesuchten fachlichen und Führungseigenschaften. Die Suche nach geeigneten Mitarbeitern wird besonders in diesen beiden Städten zur „Jagd nach Köpfen“, setzt den Lohnvorstellungen der Kandidaten kaum Grenzen und zwingt die Unternehmen, völlig überzogene Forderungen zu akzeptieren.

Diese Zahlen zeigen einerseits deutlich, worauf sich deutsche Unternehmen auch bei den Vorstellungen ihrer Mitarbeiter über Gehaltserhöhungen einstellen sollten. Andererseits deuten sie an, dass der Standortvorteil Lohnkosten in den nächsten drei bis fünf Jahren in Russland keine Rolle mehr spielen wird.

Schon heute werden auch in deutschen Unternehmen unter diesem Druck des Personalmarktes in Moskau Nettogehälter gezahlt, die fast mit deutschen Gehältern vergleichbar sind. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Arbeitgeber noch die gesamten Lohnnebenkosten zu tragen hat (derzeit 13 % Lohnsteuer und 26 % Sozialsteuer, degressiv fallend) und alle sozialen Zusatzleistungen noch nicht berücksichtigt sind.

Im Vergleich Nettogehälter für ausgewählte Berufsgruppen (in Euro)

	2002	2004
Hauptbuchhalter	1.914	2.150
Personalleiter	1.460	1.940
Vertriebsdirektor	2.400	2.890
Marketingdirektor	2.100	2.850
Sekretärin	650	1.160
Projektmanager	1.050	1.790

Eines der eindrucksvollsten multinationalen Weiterbildungsprogramme in der Russischen Föderation ist das so genannte Präsidentenprogramm. Seit 1997 haben ca. 38.600 junge russische Führungskräfte eine zusätzliche betriebswirtschaftliche Ausbildung mit Diplomabschluss in den Fachrichtungen Management, Marketing und Finanzen erhalten. Jeder Vierte von ihnen hatte die Gelegenheit, im Ausland (Deutschland, andere EU Mitgliedstaaten und sieben weitere Geberländer) ein Praktikum zu absolvieren. Allein in Deutschland hielten sich im Rahmen der ein- bis dreimonatigen Praktika mehr als 3.500 junge Russen auf.

„Präsidentenprogramm“ der Russischen Föderation wird zehn Jahre

Dass dieses Programm zu einer Erfolgsstory im gegenseitigen Interesse geworden ist, steht außer Frage. Nach Aussagen der Teilnehmer allein des Jahrganges 2004/2005 wurden nach den Praktika eine Vielzahl von

konkreten Geschäften abgeschlossen und abgewickelt. Die Föderale Kommission spricht von ca. 1,62 Mrd. Rubel, die für den Einkauf von Anlagen, Waren und Dienstleistungen in Europa als direktes Ergebnis der Praktika ausgegeben wurden. Es wurden 16.500 neue Arbeitsplätze geschaffen und allein aus diesen Projekten flossen ca. 210 Mio. Rubel als Steuergelder in den russischen Haushalt.

Die Möglichkeit, gut ausgebildete Nachwuchsführungskräfte kennen zu lernen, eigene russische Mitarbeiter auszubilden und internationale Erfahrungen sammeln zu lassen, wird bisher von den deutschen Unternehmen in West und Ost noch viel zu wenig genutzt.

Das Präsidentenprogramm wurde neu strukturiert und wird von russischer Seite bis 2013 weiter geführt. 70 % der Teilnehmer kommen mittlerweile aus KMUs, vertreten innovative und/oder technologieintensive Unternehmen oder Unternehmen aus kleinen Städten und Agrargebieten der Russischen Föderation. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat bereits den politischen Willen bekundet, das rus-

sische Präsidentenprogramm weiterhin unterstützen zu wollen.

Die deutsche Sprache in Russland

Obwohl Deutschland die größte ausländische Wirtschaftsgemeinde in Russland stellt, fristet die deutsche Sprache ein Nischendasein. Zusammengefasst stellt sich die Situation in der Russischen Föderation derzeit folgendermaßen dar: Deutsch hat bislang noch einen relativ festen Stand als zweite Fremdsprache nach dem Englischen. Aber die Tendenz ist rückläufig. Die starke Position des Englischen als erste Fremdsprache ist unangreifbar. Die Grundvoraussetzung für eine Anstellung – auch in deutschen Unternehmen – ist die Beherrschung des Englischen. Als Einstellungsvorteil könnte die Kenntnis der deutschen Sprache in klein- und mittelständischen Betrieben gelten.

„Englisch + 1“, so lautet denn auch das derzeitige Motto des russischen Bildungssystems im Fremdsprachenbereich.

Sicherheitslage in Russland

Kriminalität

Die Kriminalität in Russland hat sich auch im letzten Jahr nicht signifikant verändert. Die Verbrechensbekämpfung durch die russischen Sicherheitsorgane hat sich in den zurück liegenden Jahren Zug um Zug verbessert. Dadurch bedingt, hat sich auch das sicherheitliche Umfeld in Moskau und anderen russischen Städten und Regionen weiter zum Positiven verändert und die Rahmenbedingungen für deutsche Unternehmen sind unter Sicherheitsaspekten auf einem akzeptablen, wenn auch weiterhin verbesserungswürdigem Niveau.

Im Grundsatz unterscheidet sich Moskau bei der allgemeinen Kriminalität im Großen und Ganzen kaum von anderen Metropolen dieser Welt. Insoweit sind Eigentumsdelikten die häufigsten (z.B. Trickbetrug, Diebstähle aus Hotelzimmern und Fahrzeugen) Deliktformen. Man kann sich aber vor dieser Art von Kriminalität durch die Beachtung zum Teil einfacher Sicherheitsregeln und -grundsätze wirkungsvoll schützen.

Eine ernstzunehmende Entwicklung ist im Bereich der Gewaltkriminalität zu verzeichnen. So hat die Zahl von brutalen Raubüberfällen auf „Reiche“ zugenommen. Einem angemessenen situations- und umgebungsgerichteten Verhalten („Low Profile“) kommt daher nach wie vor eine entscheidende Rolle zu. Und es fängt bei vermeintlichen Selbstverständlichkeiten an: betont auffälliges Verhalten sollte in jeder Beziehung vermieden werden.

Der Verband verfügt über Informationsmaterial zu entsprechenden Verhaltensgrundsätzen und -regeln und kann zu diesen Themen auch gezielt beraten.

Es kam im letzten Jahr zu mehreren schweren Raubüberfällen auf Deutsche beim Verlassen ihrer Wohnung. Betroffen waren auch Mitarbeiter bzw. Familienangehörige von Verbandsmitgliedern. In den bekannten Fällen lauerten die Täter ihren Op-

fern direkt im Eingangsbereich der Wohnungen auf, überwältigten sie und erpressten Bargeld und sonstige Wertsachen.

Auch hier kann vorbeugend einiges getan werden. Die Auswahl der Wohnung unter Sicherheitsaspekten, technische Sicherungen (z.B. Weitwinkel-Türspion), ein unauffälliges und aufmerksames Verhalten im Haus und im nachbarschaftlichen und beruflichen Umfeld, aber auch das aufmerksame Beobachten beim Verlassen und Betreten der Wohnung können helfen, gefährliche Situationen rechtzeitig zu erkennen und Notsituationen zu vermeiden.

Terrorismus

Russland ist im letzten Jahr von schwerwiegenden Anschlägen verschont geblieben. Die Zahl terroristischer Aktivitäten hat sich im Vergleich zum Vorjahr fast um ein Viertel reduziert. Die Gründe sind vermutlich in einer gestiegenen Zahl von erfolgreichen militärischen Aktionen der russischen Sicherheitskräfte gegen verschiedene Rebellengruppen und vermehrte politische Aktivitäten der russischen Regierung zu suchen.

Brennpunkt ist nach wie vor die Kaukasusregion. Die Lage dort ist weiterhin angespannt und es bleibt abzuwarten, ob eine angeblich zur Diskussion stehende Amnestie für aufgabewillige Rebellen Wirkung zeigen kann.

Trotz aller staatlichen Bemühungen zum Schutz des Landes und seiner Bürger kann aber auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden, dass Städte wie Moskau oder St. Petersburg aber auch symbolträchtige Einrichtungen in anderen Regionen Russlands Ziel terroristischer Aktivitäten werden können.

Die Morde an Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gegen Ende des Jahres haben in Russland, aber vor allem im Ausland für Aufsehen gesorgt. Besonders der Mord an der russischen Journalistin Anna Politkowskaja wurde zur teilweise harschen Kritik an den Verhältnissen genutzt. Ausländer waren und sind indes nicht betroffen.

Natürlich geben diese Ereignisse Anlass zur Sorge und werden weltweit diskutiert. Verschiedene Stimmen sprechen auch schon von einer Rückkehr zu den Zuständen in den 90er Jahren. Dies ist nach Erkenntnissen verschiedener Sicherheitsexperten allerdings nicht der Fall und eine erhöhte Gefährdung von Mitarbeitern deutscher Unternehmen in Russland kann aus den genannten Vorfällen derzeit nicht abgeleitet werden.

Wirtschaftskriminalität

Wirtschaftsspionage ist, wie in anderen Industrieländern auch, in Russland nach wie vor ein ernstzunehmendes Problem. Auch deutsche Unternehmen in Moskau berichteten über mehrere Fälle, bei denen Laptops mit sensiblem Know-how oder entsprechende geschäftliche Unterlagen aus Fahrzeugen oder Hotelzimmern gestohlen wurden.

In keinem der bekannten Fälle konnte zweifelsfrei geklärt werden, welche Motivation hinter den Straftaten steckt: Ging es schlicht um die Hardware oder suchten die Täter ganz gezielt nach vertraulichen Informationen und Firmen-Know-how. Fest steht, dass einige Opfer in ihren Unternehmen sicherheitsrelevante Positionen bekleideten und oftmals Daten und Informationen gestohlen wurden, die im Zusammenhang mit vertraulichen Informationen zu Projekten in Russland standen.

Derartige Delikte lassen sich selten restlos aufklären, umso wichtiger ist, dass sich Unternehmen und ihre Mitarbeiter entsprechend schützen:

- Datenspeicherung nur für die Reise.
- Laptops mit sensiblen Daten nicht unbeaufsichtigt im Hotelzimmer oder während des Tankens oder Einkaufens offen im Fahrzeug liegenlassen,
- sichere Festplattenverschlüsselung

Fazit

Die weltweite Sicherheitslage ist gekennzeichnet durch territorial begrenzte, innerstaatliche Konflikte. Eine der Folgen dieser Auseinandersetzungen sind Migrationsbewegungen und die damit zusammenhängenden Sicherheitsprobleme. Es existieren schwelende, zum Teil offene zwischenstaatliche Auseinandersetzungen, sei es aufgrund von Unabhängigkeitsbestrebungen ethnischer Gruppen oder der politischen Instabilität in einigen Staaten. Hinzu treten Spannungen um den Zugang zu existenziellen Ressourcen.

Innerhalb dieses kritischen sicherheitlichen Umfeldes besteht auch eine latente Gefährdung durch internationalen Terrorismus einschließlich der Sonderform des islamistischen Extremismus.

Gefährdungspotentiale bestehen auch durch die organisierte Kriminalität, durch Proliferation, durch Cyber Crime und politische und wirtschaftliche Spionage.

Die Sicherheitslage in Russland ist von vielfältigen Problemen geprägt, jedoch haben die Risiken insgesamt nicht zugenommen und sie sind für die Mitglieder des Verbandes relativ kalkulierbar.

*Sicherheitslage
weltweit*

Sicherheit in Russland erfordert von Unternehmen ein auf die im Land vorherrschenden bekannten Risiken zugeschnittenes präventives Krisenmanagement. Ein solches reicht von organisatorischen Vorbereitungen (z.B. Krisenteam, Melde- und Alarmierungsprozesse, Notfallplanung) über die geeignete Wahl des Standortes bis zur Organisation eines Sicherheitsnetzwerks.

Es empfiehlt sich für deutsche Unternehmen Informationen zu personellen Schutzmaßnahmen an Standorten und Büros, zur Beratung bei der Auswahl von Standorten und Wohnungen und Beratung zu Sicherheitsfragen, bei denen der Staat nicht helfen kann oder soll, einzuholen.

Nach vorliegenden Zahlen beschäftigt die private Sicherheitswirtschaft in Russland derzeit über eine halbe Million Menschen. Davon sind ca. 80 % ehemalige Mitarbeiter russischer Sicherheitsbehörden und der Armee. Es gibt in Russland ungefähr 18.000 private Sicherheitsagenturen. Allein in Moskau sind etwa 4.000 Unternehmen mit ca. 220.000 Mitarbeitern registriert.

Die Qualität in der Branche hat sich in den letzten Jahren verbessert. Der Staat ist bemüht, kriminelle Elemente aus dem Securitybereich fernzuhalten. Über den Verband ist eine qualifizierte Beratung gewährleistet.

Der Verband der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation

Die Geburtsstunde des Verbandes der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation (VDW) schlug am 15. März 1995 in Moskau, als sich die deutsche Wirtschaft in einem freiwilligen Zusammenschluss ihr Selbstverwaltungsorgan schuf. Der Verband ist eine nichtkommerzielle russische juristische Person, die die Interessen ihrer rund 500 Mitglieder (Stand: Dezember 2006) vertritt. Die Struktur der zum überwiegenden Teil deutschen Mitgliedsunternehmen - Mitglied können auch russische und Unternehmen anderer Länder werden - ist vorwiegend mittelständisch geprägt, umfasst aber auch renommierte Großkonzerne.

Der Verband bündelt die Interessen der deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation und vertritt sie gegenüber der russischen Exekutive und Legislative, führt den wirtschaftspolitischen Dialog mit den Vertretern aller politischen Ebenen und unterhält ausgezeichnete Kontakte zu allen russischen Wirtschaftsverbänden. Auf deutscher Seite kooperieren wir mit der Bundesregierung, den Länderregierungen und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft.

Der Verband unterstützt seine Mitglieder in ihrer unternehmerischen Tätigkeit in Russland. Er informiert permanent und aktuell über die wirtschaftlichen, rechtlichen, politischen und allgemeinen Rahmenbedingungen. Diese

und andere Fakten werden in einem monatlich erscheinenden Magazin - den Verbandsnachrichten - publiziert oder per E-Mail zur Verfügung gestellt. In weit über einhundert Veranstaltungen pro Jahr - sowohl in Russland als auch in Deutschland - entfaltet der Verband eine große Außenwirkung. Zur Erörterung spezifischer und branchenübergreifender Fragestellungen hat der VDW Komitees und Arbeitsgruppen⁵³ initiiert, in denen über 400 Experten aus den Mitgliedsunternehmen regelmäßig ihre Erfahrungen austauschen und ihr Know-how, ihre Spezialkenntnisse und ihr Wissen zur Verfügung stellen, um der deutschen Wirtschaft die bestmöglichen Informationen an die Hand zu geben.

Eine wichtige Aufgabe nimmt der Verband wahr, indem er die Umsetzung spezieller Projekte begleitet, politisch lobbiiert und bei auftretenden Schwierigkeiten aktive Hilfe leistet.

Der VDW arbeitet sehr eng mit der Delegation der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation mit Sitz in Moskau, einer nichtkommerziellen Einrichtung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), und ihren Außenstellen in St. Petersburg, Kaliningrad und Nowosibirsk zusammen. Die Delegation ist das von der Bundesregierung beauftragte Organ zur Außenwirtschaftsförderung in Russland.

Organisationsstruktur

Präsident: Prof. Dr. Claus Hipp (Hipp Werke)

Ehrenpräsident: Otto Wolf von Amerongen

Präsidialrat: Dr. Burckhard Bergmann (Vorsitzender des Vorstandes der E.ON Ruhrgas AG), Nikolaus Knauf (Geschäftsführender Gesellschafter der Knauf Gruppe), Dr. Hans-Joachim Körber (Vorsitzender des Vorstandes der Metro AG), Klaus-Peter Müller (Sprecher des Vorstandes Commerzbank AG), Prof. Dr. Roland Berger (Vorsitzender des Aufsichtsrats Roland Berger Strategy Consultants GmbH), Dieter Rampl (Präsident des Verwaltungsrates UniCredit Group)

Vorstand: Dr. Andrea von Knoop (Vorsitzende), Dr. Max Gutbrod (Stellvertreter - Baker & McKenzie), Reiner Müller-Hanke (Schatzmeister - KMB Bank), Kerstin Dauenhauer (Hamm Shoes), Regina von Fleming (Axel Springer Russia), Reiner Hartmann (E.ON Ruhrgas), Dr. Thomas Mundry (Nörr Stiefenhofer Lutz), Jochen Scholz (Deutsche Management Akademie Niedersachsen), Nicolas Vértes (Deloitte & Touche), Norbert Wolf (Siemens)

Ansprechpartner: Bärbel Warnig (Geschäftsleiterin), René Harun (stellv. Geschäftsleiter)

⁵³ Komitee für Außenhandel (AG Zertifizierung, AG Zoll, AG Verkehr und Logistik), Komitee für Finanzdienstleistungen, Komitee für Öffentlichkeitsarbeit und Kultur (AG PR, AG Reise und Tourismus), Komitee für Personalfragen, Komitee für Rechtsfragen (AG Hausjuristen), Komitee für Steuern und Rechnungslegung (Arbeitskreis Buchhalter), Komitee für Unternehmenspraxis (AG Immobilien, AG Versicherung), AG Agrar- und Ernährungswirtschaft, Verbandsjunioren, Verbandssportler

Wirtschaftsindikatoren für die Russische Föderation

(Stand 02/07)

Basisdaten⁵⁴							
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
BIP (Mrd. USD)	259,3	299,9	340,8	431,8	588,9	761,6	1021,9
BIP (Mrd. Rubel)	7.302,2	9.040,8	10.830,5	13.243,2	16.966,4	21.598,0	27.080 ⁵⁵
Veränderung zum Vorjahr in Prozent	110	105,1	104,7	107,3	107,2	106,4	107,4 (1. Hj.)
Industrieproduktion, Steigerung in Prozent ⁵⁶		4,9	3,7	7,0	8,3	4,0	4,2
Inflationsrate	20,1	18,7	15,1	12	11,7	10,9	8,6 (10/06)
Arbeitslosenquote real	7 Mio.	6,3 Mio.	6,27 Mio.	5,95 Mio.	6,1 Mio.	5,6 Mio.	5,0 Mio.
Prozent	9,8 %	8,9 %	8,7 %	8,1 %	8,3 %	7,6 %	6,7 % (11/06)
Monatseinkommen (Durchschnitt in Rbl.)	2.223,4		4.360,3	5.498,5	6.739,5	8.550,2	10.288 (11/06)
Aussenhandelsbilanz⁵⁷							
Import (Mrd. USD)	44,9	53,8	60,9	76,1	97,4	125,3	120,8 (Jan.-Nov.)
Export (Mrd. USD)	105,0	101,9	107,3	135,9	183,2	243,6	272,2 (Jan.-Nov.)
Saldo (Mrd. USD)	+60,2	+48,1	+46,3	+59,9	+85,8	+118,3	+151,5 (Jan.-Nov.)
Gold- und Devisenreserven (Mrd. USD zum jeweils 01.01.)	12,5	28	36,6	47,8	76,9	124,5	182,2 289,0 (01.12.)
Stabilisierungsfonds (Mrd. USD) (gegründet 2004)					18,6 (12/04)	44,2 (12/05)	83,2 (12/06)
Staatsverschuldung (ausen, in Mrd. USD) ⁵⁸	132,6	116,7	103,0	96,8	98,2	72,1	45,7 (09/06)

⁵⁴ Daten nach: Föderaler Dienst für staatliche Statistik, Zentralbank Russland

⁵⁵ Daten nach Angaben des Finanzministeriums Russland

⁵⁶ Nach Angaben der Weltbank, Zentralbank Russland

⁵⁷ Nach Angaben der Zentralbank Russland, Russisches Finanzministerium, Föderaler Zolldienst

⁵⁸ Nach Angaben der Zentralbank Russland

Investitionen⁵							
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Auslandsinvestitionen gesamt (Mrd. USD)	10,9	14,3	19,8	29,7	40,5	53,7	35,3 (Jan.-Sept.)
Vergleich Vorjahr in Prozent	114,6	130,1	138,7	150,1	136,4	132,4	131,7 (Jan.-Sept.)
Auslandsinvestitionen direkt (Mrd. USD)	4,4	3,9	4,0	6,8	9,4	13,1	10,3 (Jan.- Sept.)
Vergleich Vorjahr in Prozent	104	89,9	100,6	169,4	138,9	138,8	155,5 (Jan.-Sept.)
Deutsche Investitionen							
Gesamtinvestitionen Akkumuliert (Mrd. USD)	6,5	6,1	8,1	10,2	10,3	9,7	10,3 (09/06)
Anteil an Auslandsin- vestitionen in Prozent	17,1	20,4	19	17,9	15,6	18,1	7,9 (09/06)
Direktinvestitionen akkumuliert	1,3	1,5	1,7	2,3	2,5	3,0	3,0 (09/06)
Wirtschaftsbeziehung D-RUS⁶⁰							
Außenhandel gesamt (Mrd. €)	21,4	24,8	24,6	26,4	31,3	38,9	25,2 (1. Hj.)
Vergleich Vorjahr in %	159,0	116,2	98,9	107,3	118,9	124,2	128,5
Import (Mrd. €)	14,7	14,6	13,1	14,2	16,3	21,6	15,6 (1. Hj.)
Export (Mrd. €)	6,7	10,3	11,4	12,1	14,9	17,3	9,6 (1. Hj.)
Saldo (Mrd. €)	- 8,0	- 4,3	-1,8	-2,1	-1,3	-4,3	-6,0
Ranking Ru für D ⁶¹ (Einfuhr)	12	13	15	15	13	10	10
Ranking Ru für D (Ausfuhr)	-	-	15	14	14	13	13
Ranking D für Ru	1	1	1	1	1	1	1
Bevölkerungsstatistik in Mio.	146,9	146,3	145,2	145	144,2	143,5	142,8

⁵⁹ Daten nach: Föderaler Dienst für staatliche Statistik⁶⁰ Daten nach: BMWI, Bundesamt für Statistik, Föderaler Dienst für staatliche Statistik⁶¹ Daten nach: Bundesamt für Statistik

***Mitgliedsfirmen des Verbandes der Deutschen Wirtschaft
in der Russischen Föderation***

ration Mitgliedsfirmen des Verbandes der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation Mitgliedsfirmen des Verbandes der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation

A ABB, ASEA BROWN BOVERI AG, ABG Service Center OOO, AC Haase Osthandelsgesellschaft mbH, Accumulatorenwerke Hoppecke, AEGIS, Aengevelt Immobilien GmbH & Co. KG, AGFA OOO, AGN General Planning, AGS Froesch Russia, AGT-Logistic, AJZ Engineering GmbH, AL-KO Kober AG, Alcatel SEL AG, Alfastrachowanie OAO, Alfred Ritter GmbH & Co. KG, Alltex Trade und Engineering GmbH, ALPE Consulting OOO, ALPMA Alpenland Maschinenbau GmbH, Aluplast Rus OOO, AMK Management Services GmbH & Co. KG, Andreas Stihl AG & Co. KG, Antal Moscow, Anton Ohlert, ANTOR Business Solutions OOO, Areva Repräsentanz Moskau ARtec, AS Autoteile-Service Verwaltungs KG, AS Technology OOO, ASR Automobil - Svesda Rusi, ASR Handel- und Service GmbH & Co., ASSMANN Beraten + Planen GmbH, ATIS systems GmbH, Atoll Consulting Ltd., Automated Transactions (ITL) GmbH, Avakov Tarasov & Partners OOO, Axel Springer Russia,

B Baker & McKenzie, Baker Tilly Russaudit OOO, Bank WestLB Vostok (ZAO), Bankgesellschaft Berlin AG Repräsentanz, BASF AG Business Center Moscow, Bautex OOO, Bayer AG, Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, Bayerische Landesbank Girozentrale, BB Bau+Boden, Beiten Burkhardt Rechtsanwälte Repräsentanz der Beiten Burkhardt Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Bene Moscow LLC (Elite Business Systems), Benninghoven GmbH & Co. KG, Berger Strategy Consultants, BERICAP GmbH & Co, Berlin Partner GmbH Wirtschaftsförderung, Bernina International AG Steckborn/Schweiz, Berstorff GmbH, Bertelsmann Distributionszentrum OOO, Berthold Vollers GmbH, Best Logistik OOO, Best Western Art Hotel, Big Dutchman International GmbH, BILLA OOO, Black & Decker GmbH, Blüthner OOO, BMW Russland Trading OOO, bnt Görlitz und Partner GmbH, Boehringer Ingelheim Pharma GesmbH Vienna, Bohle OOO, Bombardier Transportation (Rus) LLC Representative Office of Bombardier Transportation GmbH, BP Trading Ltd., Brainpower C.I.S., Bruhn Außenhandel OOO, BSH Bosch und

Siemens Hausgeräte GmbH, Building Systems Ltd., BURDA Verlagshaus Moskau AG, Burgmann Industries GmbH & Co. KG, burnus GmbH Repräsentanz in Moskau, Bühler AG, Büromöbel RUS OOO,

C C. Spaarmann GmbH, Campina AG, Car Pool OOO, Carl Duisberg Centren Gemeinnützige Gesellschaft mbH, Carl Zeiss OOO, CBA Trade GmbH, Cedima GmbH, CeDo Household Products OOO, CesRef Ceramics GmbH, Chemieanlagenbau Chemnitz GmbH, CLAAS VOSTOK OOO, Clariant Produkte (Deutschland) GmbH, Clifford Chance, CMS Hasche Sigle GmbH, CNT Consult-Technologien für Personal- und Organisationsentwicklung OOO, Commerzbank (Eurasia) SAO, Commerzbank AG, COMMIT Agro ZAO, Consult OOO, Continental Tires RUS OOO, cph Industries OOO, Creditreform, CROWN Plastics Rus, Crown Worldwide Movers,

D Dachser GmbH & Co. KG, Dagmar Lorenz Rechtsanwältin, DaimlerChrysler AG, DBH Osthandels-gesellschaft MBH, Deceuninck RUS OOO, DEG - Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Dega invest GmbH, DEGUSSA Chimia OOO Vertriebsgesellschaft, Deloitte & Touch GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Deutsche Bahn AG, Deutsche Bank Ltd., Moskau, Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, Deutsche Leasing Vostok ZAO, Deutsche Lufthansa AG, Deutsche Management Akademie Niedersachsen GmbH, Deutsche Messe AG, Deutsche Präzisions-Ventil GmbH, Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit, Deutsche Telekom AG, Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Deutz AG, DHL International ZAO, DHPG Dr. Harzem & Partner KG, DIM Industrieservice GmbH & Co. KG, DIN GOST TÜV Berlin-Brandenburg Gesellschaft für Zertifizierung in Europa mbH, DLS Land und See Speditionsgesellschaft mbH, DOBRO GmbH, Doll & Partners OOO, DOUBLE V, Dr. Arzinger & Partner, Dr. Falk Pharma GmbH, Dr. Narberhaus & Partner Freiberufler, Dresdner Bank AG, Dresdner Bank ZAO,

Dresdner Kühlanlagenbau GmbH, Droege & Comp. GmbH OOO Internationale Unternehmer-Beratung, DRUM Resources OOO, Dräger Medical AG & Co.KG, DS Spedition GmbH, DSI DYWIDAG-Systems International GmbH, DTB GmbH Financial Services DTB/SDTB OOO, DYNAenergetics GmbH & Co. KG, DZ Bank AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, Döhler NF & BI, Düwi International OOO,

E E-T-A Elektrotechnische Apparate GmbH, E.C.H. Will GmbH, E.ON Ruhrgas AG, EAST-WEST Law & Consulting, Ebert-International GmbH & Co. KG Niederlassung, Eckart GmbH & Co. KG Vertretung Moskau, Eckstein & Partner OOO, Econ Gesellschaft für Osteuropa- Logistik Internationale Spedition mbH, EEG-Erdgas Transport GmbH, Eggert & Co. Außenhandelsgesellschaft mbH, Ehrmann AG, EINKAUF-ZENTRALE-RUSSLAND, Ekosem-Agrar GmbH c/o EkoNiva, ELIOG-Kelvitherm Industrieofenbau GmbH, Elnova Handelsgesellschaft mbH, EMG Automation GmbH, Enke Werk - Johannes Enke GmbH & Co. KG, ERGO Versicherungsgruppe AG, Erismann OOO, Ernst and Young AG, Euler Hermes Kreditversicherungs-AG, Eurest Pit Service OOO, Euro Lloyd Reisebüro GmbH & Co. KG, Niederlassung Moskau, EuroComMAT OOO, Eurokapital, Evrokontakt Plus Lufthansa City Center, EWC - East West Consulting e.K., Ewrotechnika ZAO, Excalibur Gruppe,

F F. distribution lab GmbH, FAB- Fernleitungs- und Anlagenbau GmbH, fablog/Translog OOO Moscow, FAMAKO Anlagenexport GmbH, FBK AG, Federal-Mogul Powertrain Russia GmbH Representative Office, Felina GmbH, FIEGE rewico International GmbH, Finnlines Deutschland GmbH, fish & more GmbH, Flemming & Partner GmbH, Follmann & Co., Forbo Erfurt GmbH, Franke Deutschland Holding GmbH, Fresenius Medical Care Deutschland GmbH, Freshfields Bruckhaus Deringer, Freudenberg Simrit OOO, Freytag & Petersen GmbH & Co., Köln,

G G. FISCHER Unternehmensberatung, Galitzine Consulting OOO, Garbe Logistics Development (CIS), Gealan Fenster-Systeme GmbH, Gecona TEC GmbH, Gemini Film International AG, Genzyme CEE GmbH, Germanischer Lloyd Industrie Services Russland, Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH, Gesellschaft für Innovative Marktforschung (GIM), Gesellschaft für Wirtschaftsförderung des Landes Nordrhein-Westfalen Repräsentanz Moskau, GEWIMA GmbH Repräsentanz in Rußland, GHP Direct Rus GmbH, Giesecke & Devrient Technology, Ltd., Giesel GmbH, Glatt Ingenieurtechnik GmbH, GMCS OOO General Management Consulting Services, Goethe-Institut Moskau, GOK Regler- und Armaturen-Gesellschaft mbH & Co.KG, Grohe Water Technology AG & Co. KG, GRUNDIG Intermedia GmbH, Gruppa Targo ZAO, Günthart Russland,

H Hager Systems, Hamm-Shoes RUS OOO, Hammer AG, HARIBO Konfety OOO, Hasenkamp Logistics OOO, Hauraton GmbH & Co. KG, Heidelberg CIS OOO, Heinrich Graeff GmbH & Co.KG, Heinrich Scheffler GmbH & Co. KG, Heitkamp-Deilmann-Haniel GmbH Repräsentanz, Helferich L.P.B., Hella KGaA Hueck & Co., Herrenknecht AG, Hettich RUS OOO, Hexal AG, Hipp-Werk Georg Hipp, hjk-agiplan OOO, HK Topfloor-Invest OOO, Hochland Rußland OOO, HOCHTIEF AG, Holcim Auslandsbeteiligungs GmbH, Holding Marta, Hotel Baltschug Kempinski Moscow, Hyperglobus OOO, Häfele GmbH & Co KG, Hübner OOO, I.L.M. Handelskontor GmbH, IHR GmbH, Hofmeister + Rumpf,

I IKEA TORG OOO, IKT-Consult ZAO, ILS - EAST Logistik GmbH, IMION GmbH, IMPEX Consulting SAO, Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar, Industrie-und Handelskammer Magdeburg, Industrie-und Handelskammer zu Düsseldorf, ING Bank Eurasia, Interexpert, International Moscow Bank, Interpont Business Consulting e.K., INTERPRINT GmbH & Co.KG, InWent Internationale

Weiterbildung und Entwicklung gemeinnützige GmbH, IREKS OOO, Isdatelstwo Amadeus OOO, Isselbaecher Food Service Equipment GmbH, ITMO Interkulturelles Training und Managementberatung für Osteuropa,

J J&J DREGER Consulting GbR c/o Ronix Systems, J. Helmke & Co., Johns Manville Europe GmbH, Jones Lang Lasalle OOO, JOWAT AG, Jungheinrich Lift Truck GmbH,

K KARL STORZ GmbH & CO.KG, Kentner Kraftwagen Spedition GmbH & Co. KG, KHS Maschinen- und Anlagenbau AG, Kienbaum Consultants International GmbH, Kinoexpert OOO, KKM Knappe/Kirchner Moskau AGgT, Klüber Lubrication München KG, KMB-Bank ZAO, Knauf Service OOO, KPMG Moskau, Krasnogorskleksredstva OAO, Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Repräsentanz Kress-elektrik GmbH & Co. KG Elektromotorenfabrik, Krewel Meuselbach GmbH, Kronostar OOO, KRÜGER GmbH & Co KG, KSB OOO, KWS RUS OOO, Kärcher OOO, Käserei Champignon Hofmeister GmbH & Co. KG, Kühne & Nagel GmbH, Kürbs Ronaldo,

L LACUFA GmbH Lacke und Farben, Lafrentz Achte Baugesellschaft mbH, Lantenhammer GmbH, LD Trans ZAO, Leipziger Messe GmbH, LHI Leasing GmbH, LIEBHERR-RUSSLAND OOO, Lindal Ventil GmbH (LINAR OOO), Linde-KCA-Dresden GmbH, Loher Raumexklusiv GmbH, Lovells CIS,

M M. Meesenburg / SFS OOO, MAKS-besopasnost OOO, MAN Avtomobili Rossiya OOO Importeurgesellschaft, MAN Ferrostaal Aktiengesellschaft, MAN Roland Druckmaschinen AG Repräsentanz Moskau, Manfred Reising Export, MANN+HUMMEL GmbH Regionalbüro Moskau, Mannesmann Demag Plast-service ZAO, Maquet OOO, maraTEC. International GmbH, Marconi Communications GmbH, Marktkauf RUS GmbH, Marta Grupp Assoziation der Schutzstrukturen, Mauer-Audit AG, MAWY GmbH,

MAXIM GmbH, Mazda Motor Rus OOO, McKinsey & Company Inc., Media Consulta Russia, Media-Saturn Systemzentrale GmbH, Medizinischer Dienst für Patientenbetreuung in Deutschland Fachbereich von PHARMAR GmbH, Meffert AG Farbwerke, MERCK KGaA - Büro Moskau, Messe Düsseldorf GmbH, Messe-Reisen Falk GmbH, METRO AG, Miele CIS OOO, Mikhailov & Partner Unternehmensberatung GmbH, Minimax Russia OOO, Modul Engineering Anlagentechnik GmbH, Molkerei Meggle Wasserburg GmbH & Co. KG, Moore Stephens Russisch-deutsche Revisionsgesellschaft, MTU Friedrichshafen GmbH, Munich Reinsurance Company Life Reinsurance Eastern Europe/Central Asia Munich Re Group, Mustang Neva SAO, Märkische Büromöbelwerke Trebbin GmbH,

Nazionalny Tamoshenny Broker OOO, Neumann Gruppe GmbH, NIKoil Investitions- und Bankengruppe, Nolte Holding GmbH & Co. KgaA (Prodi GUS OOO), Nordischer Maschinenbau Rud. Baader, Northstar Corporate Finance OOO, Novoferm CIS OOO, Nörr Stiefenhofer Lutz,

O OBERMEYER Consult OOO, OBI Franchising Center OOO, Onken OOO, Osnatrans Rossija OOO International forwarding agency, OSRAM GmbH, Ostfriesische Tee Gesellschaft Laurens Spethmann GmbH & Co., OstWestReisepartner GmbH c/o OWR Business Travel, Otto Bock Health Care GmbH, Otto Wolff Industrieberatung und Beteiligungen GmbH, OWC Ost-West-Consulting GmbH,

P P. Dussmann ZAO, PALL GmbH, Partner Logistics OOO, PHILIPS Medizin Systeme GmbH, Phoenix Contact GmbH & Co., PM International ZAO, Porsche Russland OOO, Premicon AG, PriceWaterhouseCoopers German Desk, PRO-DE Project Development GmbH, profine RUS SAO, Promat GmbH, ProMedia, PROXY IT Outsourcing & Consulting GmbH, Putzmeister AG,

Queisser Pharma GmbH & Co.KG,

R Raiffeisenbank Austria ZAO, Rasch Invest OOO, Rational AG, ratiopharm International GmbH, Real Hypermarket OOO, Rechtsanwaltskanzlei Schulze, Reemtsma OOO, REHAU OOO, Remolux Russland GmbH, Renaissance Construction SAO, Renaissance Moscow Hotel, REVIVAL EXPRESS OOO, Revival-Honold Tire Logistics OOO, Rheinzink GmbH and Co. KG, Rittal OOO, Robert Bosch OOO, ROHDE & SCHWARZ, Rosno OAO, ROTO FRANK AG, RULMECA FAA GmbH, Rusmarketing GmbH, RUSSIA CONSULTING OOO, Russian Regional Development Bank, RUSSICON GmbH, RWE AG, Rödl & Partner GmbH,

S Sachsen Fahnen GmbH & Co., SAK Allianz ZAO Insurance Joint Stock Company Allianz, Salamander Ost GmbH, Salans OOO, Salzwedel Hans, SAP AG, Sartorius AG, Schaeffler Russland OOO, Schattdecor AG, Schenker Russia AG, Schering AG, Scherl & Partner Niederlassung, Schnorr von Carolsfeld Industrieanlagen GmbH, Schulte - Lebensmitteltechnik Vertriebs- und Service GmbH, Schwarzkopf und Henkel SAO, Schwegmann & Co. Beteiligungs GmbH, Schöller Eiskrem OOO, SCHÜCO International Moskau AG, Schülner Dental-Technik KG, Seatrader Logistics OOO, Secretan Troyanov Rechtsanwälte, Service-Integrator, SGS Germany GmbH, Sheraton Frankfurt Hotel & Conference Centre, SIBC GmbH Industrial Building Consultants, Siegenia-Aubi KG, Siegwerk Druckfarben AG, Siemens AG, Siemens Business Services Osteuropa GmbH, Siempelkamp Maschinen- und Anlagenbau GmbH & Co. KG, SIGLOCH Maschinenbau GmbH, Signum Consulting OOO, Sirona Dental Systems GmbH, Sirota & Mosgo Rechtsanwälte, SIV. AG, SMS Demag Aktiengesellschaft Liaison Office Moscow, SMV GmbH, Schmiermittelproduktion Mecklenburg-Vorpommern, SOGAS OAO Versicherungsgesellschaft, SOMMER Fahrzeugbau GmbH & Co, SOVTRANSVTO Deutschland GmbH Internationale Spedition, Sparkasse KölnBonn Zentrales Firmenkundengeschäft, Sportcar-Center ZAO, SSI SCHÄFER SHOP OOO, Steilmann Osteuropa

GmbH & Co. KG, Stockhausen Projektgesellschaft Europrotection GmbH, STOELCK Außenhandel G.P.O., Stomatologitscheskij naukschny zentr ZAO Grinder, Strategika OOO, Swarco Vestglas GmbH c/o Swarco Holding AG,

T Tapetenfabrik Gebrüder Rasch, TAPROGGE Gesellschaft mbH, TBM ZAO, TDL GmbH (Torgowlia Design Logistika), Techem GmbH, TEXTIMA Export Import GmbH, The Ritz-Carlton Moscow, Thyssen Krupp AG Representative Office RF, TICONA GmbH, TITAN Deutschland GmbH, TLT-Turbo GmbH Repräsentanz, TradCom GmbH, TRANSA Spedition GmbH Niederlassung Berlin, TransCare OOO, Trubatec Logistic OOO, TTS Tooltechnic Systems AG & Co. KG, TUI AG, twp lage GmbH, Tyco Electronics Raychem GmbH, TÜV International RUS OOO Unternehmensgruppe TÜV Rheinland / Berlin-Brandenburg, TÜV Nord e.V., Moskauer Vertretung, TÜV SÜD Russland OOO,

U UHDE OAO, Umdasch Shop Concept, Undorf Consulting OOO, Uniservice Europe GmbH Logistics&Consulting, URSA Bank OAO, Uzin Utz AG,

V Valtars Risk Management Ltd., Van Hees Russland GmbH, VEKA Rus OOO, Versicherungsgruppe „Meshregiongarant“ OAO, VETA MAZARS ZAO, Viessmann OOO, VITA FIT OOO, VITRULAN Textilglas OOO, VKF Renzel Rus OOO, VNG - Verbundnetz Gas AG, VOITH TURBO GmbH & Co. KG, Volkswagen Group Finanz OOO, Volkswagen Group Rus OOO, von Fünier Ebbinghaus Finck Hano, Vorwerk CIS OOO, Votteler Lackfabrik GmbH & Co. KG, VS Moebel GmbH & Co., VS Rohstoff- und Stahlhandel GmbH, VTB Bank (Deutschland) AG,

W WACKER CHEMIE Rus OOO, Waldmann Herbert Waldmann GmbH & Co. KG Webasto Rus OOO, Weinig AG, Wella Russia, Wendler Tremml Rechtsanwälte, Wermuth Asset Management GmbH, Werner

& Pfeiderer Lebensmitteltechnik GmbH, WestfaliaSurge OOO, WHITE & CASE LLC, WIKA MERA ZAO, Willi Betz GmbH & Co. KG, Willy F. P. Fehling GmbH, Wimm-Bill-Dann Produkty Pitaniya OAO, Wincor Nixdorf International GmbH, Wintershall AG Vertretung Moskau, Wirtgen International GmbH & Co. KG, WTE Wassertechnik GmbH (STAER ZAO),

X

XELLA -AEROBLOCK-ZENTRUM ZAO,

Yamaha Music Central Europe GmbH,

Zahnärztliche Gemeinschaftspraxis Dr. Arnd Wroblewski / Dr. Marcel Collier, ZELLER ASSOCIATES GmbH, ZELLSTOFF UND PAPIER HGmbH, Zentis Russland OOO, Zentr-Invest Kommerzbank OAO, Zeppelin International AG, ZF Friedrichshafen AG, Zimmer AG, Züst & Bachmeier Project GmbH

Y
Z

Impressum

Der Bericht des Verbandes der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation (VDW) wird alljährlich aus Beiträgen der Komitees und Arbeitsgruppen des Verbandes erstellt. An diesem Bericht haben die folgenden Komitees und Arbeitsgruppen des Verbandes mitgewirkt: AG Agrar- und Ernährungswirtschaft, Komitee für Außenhandel mit den AG Zertifizierung, Zoll und Logistik, Komitee für Finanzdienstleistungen, Komitee für Personalfragen, Komitee für Rechtsfragen, Komitee für Steuern und Rechnungslegung mit dem Arbeitskreis Buchhalter, Komitee für Unternehmenspraxis mit den Arbeitsgruppen Versicherungen und Immobilien und die AG Public Relations.

Adresse: 1. Kasatschij per. 7, 119017 Moskau, Tel.: +7-495-234 49 53, Fax: +7-495-234 49 54

Postanschrift: Verband der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation, c/o APK Worldwide Courier GmbH, Desenisstr. 54, 22083 Hamburg, **Internet:** www.vdw.ru, **E-Mail:** buero@vdw.ru

Redaktion dieses Berichts:

Dr. Andrea von Knoop (Vorstandsvorsitzende des VDW), Dr. Max Gutbrod (Baker & McKenzie), Elena Balaschowa (Beiten Burkhardt), Thomas Brand (Rödl & Partner), Regina von Flemming (Axel Springer Russia), Dr. Marco Graff (Commerzbank AG), Dr. Thomas Mundry (Nörr Stiefenhofer Lutz), Jochen Scholz (Deutsche Management Akademie Niedersachsen), Nicolas Vértes (Deloitte & Touche), Norbert Wolf (Siemens AG), Jens Böhlmann (VDW), Dr. Alexander Demidow (GfK-RUS GmbH), Stefan Dürr (E-koniva), René Harun (VDW), Monika Hollacher (VDW), Wladimir Kobsew (VDW), Dr. Siegmund Krüger (ERGO Rus), Waldemar Lichter (bfai), Igor Merkulow (Partner Logistics), Oliver Oshinowo (PWC), Nico Rickert (AGN General Planing), Darja Salnowa (CMS Hasche Sigle), Irina Roman (TransCare), André Scharrer (Beiten Burkhardt), Florian Schneider (Beiten Burkhardt), Gerrit Schulze (bfai), Andreas Set-zepfandt (Burda), Alexej Soldatow (Bosch-Siemens Hausgeräte GmbH), Dr. Grigorij Talanov (VDW), Bärbel Warnig (VDW), Michael Zickfeld (Continental)

Die Vervielfältigung und auszugsweise Wiedergabe ist nur unter Angabe der Quelle gestattet. Der Verband der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation übernimmt keine Haftung für den Inhalt.

Regionen

Finanzdienstleistungen

*Aus der
Unternehmenspraxis*

*Sicherheitslage
in Russland*

Land- und Ernährungswirtschaft